

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Care-Arbeit

Teresa Bücken

ZEIT, DIE ES BRAUCHT.
CARE-POLITIK ALS ZEIT-POLITIK

Uta Meier-Gräwe

WEGE IN EINE
CARE-ZENTRIERTE ÖKONOMIE

Philipp Krohn

RETRADITIONALISIERUNG?
CARE-ARBEIT UND
GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE
IN DER CORONA-KRISE

Zuzana Uhde

DAS EUROPÄISCHE CARE-
GRENZREGIME IN EINEM
„EUROPA OHNE GRENZEN“

*Éva Fodor · Anikó Gregor ·
Júlia Koltai · Eszter Kováts*

CORONA-KRISE UND
HÄUSLICHE ARBEITSTEILUNG
IN UNGARN

Kerstin Wolff

DIE INTERNATIONALE „LOHN
FÜR HAUSARBEIT“-DEBATTE
DER 1970ER JAHRE
IN DER BUNDESREPUBLIK

Marc Gärtner · Elli Scambor

ÜBER MÄNNLICHKEITEN
UND SORGEARBEIT

Sylvia Schraut

SOZIALE FRAGE, SOZIALARBEIT
UND FRAUBEWEGUNG
(1800-1960)

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Care-Arbeit

APuZ 45/2020

TERESA BÜCKER

ZEIT, DIE ES BRAUCHT.

CARE-POLITIK ALS ZEIT-POLITIK

Care-Arbeit ist die Grundlage des Lebens. Können wir das erkennen, solange sie nicht oder schlecht bezahlt wird? Ein erster Schritt wäre, die Zeit anzuerkennen, die Care-Arbeit braucht. Viel Zeit.

Seite 04–09

PHILIPP KROHN

RETRADITIONALISIERUNG?

**CARE-ARBEIT UND GESCHLECHTER-
VERHÄLTNISSE IN DER CORONA-KRISE**

Als die Corona-Pandemie das öffentliche Leben in Deutschland lahmlegte, wurde die Frage nach der Geschlechtergerechtigkeit gestellt. Viel wurde über eine „Retraditionalisierung“ gesprochen. Das aber ist die falsche Krisenerzählung.

Seite 11–15

**ÉVA FODOR · ANIKÓ GREGOR ·
JÚLIA KOLTAI · ESZTER KOVÁTS**

**CORONA-KRISE UND HÄUSLICHE
ARBEITSTEILUNG IN UNGARN**

Während der Corona-Krise hat sich der Gender Care Gap bei der Kinderbetreuung in Ungarn deutlich vertieft, vor allem bei Akademikerinnen. Bei der Pflegeverantwortung für Ältere haben die Männer hingegen leicht aufgeholt.

Seite 16–21

MARC GÄRTNER · ELLI SCAMBOR

ÜBER MÄNNLICHKEITEN UND SORGEARBEIT

Auch Männer* leisten Care-Arbeit; meist deutlich weniger als Frauen* und mit Barrieren. Verändern sich Männer*rollen mit und durch Care-Arbeit? Warum sollten Männer* mehr Sorgearbeit übernehmen?

Seite 22–27

UTA MEIER-GRÄWE

WEGE IN EINE CARE-ZENTRIERTE ÖKONOMIE

Nicht erst seit der Corona-Krise stecken wir auch in einer tiefen Care-Krise. Diese lässt sich nur durch eine grundlegende Neuausrichtung unseres Wirtschaftssystems lösen, in dem die Kosten der (Re-)Produktion nicht länger externalisiert werden.

Seite 28–34

ZUZANA UHDE

**DAS EUROPÄISCHE CARE-GRENZREGIME
IN EINEM „EUROPA OHNE GRENZEN“**

Reichere europäische Länder können die Illusion von familiärer Pflege und Sorge oft nur mithilfe von Kräften aus dem Ausland aufrechterhalten. Freizügigkeit fungiert als Mittel, um die Mobilität der pendelnden Migrantinnen auszunutzen.

Seite 35–41

KERSTIN WOLFF

**DIE INTERNATIONALE „LOHN FÜR
HAUSARBEIT“-DEBATTE DER 1970ER JAHRE
IN DER BUNDESREPUBLIK**

In den 1970er Jahren wurde das Thema unbezahlte Hausarbeit in verschiedenen Ländern politisiert. Anders als in der DDR fand die Kampagne „Lohn für Hausarbeit“ in der Bundesrepublik fruchtbaren Boden.

Seite 42–48

SYLVIA SCHRAUT

**SOZIALE FRAGE, SOZIALARBEIT
UND FRAUBEWEGUNG (1800–1960)**

An das gesellschaftlich akzeptierte soziale Betätigungsfeld für Frauen knüpfte die bürgerliche Frauenbewegung Ende des 19. Jahrhunderts erfolgreich an. Nach 1945 gelang es damit nicht mehr, Handlungsspielräume zu erweitern.

Seite 49–54

EDITORIAL

Der Shitstorm ließ nicht lange auf sich warten, als drei Frauen Mitte Mai 2020 unter dem Hashtag #CoronaElternRechnenAb dazu aufriefen, die Aufwendungen für häusliche Betreuung und Beschulung während der Kita- und Schulschließungen dem Staat in Rechnung zu stellen. Die Debatte um den Wert und die Inwertsetzung von hauptsächlich durch Frauen geleistete „Care-Arbeit“ ist nicht neu: „Sie nennen es Liebe. Wir nennen es unbezahlte Arbeit“, beginnt Silvia Federicis Manifest „Wages Against Housework“ von 1974. Über das Ziel, den weiblichen Teil der Menschheit aus dem „Hausfrauen-Ghetto“ zu befreien, war man sich in der Neuen Frauenbewegung einig, über den Weg hingegen nicht.

Die Diskussionen haben sich in den vergangenen Jahren wieder intensiviert und werden in einem gesellschaftlich breiteren Kontext und unter veränderten (gleichstellungs)politischen Vorzeichen geführt. Unter Schlagworten wie „Sorge“ oder „Care“ werden neben unbezahlter Arbeit im eigenen Haushalt auch die Arbeitsbedingungen ausgelagerter und (unter)bezahlter Tätigkeiten im Pflegesektor, in der Kinderbetreuung oder im Reinigungsgewerbe in den Blick genommen, auch mit einer transnationalen Perspektive auf „Care Chains“, das heißt die Übernahme dieser Arbeit durch Migrant:innen. Dieses „Outsourcing“ zeigt, dass Care-Arbeit weder weniger wird, noch gleichberechtigt zwischen den Geschlechtern aufgeteilt wird, wenn der Erwerbsumfang von Frauen steigt.

Care-Arbeit steht weiterhin im Ruch einer privaten Jederfrau-Tätigkeit und ist immer noch wenig anerkannt. Um dies zu ändern, werden verschiedene Strategien zur Aufwertung von anfallenden Aufgaben im Haushalt, insbesondere der Betreuung oder der Pflege von Personen, diskutiert, beispielsweise Arbeitszeit- und Sozialversicherungsmodelle, die die Aufwendung für diese Arbeit durchgehend berücksichtigen. Gleichzeitig sollen auch die professionellen Kräfte in diesen Feldern durch mehr Geld und mehr Zeit pro Person bessergestellt werden. Vielleicht ließe sich auch mit der (Wieder-)Einführung von „Scheuerferien“, „Haushaltstagen“ oder ähnlichen bezahlten, geschlechterunabhängigen Freistellungen die Bedeutung dieses Wirtschaftens würdigen, ohne das „die Wirtschaft“ nicht funktionieren würde.

Anne Seibring

ESSAY

ZEIT, DIE ES BRAUCHT

Care-Politik als Zeit-Politik

Teresa Bücker

„A woman’s work is never done“ – diese Lebenserfahrung verbindet Menschen, die sogenannte Care-Arbeit übernehmen. Sie kümmern sich um andere. Das alte Sprichwort über die endlose Arbeit der Frauen muss heute besser „A carer’s work is never done“ heißen, denn Sorgearbeit ist zwar nach wie vor eine feminisierte Sphäre,⁰¹ doch sie wird nicht ausschließlich von Frauen⁰² übernommen, und nicht alle Frauen sind „Carer“. Doch Care-Arbeit bleibt entgrenzt, „never done“, denn es fehlt die Anerkennung, wie viel Zeit sie benötigt, eine Gestaltung dieser Zeit, ein neues Verständnis der Zeit für Care. In welchem zeitlichen Umfang, in welcher Intensität, in welcher Priorisierung gegenüber anderen Verpflichtungen und Wünschen soll ein „Primary Caregiver“ Fürsorgearbeit übernehmen? Wann hat diese Person Zeit für sich?

In der gegenwärtigen Gleichstellungspolitik ist es kein vordergründiges Thema, ob, wie und mit welchen Konsequenzen der Umfang der Sorgearbeit in Familien von einer Person – in Ein-Eltern-Familien – oder von zwei Personen abgedeckt werden kann. Sie müssen es können oder zumindest organisieren können – egal wie. Weder die Care-Last von Alleinerziehenden noch von Kleinfamilien wird infrage gestellt. Im Gegenteil: Diejenigen, die bislang weniger beruflich gearbeitet und dafür mehr Care-Arbeit übernommen haben, sollen in Zukunft zusätzlich mehr erwerbsarbeiten, um sich selbst „abzusichern“. Dass Beruf und Familienverantwortung nebeneinander belastend sein können, wird nicht einmal anerkannt, sondern heruntergespielt. So bezeichnete Bundesfamilienministerin Franziska Giffey während der Schul- und Kitaschließungen in der Corona-Pandemie es als „anstrengend, aber machbar“,⁰³ im Homeoffice zu arbeiten und sich gleichzeitig um Kinder zu kümmern. Ob ein Arbeitsminister wohl sagen würde, es sei machbar, gleichzeitig einen Bus zu lenken und ein Flugzeug zu starten?

CARE-ARBEIT ALS GESELLSCHAFTLICHE GRUNDLAGE

Care-Tätigkeiten sind die Grundlage dafür, dass Menschen morgens zu ihrer Erwerbsarbeit aufbrechen. Wir müssen schlafen, essen, uns wohlfühlen und zudem wissen, dass unsere Familie gut versorgt ist, um einer bezahlten Tätigkeit nachzugehen. „Keine menschliche Produktion ist möglich, ohne dass die Natur schon produziert hat, und keine Erwerbsarbeit ist möglich ohne vorher geleistete Sorgearbeit“, beschreibt die Ökonomin Adelheid Biesecker dieses „vorsorgende Wirtschaften“.⁰⁴ Care-Arbeit ist per se systemrelevant. Können wir das erkennen, solange sie nicht oder schlecht bezahlt wird?

Unsere gegenwärtigen Strukturen, schreiben die Equal-Care-Aktivist*innen Almut Schnerring und Sascha Verlan, strafe „all jene auf Dauer finanziell und sozial [ab], die Care-Aufgaben übernehmen, diese Ungerechtigkeit ist prägend für unsere Gesellschaft“.⁰⁵ Die unterschiedlichen Jobs in der professionellen Care-Arbeit und in den Jobs, die in der Corona-Krise als unverzichtbar bezeichnet wurden, zählen zu den besonders gering bezahlten Berufsgruppen. Mehrere Zehntausend Angestellte in Supermärkten und in der Altenpflege müssen trotz Vollzeitstellen mit Sozialleistungen aufstocken.⁰⁶ Woran liegt es, dass wichtige Tätigkeiten eine geringe wirtschaftliche Bewertung erhalten? Insbesondere Jobs im Care-Bereich haben ihre Wurzeln im Privaten: Sie sind gelabelt als weibliche Tätigkeiten, als familiäre Arbeit, als Ausdruck von Zuneigung und Liebe, als Tätigkeiten, die einigen Menschen im Blut liegen, statt erlernt zu sein. Damit erfahren sie jedoch eine mehrfache, systematische Degradierung, die ihrer eigentlichen Bedeutung nicht gerecht wird und sie nicht neutral bewertet: Es ist weder logisch, Arbeit, die eher Frauen zugeschrieben wird, geringer zu

bezahlen, noch Tätigkeiten, die einen gekonnten Umgang mit Menschen voraussetzen, medizinisches, psychologisches, pädagogisches Wissen erfordern, Fähigkeiten wie Empathie, Geduld und Nervenstärke, die körperlich und psychisch anstrengend sein können, geringer zu bewerten als Jobs in Industrie oder IT.

In der Corona-Krise hat sich beeindruckend schnell gezeigt: Für den Fortgang des Lebens können Fertigungsstraßen in manchen Branchen stillstehen. Ohne dass Menschen sich umeinander kümmern, funktioniert jedoch der Alltag nicht. Eine professionelle Fürsorge für diejenigen, die sich nicht um sich selbst kümmern können, kann keinen einzigen Tag pausiert werden. Care-Arbeit ist buchstäblich überlebensnotwendig. Sie ist die Grundlage des Lebens, und alles andere baut auf ihr auf.

Für die Verteilung der Care-Arbeit in ihrer Gesamtheit fehlt eine politische Strategie, weil sie bislang nicht klar als Gesellschaftsaufgabe anerkannt ist. Die finanzielle Wertschätzung von Care-Fachkräften muss ihrer hohen Verantwortung entsprechend steigen – auch als Zukunftsstrategie. Kinder, Familien, alte und pflegebedürftige Menschen, Menschen, die sich kümmern und nicht dafür bezahlt werden, sind aus der öffentlichen Sphäre verdrängt worden und ihre Anliegen politisch marginalisiert. Für die Aner-

kennung von Care-Arbeit müssen sie alle als vollwertige Bürger*innen gesehen werden. Denn von den 83,2 Millionen Menschen in Deutschland sind nur knapp über die Hälfte erwerbstätig.⁰⁷ Doch diejenigen, die es nicht sind, halten ebenso „den Laden am Laufen“.

CARE-ARBEIT OUTSOURCEN?

Care-Arbeit ist nicht mehr notwendigerweise Aufgabe jeder Frau, denn es ist nicht nur akzeptiert, sondern in einer kapitalistischen Logik sogar erwünscht, dass Frauen ihre Sorgearbeiten an andere abgeben, um mehr Zeit mit Erwerbsarbeit zu verbringen. Sie folgen dem Beispiel der Männer, die sorgende Tätigkeiten im Rahmen ihrer Familie traditionell zunächst an ihre Partnerinnen abgegeben haben. Statt gleichberechtigt aufgeteilt, wird die Care-Arbeit nun an Dritte weitergegeben, die für andere und zusätzlich für sich und ihre Familien diese Aufgaben erledigen: Care-Arbeit konzentriert sich. Sie konzentriert sich in Schichten, die ihre Care-Aufgaben nicht gegen Geld an andere abgeben können und darüber hinaus bei Menschen, die diese Aufgaben meist gegen niedrige Löhne und teils ohne soziale Absicherung übernehmen. Privilegierte Menschen geben die Care-Arbeit, für die sie selbst keine Zeit mehr haben oder die sie als unterhalb ihrer Würde empfinden, an meist Frauen, Migrant*innen und People of Colour ab, die aufgrund ihrer Rassifizierung oder sozialen Klasse schlechtere Chancen auf Bildung und Arbeit haben.

Über das Abgeben an andere kann sich der Umfang von Care-Arbeit für einzelne Personen reduzieren, insgesamt bleibt der Bedarf an Care jedoch prinzipiell gleich. Ihr großes Volumen wird aktuell auf zu wenige Menschen verteilt. Die Personalschlüssel in der Pflege und in Kitas entsprechen nicht wissenschaftlichen Empfehlungen. Diejenigen, die auf professionelle Care-Arbeit angewiesen sind, haben wenige Wahlmöglichkeiten und auch kaum Druckmittel, um die Situation in den Care-Einrichtungen zu verbessern.

⁰⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung in Deutschland im Jahr 2019 auf 83,2 Millionen gestiegen, 19.6.2019, www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/06/PD20_223_12411.html; dass., Juni 2020: Erwerbstätigkeit saisonbereinigt unverändert auf Vormonatsniveau, 30.7.2020, www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/07/PD20_284_132.html.

⁰¹ Über 80 Prozent der Beschäftigten in den SAHGE-Berufen sind weiblich (Soziale Arbeit, Haushaltsnahe Dienstleistungen, Gesundheit/Pflege, Erziehung). Vgl. Sachverständigenkommission zum Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Erwerbs- und Sorgearbeit gemeinsam neu gestalten. Gutachten für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Berlin 2017, www.gleichstellungsbericht.de/gutachten2gleichstellungsbericht.pdf.

⁰² Wenn in diesem Text von „Frauen“ gesprochen wird, sind alle Personen gemeint, die sich weiblich identifizieren, mit dem Begriff „Männer“ Personen, die sich als Männer identifizieren. Die geschlechterinklusive Formulierungen in diesem Text möchten auch jene Menschen einschließen, für die diese binäre Struktur nicht passt. Bei den datenliefernden Stellen sind die Daten allerdings binär erfasst und lassen keine weitere Unterscheidung als jene nach Frau/Mann zu – eine Leerstelle, die es zu füllen gilt.

⁰³ Zit. nach Barbara Vorsamer, Sind so brave Kinder, 21.5.2020, www.sueddeutsche.de/medien/-1.4913760.

⁰⁴ Adelheid Biesecker, „Vorsorgendes Wirtschaften“: Zum Verhältnis von Zeit- und Güterwohlstand aus der Geschlechterperspektive – 9 Thesen, WSI-Herbstforum, Berlin, 27./28. 11.2014, www.boeckler.de/pdf/v_2014_11_28_biesecker.pdf.

⁰⁵ Almut Schnerring/Sascha Verlan, Equal Care. Über Gesellschaft und Fürsorge, Berlin 2020, S. 21.

⁰⁶ Vgl. Michael Bauchmüller, Tausende Pflegekräfte und Verkäufer müssen aufstocken, 30.3.2020, www.sueddeutsche.de/politik/-1.4860715.

DIE UNVEREINBARKEIT BENENNEN

Das, was bisweilen als „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ bezeichnet wird und damit die unbezahlte und bezahlte Arbeit meint, passt nicht wie ein Puzzle ineinander, da die zeitlichen Logiken dieser Arbeitsformen sich stark unterscheiden. Denn private Care-Arbeit endet nahezu nie. Selbst als Erwerbsarbeit endet sie auf andere Art als Aufgaben, die zu einem beliebigen Zeitpunkt unterbrochen und fortgesetzt werden können. Die Bedürfnisse von Menschen können nicht auf dieselbe Art und Weise optimiert werden wie Prozesse in der Produktion von Gütern. Bei dem Versuch, das zu tun, werden die gewünschten Ergebnisse nicht erreicht und führen zum Beispiel bei Altenpfleger*innen zu Frust, da sie das Gefühl haben, den Senior*innen, die sie umsorgen, nicht gerecht zu werden, und sie mechanisch statt menschlich zu pflegen.

Die Begriffe „Vereinbarkeit“ und „Work-Life-Balance“ sind entstanden, um Schieflagen zu benennen, die Lösungen erfordern – sie umfassen jedoch in der Begrifflichkeit kein Lösungskonzept. Wir sollten stattdessen im gesellschaftspolitischen Diskurs die Worte „Unvereinbarkeit“ und „Work-Life-Imbalance“ verwenden, denn es geht ja zumeist um das bestehende Ungleichgewicht. Eine Care-Krise ist folglich nicht erst durch die veränderten Care-Bedarfe in der Corona-Pandemie entstanden. Die Care-Krise ist immanent in Gesellschaften, die keine Zeitkultur für die Vielschichtigkeit des menschlichen Zusammenlebens entwickelt haben und vielmehr die Unvereinbarkeit seiner Teilbereiche als natürlich bis unveränderlich hinnimmt. Die Frage ist nicht, wie sich Vereinbarkeit organisieren lässt, sondern wie sich eine Gesellschaft organisieren lässt, in der die Frage danach nur selten auftaucht, weil sie grundsätzlich auf Balance ausgerichtet ist.

Familien, aber auch Menschen ohne direkte Care-Verpflichtungen haben bereits vor Beginn der Pandemie immer wieder thematisiert, dass sie überlastet sind, weil ihre Erwerbsarbeit zu viel Zeit einnimmt oder sie physisch oder psychisch erschöpft sind.⁰⁸ Expert*innen kritisieren die Zunahme der „Arbeitsintensität“,⁰⁹ also dass immer

mehr Aufgaben in der gleichen Zeit zu bewältigen sind, und das Ineinanderfließen von Arbeitszeit und Freizeit, da das völlige Abschalten von der Arbeit gesundheitlich wichtig ist.¹⁰ Wenn, wie in einem erzwungenen Homeoffice in der Corona-Krise, die Erwerbsarbeit sich ins Zuhause verlagert und zudem noch parallel zur Betreuung von Kindern erledigt werden soll, wird der mentale Abstand zu ihr deutlich schwieriger.

Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen,¹¹ aber auch besseren Arbeitsbedingungen insgesamt, die losgelöst von ihrem zeitlichen Umfang für Wohlbefinden und Gesundheit von Menschen relevant sind, bestehen schon lange. Diese Ideen können zum einen als Entwicklung hin zu einer Gesellschaft gesehen werden, die freie Zeit neben der Erwerbsarbeit höher bewertet und anerkennt, dass es andere wichtige Dinge gibt, für die mehr Zeit benötigt wird. Zum anderen sind Forderungen nach weniger Stunden im Job auch eine Reaktion darauf, dass in immer mehr Familien zwei Elternteile erwerbstätig sind und die Familienzeit damit knapper wird. Im Alleinverdienermodell arbeitet eine Person idealtypisch 40 Stunden im Beruf und die andere übernimmt den größten Teil der Care-Arbeit, die jedoch keinen vergleichbaren Feierabend kennt. In Familien, in denen beide Elternteile in einem Beruf arbeiten, fällt jedoch das gleiche Volumen der Care-Arbeit an, die nun zusätzlich zu 60 bis 80 Stunden Erwerbsarbeit (oder mehr) gemacht werden muss. Diese simple Rechnung macht deutlich, warum das Erwerbsmodell Vollzeit/Teilzeit deutlich öfter gelebt wird als Vollzeit/Vollzeit. Denn 60 Stunden Job plus Care-Arbeit und 80 Stunden Job plus Care-Arbeit machen in der gesamten Arbeitslast der Familie einen deutlichen Unterschied. Während es für Alleinerziehende finanziell leichter ist, wenn sie Vollzeit arbeiten, kann es jedoch sein, dass die Arbeitslast insgesamt für sie so nicht bewältigbar ist und ein Teilzeitjob die bessere oder die einzig machbare Möglichkeit ist.

¹⁰ Vgl. Bernhard Badura et al. (Hrsg.), Fehlzeiten-Report 2019, Schwerpunkt: Digitalisierung – gesundes Arbeiten ermöglichen, Berlin–Heidelberg 2019.

¹¹ Vgl. etwa Silke Baumgarten/Sinja Schütte, Jutta Allmendinger: „32 Stunden sind genug“, 10. 1. 2014, www.brigitte.de/aktuell/job/arbeitszeit-jutta-allmendinger--32-stunden-sind-genug.html; IG Metall, Bundesweit mehr Geld und selbstbestimmte Arbeitszeiten, 21. 2. 2018, www.igmetall.de/tarif/tarifunden/metall-und-elektro/bundesweit-mehr-geld-und-selbstbestimmte-arbeitszeiten.

⁰⁸ Vgl. zum Stresslevel von Müttern Deutsches Jugendinstitut, Was Mütter stresst, 2020, www.dji.de/index.php?id=45190.

⁰⁹ DGB-Index Gute Arbeit, Jahresreport 2019, Themenschwerpunkt Arbeitsintensität, Berlin 2019.

Es ist politisch gewollt und sinnvoll, dass Frauen zunehmend in einem Umfang erwerbstätig sind, der sie finanziell unabhängig macht. Im öffentlichen Diskurs werden berufliche Tätigkeiten mit niedrigem zeitlichem Umfang oft kritisch bis abschätzig als „Teilzeit-Fälle“ bezeichnet, was mit Blick auf die eigenständige Existenzsicherung und eine mögliche berufliche Entwicklung zutrifft. Allerdings wird selten erwähnt, warum zeitliche Erfordernisse es nötig machen, dass Formen der Erwerbsarbeit mit reduziertem Stundenumfang existieren und es neben negativen Konsequenzen dieser Jobs auch Argumente gibt, die dafür sprechen, weniger zu arbeiten. Die Bedeutung von finanzieller Unabhängigkeit darf nicht gegen die Bedeutung von Care-Arbeit ausgespielt werden, vielmehr müssen politische Konzepte dafür entwickelt werden, wie Care-Aufgaben und eigenständige finanzielle Absicherung gemeinsam gelingen können. Diese Lösungen müssen für alle Menschen praktikabel werden und nicht nur Karrieren der oberen Einkommens- und Bildungsschichten ermöglichen, indem Care-Arbeit von Menschen einer anderen sozialen Klasse als prekäre Arbeit übernommen wird. Wenn die gegenwärtige Arbeitswelt erfordert, dass Care-Arbeit outgesourct wird, sollte diese Arbeit zumindest zu einer „guten Arbeit“ werden können.

CARE-LAST IST WEIBLICH

Dass Menschen sich eine andere Arbeitsteilung wünschen, zeigen immer wieder Umfragen zu „Arbeitszeitwünschen“, in denen Frauen eher angeben, mehr erwerbsarbeiten zu wollen und Männer ihre Arbeitszeit hingegen gern reduzieren möchten.¹² Hat ein Paar ein Kind unter drei Jahren, waren 2018 in nur 35 Prozent der Familien beide Elternteile erwerbstätig.¹³ Die Mehrheit der Mütter übernimmt, mindestens bis ein Kind drei Jahre alt ist, den Löwinnenanteil der familiären Care-Arbeit. Laut Mikrozensus von 2016 steigen knapp 30 Prozent der Mütter dauerhaft

aus einem bezahlten Beruf aus.¹⁴ Zwar suggeriert die mediale Verstärkung des „neuen Vaters“ immer wieder, eine partnerschaftliche Aufteilung der Kindererziehung sei mittlerweile die Regel, und es sei zunehmend die Norm, dass Frauen nach der Geburt eines Kindes spätestens nach einem Jahr wieder in ihren Beruf zurückkehren, doch das stimmt nicht. In den Familien, in denen beide Partner*innen einem Beruf nachgehen, arbeiten in 70 Prozent der Konstellationen die Mütter in Teilzeit und die Väter in Vollzeit. Dass beide Elternteile in Teilzeit-Jobs arbeiten, ist nach wie vor eine Rarität: Gerade einmal drei Prozent der Paare wählen diese Option. Dabei wäre genau diese Aufteilung in Zeiten der Kita- und Schulschließungen das ideale Modell gewesen: Wenn zwei Menschen jeweils halbtags erwerbsarbeiten, können sie sich die andere Hälfte des Tages um Kinder kümmern. Ein Tag hätte – zumindest theoretisch – für die Eltern ohne akute Doppelbelastung ablaufen können.

Im öffentlichen Bewusstsein und insbesondere im politischen Gleichstellungsdiskurs spielen die Zahlen zur tatsächlichen Arbeitsaufteilung in Familien zu selten eine Rolle. Das erklärt, warum die Wahrnehmung von Bedeutung und Umfang von privater Care-Arbeit verzerrt ist. Dass ein signifikanter Anteil der Mütter die gesamte Dauer der Kindheit ihrer Kinder keinem Beruf nachgeht und bei den erwerbstätigen Müttern die große Mehrheit in Teilzeit arbeitet, zeigt deutlich, dass die familiäre Care-Arbeit diese Zeit braucht. Die Vollzeitberufstätigkeit aller Menschen als Ideal zu setzen, ignoriert, dass Care-Arbeit eine Konstante ist und nicht weniger wird, sobald Menschen mehr Stunden mit Erwerbsarbeit verbringen. Die Arbeitskräfte, die die Care-Arbeit übernehmen müssten, würden mehr Frauen reguläre Berufe in vollem Umfang ausüben, sind schlicht nicht in ausreichender Zahl vorhanden. Vielmehr müsste anerkannt werden, dass der zeitliche Aufwand von privater Care-Arbeit es schon jetzt erfordert, den zeitlichen Umfang von Erwerbsarbeit so neu zu verteilen, dass eine Vollzeiterwerbstätigkeit deutlich weniger als 40 Stunden umfasst.

¹² Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft, Frauen wollen mehr arbeiten, 2. 8. 2019, www.iwd.de/artikel/frauen-wollen-mehr-arbeiten-434731.

¹³ Vgl. Statistisches Bundesamt, In 35 % der Paarfamilien mit Kind unter 3 Jahren arbeiteten 2018 beide Eltern, 11. 12. 2019, www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/12/PD19_473_122.html.

¹⁴ Vgl. Matthias Keller/Irene Kahle, Realisierte Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in: WISTA – Wirtschaft und Statistik 3/2018, S. 54–71, www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2018/03/realisierte-erwerbstaetigkeit-032018.pdf?__blob=publicationFile.

Auch entspricht das vollständige Outsourcen von Care nicht den Wünschen vieler Menschen. Für Care fällt zwar Zeit an, aber sie dient eben auch maßgeblich der Beziehungspflege zu anderen Menschen. Ohne Care wären Familien nur verwandtschaftlich und räumlich verbunden, aber nicht emotional. Care-Tätigkeiten sind ebenso „Self-Care“ und können entspannen und Freude machen.

AUFWERTUNG VON CARE DURCH ZEIT

Die Frage, die wir uns gesellschaftlich stellen müssen, ist, um welche Werte herum wir unser Zusammenleben organisieren wollen und welche Effekte dieser Entscheidungen wir in Kauf nehmen wollen. Wollen wir beispielsweise alten Menschen eine menschliche, respektvolle, liebevolle professionelle Pflege ermöglichen, muss die Art und Weise, wie wir aktuell pflegen, in vielerlei Hinsicht verbessert werden. Zentral ist auch hier die zeitliche Dimension. Denn sowohl Pfleger*innen als auch die gepflegten Personen wünschen sich mehr Zeit. In der Pflege entsteht Zeitdruck, da unser Gesundheitssystem am Personal spart: Zu wenige Menschen übernehmen die anfallenden Aufgaben. 80 Prozent der Beschäftigten in der Krankenpflege und 69 Prozent in der Altenpflege geben an,¹⁵ sehr häufig oder oft gehetzt zu arbeiten. Zudem sagen 46 Prozent der Mitarbeiter*innen, dass sie ihre Arbeit weniger gut machen können, um das Pensum zu schaffen.¹⁶ Die Abstriche bei der Qualität gehen nicht nur zulasten der pflegebedürftigen Personen, gerade bei Pfleger*innen, die einen hohen ethischen Anspruch an ihre Arbeit haben und sie als sinnhaft empfinden, entsteht so eine emotionale Belastung. Es ist mittlerweile schwierig, ausreichend neue Pfleger*innen für den Beruf zu gewinnen, da Arbeitsbedingungen wie die körperliche und psychische Belastung, unregelmäßige Arbeitszeiten, fehlende Entwicklungsmöglichkeiten sowie Löhne, die als zu niedrig empfunden werden, nicht genügend Interessierte für die Berufe motivieren können und immer wieder Pflegekräfte ihren Beruf aufgeben.

15 Vgl. DGB-Index Gute Arbeit, DGB-Index Gute Arbeit 2012–2017, Sonderauswertung, Arbeitsbedingungen in der Alten- und Krankenpflege, Berlin 2018, S. 7, <https://index-gute-arbeit.dgb.de/++co++fecfee2c-a482-11e8-85a5-52540088cada>.

16 Vgl. ebd., S. 16.

Könnte es eine Aufwertung von Care-Tätigkeiten bewirken, wenn ihrer Verrichtung ein deutliches Mehr an Zeit zugestanden würde? Denn höher bewertete Tätigkeiten, die ideelle und auch finanzielle Anerkennung bekommen, gehen mit einer zeitlichen Ausdehnung einher. Ein Essen, das mehrere Stunden lang zubereitet wurde, gilt als besseres Essen als ein schnelles Gericht. Der längere Kochprozess wird sogar mit mehr Liebe für die Personen, für die gekocht wurde, assoziiert. Die zeitliche Ausdehnung kann zwar nicht garantieren, dass mehr Zeit für mehr Qualität steht, aber die Assoziation ist da. Wenn wir also anerkennen würden, dass Care-Arbeit mehr Zeit braucht, als wir ihr bislang zugestehen, könnten diese Tätigkeiten mehr Respekt bekommen – und höhere Gehälter. Wir könnten mit der Anerkennung der nötigen Zeit besser sehen, dass Care-Arbeit viel Wissen erfordert, komplex ist, dass Beziehungen aufgebaut werden – dass Care-Arbeit nicht billig zu haben ist. Unterstützung von anderen bei ihren Anliegen, bessere Arbeitsbedingungen und Gehälter zu bekommen, erhalten Care-Fachkräfte zudem eher, wenn der Anspruch und die Verantwortung ihrer Berufe von Außenstehenden wirklich verstanden wird. Denn die Arbeit von Erzieher*innen kann sogar von Eltern geringgeschätzt werden, die ihre Kinder in Kitas betreuen lassen. Der Zivildienst war in der Hinsicht eine gute Idee, junge Männer mit Care-Arbeit vertraut zu machen. Ein verpflichtendes soziales Jahr nach dem Schulabschluss für alle – und warum nicht auch erneut mit 30 und mit 50 Jahren? – könnte das Wissen um die gesellschaftliche Relevanz von Care bei allen verankern und zudem auf direkte Weise Wertschätzung an das Care-System zurückgeben, durch das die allermeisten Menschen als Kinder gehen und auf das sie zum Lebensende angewiesen sein werden.

Vor einer Gesellschaft, die Care wirklich wertschätzt, liegt jedoch ein „es geht nicht anders“: die Kompromisse, an die wir uns gewöhnt haben: Fast Food, Fast Fashion, Fast Care. Das Gegenstück zum Pflegealltag ist aber nicht „Slow Care“, also mehr Luxusheime, die sich nur wenige reiche Menschen leisten können. Es geht vielmehr um „Proper Care“: die Zeit, die es braucht. Die Zeit, die eine alte Person braucht, um nicht nur satt, sondern auch gesehen zu werden. Die Zeit, die ein Kind braucht, bis es einschlafen kann oder die Hausaufgabe verstanden hat. Die Zeit, die Familien, Paare, Freund*innen füreinander brauchen, um ihre emotionalen Bedürfnisse zu erfüllen. Die Zeit, die ein einzelner Mensch

braucht, um eine Identität jenseits des Jobs zu haben. Warum nehmen wir uns diese Zeit nicht? Oder besser gefragt: Was nimmt uns diese Zeit? Wer?

ZWEI ZEITKULTUREN VEREINEN

„Die Abwertung von Tätigkeiten, die traditionell mit Frauen assoziiert werden (...) bedeutet, dass die zeitlichen Rhythmen und Bedürfnisse dieser Tätigkeiten nicht anerkannt werden und in den Schatten der dominanten Zeitkultur gedrängt werden“, schreibt die Politikwissenschaftlerin Valerie Bryson.¹⁷ Ein erster Schritt heraus aus der Unvereinbarkeit von Erwerbsarbeit und privater Care-Arbeit wäre ein Nachdenken darüber, wie die unterschiedlichen zeitlichen Logiken dieser Sphären gleichberechtigt koexistieren könnten und eventuell langfristig eine neue integrierte Zeitkultur entstehen würde. Die Philosophin Nancy Fraser hat schon in den 1990er Jahren die Vision eines Wohlfahrtsstaates entworfen, der sich an dem Modell des „Universal Caregiver“ orientiert – Care- und Erwerbsarbeit werden kombiniert und nicht länger geschlechterkodiert.¹⁸ Im deutschsprachigen Raum haben beispielsweise die Autor*innen des Equal-Care-Manifests¹⁹, die Initiator*innen des Netzwerkes Care-Revolution²⁰ oder von Care.Macht.Mehr²¹ Vorschläge erarbeitet. Für alle Überlegungen ist zentral, dass die Zeit, die Care-Arbeit braucht, und dass diese Zeit eine eigene Natur hat, Anerkennung findet und diese Erkenntnis bei allen Überlegungen zur politischen Gestaltung einer Gesellschaft berücksichtigt würde.

Das würde bedeuten, dass andere Aspekte des Lebens nicht länger der Erwerbsarbeit untergeordnet würden, sondern die Care-Arbeit, die bislang unbezahlt im familiären Kontext stattfindet, gleichwertig in eine neue Gesellschaftsstruktur mit einbezogen würde. Schließlich konstituiert sie Gesellschaft und kann nicht als private Angelegenheit von der öffentlichen Sphäre getrennt

werden. Obwohl sie zu Hause stattfindet, reicht ihr Einfluss weit darüber hinaus. In diesem Zuge müsste neu definiert werden, wie viel Zeit familiäre Care-Arbeit braucht, wer wie viel Zeit für Care in die Familie einbringt und die Summe dieser Zeit mitgedacht werden für andere Zeitbedarfe. Es müsste als neuer Arbeitsschutz festgelegt werden, wie viele Stunden eine Person am Tag arbeiten darf (als Summe von Care und Beruf), wie viel freie Zeit am Tag sie braucht, wie viel Erholungszeit in Form von arbeitsfreien Tagen ihr zusteht (also ebenso Urlaub von Care-Arbeit) und wie die Gesamtarbeit einer Person bezahlt wird (da verstanden wurde, dass unbezahlte Arbeit bislang eine Subvention bezahlter Arbeit war und diese Investition nun beziffert wird). Stabile Care-Netze müssten ausgehend von denjenigen gedacht werden, die innerhalb ihrer eigenen Familie wenig oder keine Unterstützung haben.

Für die professionelle Care-Arbeit würde eine neue Zeitkultur bedeuten, dass sie ihrer eigenen zeitlichen Logik folgen dürfte und sie befreit würde vom Postulat „Zeit ist Geld“ und stattdessen die Würde der zu umsorgenden Menschen sowie die angemessene Erfüllung ihrer Bedürfnisse bei dieser Arbeit im Zentrum stünde.

Care-Arbeit braucht nicht nur Zeit, sondern diese Zeit: bedürfnisorientiert, situativ unterschiedlich, nicht auf die Minute genau planbar, nicht optimierbar. Viel Zeit. Darüber, wie viel Zeit Care braucht, müssen diejenigen entscheiden können, die Care geben und diejenigen, die auf Care angewiesen sind. Nicht diejenigen, die sich der Verantwortung für Care entzogen und sie entwertet haben, sollten darüber entscheiden können, wie unsere Gesellschaft Care priorisiert. Care-Arbeit neu zu verteilen und aufzuwerten, ist eine der drängendsten politischen Machtfragen, da ohne sie die Gleichberechtigung der Geschlechter nicht gelingen kann. Die Care-Frage entscheidet darüber, ob eine Gesellschaft ihr menschliches Potenzial erreichen kann, indem sie Mitmenschlichkeit über Wachstum stellt. An der Frage, wie eine Gesellschaft mit Care-Arbeit umgeht, zeigt sich, wie sehr wir Menschen sein wollen und wie sehr Maschinen.

TERESA BÜCKER

ist freie Journalistin, Moderatorin und Beraterin. Für das „Süddeutsche Zeitung Magazin“ schreibt sie die Kolumne „Freie Radikale“.

<https://teresabuecker.de>

Twitter: @fraulein_tessa

17 Valerie Bryson, *Gender and the Politics of Time: Feminist Theory and Contemporary Debates*, Bristol 2007, S. 58.

18 Vgl. Nancy Fraser, *After the Family Wage: Gender Equity and the Welfare State*, in: *Political Theory* 4/1994, S. 591–618.

19 *Equal Care Manifest*, 19.5.2020, <https://equalcareday.de/manifest>.

20 *Resolution der Aktionskonferenz Care Revolution*, Berlin 2014, <https://care-revolution.org/veroeffentlichungen>.

21 *Großputz! Care nach Corona neu gestalten*. Ein Positionspapier zur Care-Krise aus Deutschland, Österreich, Schweiz, <http://care-macht-mehr.com>.

Zum Weiterlesen.



2020
Bestell-Nr. 10526



2020
Bestell-Nr. 10497



2020
Bestell-Nr. 4342



ESSAY

RETRADITIONALISIERUNG?

Care-Arbeit und Geschlechterverhältnisse in der Corona-Krise

Philipp Krohn

„Allerorten wird erzählt, durch Corona fielen die Geschlechter zurück in die fünfziger Jahre. Das ist die falsche Geschichte.“ Mit diesem Vorspann erschien Ende Mai 2020 ein Artikel aus meiner Feder in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ über die Aufteilung der zusätzlich anfallenden Care-Arbeit in Zeiten der Kita- und Schulschließungen. Mit einer Ehefrau, die im Gesundheitswesen arbeitet, als Alleinverantwortlicher für das „Homeschooling“, den heimischen Kindergarten, die Kantine sowie als Blattmacher und Autor für meine Zeitung war ich selbst betroffen – und wollte jenseits von anekdotischer Evidenz und der rasch bemühten These von der „Retraditionalisierung“ genauer hinschauen, was die damals vorliegenden empirischen Studien zu dieser Frage aussagten.

In dem Artikel habe ich mich um Argumente bemüht, warum Feministinnen mit vielen Kritikpunkten mit Blick auf die gesellschaftliche Macht von Frauen und die Verteilung von Care-Arbeit recht haben, hingegen unrecht, wenn sie behaupteten, Corona markiere einen Rückfall. Studien zeigten, dass sowohl Mütter als auch Väter in großem Ausmaß von der Pandemie betroffen waren und eine Aufrechnung in der außergewöhnlichsten gesellschaftlichen Krise nicht hilfreich war. Ich schloss mit dem Fazit: „Hunderttausende Eltern sind darum bemüht, ihre Rollen gut auszufüllen. Mütter und Väter gehen auf dem Zahnfleisch und könnten dringend zwei Wochen an einem Ostseestrand gebrauchen. Und dabei wollen sie dieses eine Mal nicht darüber diskutieren, wer häufiger abgespült oder Wäsche gefaltet hat. Sie haben gerade gemeinsam einen Hurrikan überlebt.“ Mittlerweile liegen weitere Studien vor, die ich, vor dem Hintergrund des „Lockdowns“, eingebettet in die mediale Debatte und zusammen mit den bereits im Mai zitierten Untersuchungen,

in diesem Beitrag kurz vorstellen und einordnen werde – ohne Anspruch auf Vollständigkeit, ohne bewusste Auslassung von Ergebnissen, die meine These nicht stützen würden.

IM „LOCKDOWN“

Die Corona-Pandemie ist ein soziales Ereignis, das in den vergangenen hundert Jahren kein Vorbild hatte. Mehrere Wochen lang wurde wegen der angenommenen extremen Ansteckungsgefahr des Virus das öffentliche Leben lahmgelegt. Familien blieben zu Hause und unter sich. In Supermärkten bildeten sich Schlangen, Produkte wurden gehamstert, viele Verbraucher kauften so viel Klopapier, dass sie damit auch eine wochenlange Quarantäne aushalten konnten. Zunächst hatten die Kultusbehörden Schulschließungen verhängt, eine Woche später entschied die Bundesregierung unter dem Eindruck der verheerenden Versorgungslage in Norditalien, den Einzelhandel in Deutschland komplett herunterzufahren. Unter vielen Selbstständigen machte sich Endzeitstimmung breit, denn für sie war nicht absehbar, ob die Liquidität ausreichen würde, um die Phase der Kontaktbeschränkungen zu überstehen. Kleinunternehmer bangten um ihre wirtschaftliche Existenz. Konzerne in Branchen wie Touristik, Gastronomie und Hotellerie stellten sich Fragen über ihre Zukunft.

Schulen mussten in kürzester Zeit die technischen und pädagogischen Voraussetzungen schaffen, um „Homeschooling“ zu ermöglichen. Unterricht, der sonst von Lehrern vermittelt wird, musste einigermaßen selbsterklärend in Form von Aufgaben auf Arbeitsblättern oder auf digitalen Boards in die Wohnungen der Schüler transferiert werden. Für Familien mit schulpflichtigen Kindern bestand die Aufgabe darin, anstelle der

Schulen den Unterricht zu Hause zu gewährleisten. Noch anspruchsvoller war die Situation für Eltern mit ganz kleinen Kindern. Denn wenn sie gleichzeitig ihrer Berufstätigkeit nachgehen und die Kinderbetreuung außerhalb vertrauter Einrichtungen sicherstellen sollten, bedeutete das für Paare häufig, dass sie sich mit den Aufgaben abwechseln mussten, sofern sie nicht unter die Notfallregelungen für die „systemrelevanten“ Berufe fielen. Viele Berufstätige, vor allem solche mit Schreibtischjobs, konnten ihren Arbeitsalltag nach Hause verlegen. Eine Mehrheit an Arbeitnehmern – etwa solche, die in der Produktion oder Fertigung arbeiten – blieb weiterhin an ihrer Arbeitsstätte. Unternehmen, die sich einer Absatzkrise gegenübersehen, schickten Mitarbeiter zeitweise nach Hause und beantragten Kurzarbeit. Für viele Familien bedeuteten die getroffenen Maßnahmen eine Mehrfachbelastung, die sie zuvor nie erlebt hatten. Haushalt, Kinderbetreuung, Unterricht zu Hause, Beruf (unter schwierigeren Bedingungen) und eine Welt nahezu ohne Freizeitangebote mussten in Einklang gebracht werden – eine emotionale Zerreißprobe.

NUR ZU LASTEN DER FRAUEN?

Als die Beschränkungen etwa einen Monat bestanden hatten, griffen Medien erstmals das Thema auf, was die Pandemie für die Geschlechterrollen bedeute. Vor der Corona-Krise (und vermutlich auch danach) gab es unbestritten erhebliche Unterschiede, wie Frau und Mann die Care-Arbeit untereinander aufteilten – auf der ganzen Welt summiert sich die Zeit, die Frauen unbezahlt im Haushalt, in der Erziehung und in der Pflege arbeiten, jeden Tag auf zwölf Milliarden Stunden, wie die Initiative „Equal Care Day“ angibt. In Unternehmen, Behörden und Universitäten stehen Frauen weiterhin allzu selten an der Spitze. Und auch das 2007 von der damaligen Großen Koalition eingeführte Elterngeld hat nicht dazu geführt, dass sich Erziehungsaufgaben gleichmäßig unter den Geschlechtern verteilt haben.

Zwar sagte mir die ehemalige Bundesfamilienministerin Renate Schmidt (SPD), die gemeinsam mit ihrer Nachfolgerin Ursula von der Leyen (CDU) die Elterngeld-Reform durchgesetzt hat, zum zehnten Jubiläum des Gesetzes: „Heute traut sich niemand mehr, Väter, die sich

für die Familie entscheiden, als Waschlappen zu bezeichnen.“ Doch zumindest anekdotisch und in bestimmten Berufsgruppen ist es längst nicht selbstverständlich, Elternzeit zu nehmen. „Die Zeit“ stellte kürzlich unter dem Titel „Wochenlang nannte mich ein Kollege Röckchen“ drei Väter vor, die durch Kollegen diskriminiert wurden. Bei leicht wachsender Zahl seit 2007 nimmt nicht einmal die Hälfte aller Väter die zwei Elternzeitmonate, die für die maximale Auszahlungsdauer von 14 Monaten vorausgesetzt werden. Dabei dürfte es kaum ein besseres Mittel geben, um beide Elternteile an ihre familiären Pflichten heranzuführen, als getrennt voneinander genommene Elternzeiten – ob vom Staat bezahlt oder nicht.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, wenn auch in der Corona-Krise nach Indizien gesucht wurde, dass die Lasten der Pandemie zwischen den Geschlechtern ungleich verteilt seien. „Zeit“-Autorin Jana Hensel setzte einen der ersten Akzente mit ihrem Artikel „Die Krise der Männer“, in dem es um die Diskrepanz zwischen männlichem Machergestus und den vielen Frauen in den sogenannten systemrelevanten Berufen ging. Darin machte sie auch einen Schlenker zur Aufgabenverteilung zwischen Frau und Mann. Ohne wissenschaftliche Evidenz schrieb sie: „Parallel dazu muss ich an die Mütter denken, die im Moment mit den Kindern zu Hause sind. Auch dafür habe ich keine Zahlen, sondern muss mich auf die Beobachtungen in meinem Umfeld stützen. In eigentlich allen Familien, die ich kenne, gehen nämlich die Männer dennoch ins Büro und lösen die Frauen allenfalls in den späten Nachmittagsstunden mit der Kinderbetreuung ab.“

Das Hineinhorchen in den eigenen Bekanntenkreis hat seine Tücken. Selten ist ein Blick ins eigene Umfeld repräsentativ. Schon mehr Gewicht hatte es deshalb, als Jutta Allmendinger, eine der führenden deutschen Soziologinnen und Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), in mehreren Interviews und Zeitungsartikeln anmerkte, eine große Gefahr von Corona bestehe darin, dass die Verbreitung des Virus Geschlechterrollen verfestige. Dem „Podcast für Deutschland“ der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ sagte sie, neben Selbstständigen gebe es vor allem eine Gruppe der Verlierer in der Krise: „Eltern mit kleinen Kindern, und wenn man da noch mal nach Männern und Frauen unterscheidet, sind es insbesondere die Frauen.“

Keine zwei Wochen später formulierte sie es in einem Gastbeitrag für „Die Zeit“ noch deutlicher. Die jüngsten Befragungen zu den Folgen von Corona zeigten ein klares Ergebnis: „Sie belegen eine Rollenverteilung zwischen Müttern und Vätern, die jener in der Generation unserer Eltern und Großeltern entspricht – und die wir nicht mehr für möglich gehalten hätten.“ Eine Rolle zurück sei beobachtbar. „Retraditionalisierung ist daher ein fast noch verharmlosendes Wort. Es ist zu schmutzig, zu nett. Es geht um den Verlust der Würde von Frauen, von Respekt, von Rechten“, schrieb die einflussreiche Sozialwissenschaftlerin.

Mit ihrer klaren Positionsbestimmung gab Allmendinger durchaus vor, unter welchen Vorzeichen in den Folgewochen über die Aufteilung der Aufgaben berichtet, kommentiert oder auch nur geteasert wurde. Das „SZ-Magazin“ bewarb einen ansonsten sehr ausgewogenen Podcast mit den Zeilen „Corona führt zurück in die Fünziger. Der Mann wird wieder zum Ernährer und die Frau zur Kümmerin“. Auch die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ berief sich in ihrem Artikel „Mutti macht das schon“ auf Allmendinger als wichtigster wissenschaftlicher Quelle, während einige Bewertungen ohne empirische Evidenz wiedergegeben wurden. So wurde die Literaturwissenschaftlerin Barbara Vinken wie folgt zitiert: „Alle Leute reden von Eltern; de facto geht es zu 80 Prozent um Mütter. Das ist die bewusste Verschleierung der Tatsachen unter dem Cover der Gleichberechtigung.“

ERGEBNISSE EMPIRISCHER STUDIEN

Doch was sagt nun die Empirie? Bereits im April 2020 förderte die Mannheimer Corona-Studie folgende Ergebnisse zutage: Nach den Ausgangsbeschränkungen arbeitete die Hälfte der Befragten an der alten Arbeitsstätte, ein Viertel im Homeoffice. Vor der Pandemie waren 13 Prozent der Männer und 10,6 Prozent der Frauen ihrer Arbeit von zu Hause nachgegangen. Wegen der Kita- und Schulschließungen betreuten 93 Prozent der befragten Eltern ihre Kinder selbst, nur ein kleiner Teil gab diese Aufgabe an Großeltern ab, weil die Ansteckungsgefahr für diese Risikogruppen durch ihre Enkel als hoch galt. Gemäß den Befragungen übernahmen in der ersten Woche der Schulschließungen am Befragungstag 26,5 Prozent der Männer diese Arbeit allein (in

der zweiten Woche 24 Prozent). Frauen kamen auf die Hälfte, in jeweils 24 Prozent der Fälle teilten sich beide Partner die Aufgabe. Die Autoren schrieben in ihrer ersten Veröffentlichung: „Somit zeigen die aktuellen Werte nicht unbedingt eine Verstärkung der Geschlechterungleichheit im Vergleich zu vor der Corona-Krise.“ Obwohl Sozialwissenschaftlerin Allmendinger in ihren Ausführungen auf diese Studie Bezug genommen hatte, ließ sie diese interpretative Einschätzung der Mannheimer Forscher außen vor.

„Rückschritt durch Corona“, überschrieb die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung eine Zahlenanalyse zum Thema. „Rollback bei den Geschlechterrollen“, lautete eine andere Formulierung aus dem kurzen Aufsatz. Auch Allmendingers Begriff von der „Retraditionalisierung“ findet sich darin wieder, zu dieser würde es „tendenziell“ kommen. So hatten in Haushalten mit mindestens einem Kind unter 14 Jahren 27 Prozent der Frauen, aber nur 16 Prozent der Männer ihre Arbeitszeit reduziert, um die Kinderbetreuung zu gewährleisten. Bei Paaren, die sich die Sorgearbeit vor der Krise gleichmäßig aufgeteilt hatten, gaben nur noch 57 Prozent der Männer an, sie hätten die Arbeit gleichmäßig in der Partnerschaft aufgeteilt, 30 Prozent sahen einen höheren Anteil der Frau und 12 Prozent einen höheren des Mannes. Die Frauen sahen in gut 25 Prozent der Fälle einen höheren Anteil bei sich liegen. In dieser Gruppe der Paare mit einer gleichberechtigten Beziehung hat es also unter dem Eindruck der Krise tatsächlich eine Verschiebung der Aufgaben in Richtung der Frauen gegeben, aber sicherlich keinen „Rollback“. Denn in den vielbeschworenen 1950er Jahren musste man nach dieser Art von Paaren wohl weitaus intensiver suchen als heute.

Interessante sozioökonomische Hintergründe zu den Krisenfolgen hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) untersucht. Im Vergleich zur Finanzkrise, in der vor allem Branchen des verarbeitenden Gewerbes betroffen waren, in denen es eine eindeutige Dominanz männlicher Beschäftigter gibt, seien von einer Pandemie andere Wirtschaftszweige betroffen: die Hotellerie und Gastronomie, die Touristik und der Kultursektor. Diese Branchen sind weiblich dominiert. Das hatte zur Folge, dass sich im Vergleich zur Krise vor einem Jahrzehnt die Betroffenheit etwas von Männern zu Frauen verschoben hat. Das aber ist nicht die Folge einer neuen Ungleichheit,

sondern der freien Berufswahl von Arbeitnehmerinnen und der relativen Attraktivität dieser Wirtschaftszweige für weibliche Arbeitskräfte.

In einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ machte die Ökonomin Nicola Fuchs-Schündeln auf den Umstand aufmerksam, in den ersten Wochen der Corona-Krise habe sich gezeigt, dass die Veröffentlichungen weiblicher Forscherinnen etwas stärker durch die Pandemie ausgebremst wurden als die ihrer männlichen Kollegen. Forscherinnen könnten zurückgeworfen worden sein, die Befunde seien aber nicht signifikant. Sie bemängelte, dass Frauen selbst ihre Rolle häufig als eine Kümmerin definierten. „Was oft nicht bedacht wird: Der Mensch ist stark von Normen geprägt. Was sind gute Eltern, was sind schlechte? Gerade in Deutschland sind diese Normen für Mütter immer noch viel stärker als für Väter. Es kostet Kraft, dagegen zu verstoßen“, sagte sie.

Mit dem vorhandenen Datenmaterial Ende Mai 2020 ließ sich also folgendes Zwischenfazit ziehen: Wirtschaftlich waren Frauen stärker betroffen, die Betreuungsaufgaben übernahmen sie nach den Zahlen der Mannheimer Studie anfangs zur Hälfte allein, die andere Hälfte der Befragten setzte sich zu gleichem Maße aus Vätern zusammen und Paaren, die sich die Aufgabe teilten. In Beziehungen, die bislang gleichberechtigt ihre Aufgaben aufgeteilt hatten, gab es eine Zusatzbelastung für Frauen, aber keinen Rückfall in Jahrzehnte, in denen Care-Arbeit in der Familie ausschließlich Frauen erledigten.

Seitdem sind weitere Studien erschienen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das die Bundesagentur für Arbeit mit wissenschaftlicher Begleitforschung unterstützt, stellte Ende Juni fest, dass von allen Beschäftigten, die vorher nur im Betrieb arbeiteten, 28 Prozent der Frauen ins Homeoffice wechselten und 17 Prozent der Männer, was im Durchschnitt 20 Prozent der Beschäftigten ergab. 29 Prozent der Männer und 28 Prozent der Frauen berichteten, sich aktuell um ein oder mehrere Kinder zu kümmern. Für Frauen, die mindestens ein Kind betreuten, verringerte sich die Stundenzahl von durchschnittlich 30,6 auf 28 Stunden. Bei betreuenden Männern sank die Arbeitszeit von durchschnittlich 42,1 auf 36,4 Stunden etwas stärker. 38 Prozent der Männer und 53 Prozent der Frauen mit Betreuungsaufgaben berichteten, zu anderen Zeiten zu arbeiten als vor der Pandemie.

Diese Daten spiegeln nicht die Belastung durch die Care-Arbeit während der Schulschließungen wider. Denn es gab auch Eltern, die alle neuen Aufgaben parallel bewältigten und am Abend einfach völlig erschöpft waren. Zahlen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) des DIW belegen, dass sich sowohl für Mütter als auch für Väter die durchschnittliche Stundenzahl, die sie im Jahr für Hausarbeit und Kinderbetreuung aufwendeten, stark erhöht hat. Für die Kinderbetreuung verdoppelte sie sich bei Männern von durchschnittlich rund zwei auf rund vier Stunden, für Frauen stieg sie von etwa 4,5 auf etwa 7,5 Stunden am Tag. Zu ähnlichen Ergebnissen kam das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Der Anteil der Väter an der Familienarbeitszeit sei während der Corona-Krise von zuvor etwa 33 Prozent auf 41 Prozent gestiegen. „Väter haben somit in der Ausnahmesituation während des Lockdowns einen historisch hohen Anteil in der Aufteilung der Familienarbeit erreicht – freilich immer noch weniger als die Mütter“, schrieben die Autoren, als sie ihre Untersuchung zu Eltern in der Krise Mitte Juli veröffentlichten. Auch hier war der Hinweis zu finden, „dass von einer vieldiskutierten Retraditionalisierung der Geschlechterrollen im Zuge der Corona-Krise nicht die Rede sein kann“.

All das heißt noch lange nicht, dass die Arbeitsbedingungen während dieser Zeit einfach gewesen sind. Alleinerziehende haben besonders gelitten. Deutlich mehr Frauen als Männer erziehen ihre Kinder allein. Nur etwa ein Fünftel der Beschäftigten konnte tatsächlich von zu Hause aus arbeiten. Wieder einmal waren es Zahlen des SOEP, die hier einen Aufschluss über die soziale Realität in Deutschland gegeben haben. Die Forscher des DIW haben Daten aus Vorkrisenzeiten untersucht und Schlussfolgerungen für die aktuelle Lage gezogen. In zwei Drittel der Paarhaushalte mit Kindern bis zu zwölf Jahren waren beide Elternteile erwerbstätig. Aber nur in etwas mehr als der Hälfte der Haushalte hatte eine Person die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten. Unter den Alleinerziehenden waren ebenfalls zwei Drittel erwerbstätig, aber nur etwa ein Drittel konnte von zu Hause aus arbeiten.

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) hat mit mehreren Studien gewissermaßen ihren amtlichen Stempel auf die Sicht gegeben, dass es kein „Rollback“ gab. Aussagekräftig ist eine Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag ihres Hauses. Demnach ga-

ben 59 Prozent der Eltern an, ganz gut durch die Krise gekommen zu sein. Der sozioökonomische Status spielte dabei eine sehr große Rolle: In reicheren Haushalten lag der Anteil bei 66 Prozent, in ärmeren bei 49 Prozent. Nur 6 Prozent der Befragten gab an, Arbeitgeber hätten kein Verständnis für ihr Problem gezeigt. In 59 Prozent der Haushalte hatte sich die Betreuung der Kinder nicht geändert, 21 Prozent der Eltern gaben an, sie sei ungleicher geworden. Dem standen 20 Prozent gegenüber, die sie egalitärer fanden.

Wenig später stellte Giffey eine weitere Studie, diesmal vom Institut Prognos, vor, die auch Arbeitgebern während der Krise ein gutes Zeugnis ausstellte. „Vieles von dem, was in der Pandemie plötzlich möglich war – flexiblere Arbeitszeiten, Homeoffice und innovative Schichtmodelle – hat Potenzial für die Zukunft“, sagte Giffey. 82 Prozent der Unternehmen erklärten, die Kinderbetreuung sei ein zentraler Faktor für die Produktivität ihres Unternehmens. Prognos betonte, ein Ergebnis der Studie sei, dass ein großer Teil der Väter mit Arbeitgebern vereinbart habe, Arbeitszeiten oder Arbeitsort zu verändern, um sich um Kinder kümmern zu können. Die meisten Unternehmen unterstützten eine aktive Vaterschaft und sprachen sich „gegen eine Retraditionalisierung der Elternrollen“ aus.

Das heißt aber nicht, dass die psychische Belastung durch Corona gleichmäßig verteilt ist. Ende September 2020 stellte DIW-Präsident Marcel Fratzscher in einer Kolumne in der „Zeit“ Ergebnisse einer Befragung unter 10 000 Deutschen vor, aus der hervorging, dass das Wohlbefinden aller Familien mit Kindern im Vorschulalter und in der Schule während der Pandemie abnahm. Unter Müttern sei die Lebenszufriedenheit besonders stark zurückgegangen. Auch eine Befragung des Versicherers Axa zur psychischen Belastung während der Ausgangsbeschränkung ergab, dass Frauen stärker unter ihren Folgen litten. Gleichzeitig lieferte Nadine Bös, Redakteurin der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, mit ihrem langen Artikel „Haushaltsfragen“ eine nüchterne Zusammenfassung der Studienlage und sprach mit Eltern. „In vielen Familien wurden eingespielte Rollen neu verhandelt“, zitierte sie die Soziologin Anja Steinbach von der Universität Duisburg-Essen, die mit ihrem Kollegen Karsten Hank zur Frage gearbeitet hat. Ein Datenvergleich aus dem Familienpanel „Pairfam“ vor und während der Pandemie zeigte in Steinbachs Worten: „Corona

hat keinen extremen Traditionalisierungsschub gebracht. Es gab in den Paarbeziehungen Anpassungen in beide Richtungen.“ Je nach Betroffenheit wurden die Rollen in der Familie dem Bedarf angepasst. Erst kürzlich veröffentlichte das Leibniz-Institut für Bildungsverläufe Auswertungen von Befragungen erwerbstätiger Eltern im Rahmen des Nationalen Bildungspanels zu Kinderbetreuung in der Corona-Krise. Ihr Fazit: „Auch bei gleicher beruflicher Belastung betreuen Mütter häufiger allein als Väter.“

SCHLUSS

Die vielen Befragungen und ergänzenden Daten zeichnen also ein Bild, das insgesamt eher ermutigend im Hinblick auf eine Gleichstellung von Männern und Frauen ist. So wie durch den kulturellen Wandel, den die ehemalige Ministerin Renate Schmidt beobachtet, schrittweise eine stärkere Aufteilung der Sorgearbeit festzustellen ist, bleiben aber auch Defizite, wenn eine vollständige Gleichverteilung das Ziel ist. Bei der Interpretation von Zahlenwerten darf auch nicht außer Acht gelassen werden, dass es Familien gibt, die sich bewusst für eine ungleiche Verteilung der Aufgaben entscheiden.

Hinsichtlich der stärkeren psychischen Belastung von Frauen könnte der „Mental Load“ eine Rolle spielen, wie ihn die Autorin Patricia Cammarata in ihrem Buch „Raus aus der Mental Load Falle“ genauer beschreibt. Häufig bleiben schleichend und unbewusst Aufgaben bei Frauen hängen, die nicht immer genau zu benennen sind, die aber im Alltag bewältigt werden müssen. Wie lange reicht das Klopapier? Welche Geburtstage stehen an und müssen geplant werden? Was braucht das Kind an neuen Sachen? Um einen Partner (häufiger Frauen) vom permanenten Nachdenken über solche und andere Dinge zu entlasten, der für eine mentale Beanspruchung des Gehirns (Mental Load) sorgt, regt Cammarata an, diese Aufgaben aufzulisten und explizit zwischen den Partnern aufzuteilen. In ihren Vorschlägen dürfte einiges Potenzial liegen, um Lasten umzuteilen, die in den Erhebungen zur Corona-Krise noch gar nicht berücksichtigt sind.

PHILIPP KROHN

hat Volkswirtschaft und Germanistik studiert und ist Redakteur in der Wirtschaftsredaktion der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.
p.krohn@faz.de

WER BETREUT DIE KINDER, WER PFLEGT DIE ALTEN?

Corona-Krise und häusliche Arbeitsteilung in Ungarn

Éva Fodor · Anikó Gregor · Júlia Koltai · Eszter Kováts

Als Ministerpräsident Viktor Orbán am 13. März 2020 die Schließung der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen verkündete, standen über eine Million ungarische Paare mit Kindern und mehrere Hunderttausend Alleinerziehende vor einer großen Herausforderung: Sie mussten nicht nur die technische Ausrüstung für den Heimunterricht beschaffen, sondern auch die Kinderbetreuung organisieren. Denn nicht nur die Schulen und Kindergärten wurden geschlossen, auch die Unterstützung durch Großeltern oder private Tagesmütter war nicht mehr möglich. Die Familien mussten sich allein um den Haushalt und die Kinderbetreuung kümmern, einschließlich der Aufgaben, die bislang von anderen, etwa von bezahlten Kräften, übernommen worden waren. Für viele bedeutete das einen mehr als ausgefüllten Tag, bei dem die Kinder unterrichtet, unterhalten und umsorgt werden mussten, während man gleichzeitig versuchte, online oder offline das übliche berufliche Arbeitspensum zu bewältigen.

Die Pandemie machte deutlich, was Sozialwissenschaftler seit über einem Jahrzehnt als „Care-Krise“ beschreiben: den wachsenden inneren Widerspruch zwischen der derzeitigen am Finanzmarkt orientierten kapitalistischen Produktionsweise und der Logik der Reproduktionsarbeit wie beispielsweise Kinderbetreuung, Altenpflege, Hausarbeit, bei dem die Wirtschaft die Ressourcen der Reproduktionsarbeit nutzt, während sie gleichzeitig deren Funktionieren untergräbt.⁰¹ Frauen erleben diesen Widerspruch meist besonders intensiv, weil sie neben ihrer bezahlten Arbeit tagtäglich den Löwenanteil der Kinderbetreuung, Kranken- und Altenpflege bewältigen. Hat sich dies in der Phase des „Lockdowns“ geändert? Vor dem Hintergrund der Ausgangssituation in der häuslichen Arbeitsteilung in Ungarn und den Herausforderungen durch die Pandemie stellen wir in diesem Beitrag Ergebnisse ei-

ner repräsentativen Umfrage vor, in der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Mai 2020 zu den Veränderungen bei der Arbeitsteilung in Bezug auf Kinderbetreuung und Altenpflege in ihren Haushalten befragt wurden.⁰²

VERTEILUNG DER CARE-ARBEIT UND HERAUSFORDERUNGEN DURCH DIE PANDEMIE

Verglichen mit der Bevölkerung in anderen osteuropäischen Ländern hat die ungarische eine relativ konservative Einstellung zu den Geschlechterrollen, vor allem im Hinblick auf die Kinderbetreuung und die Arbeitsteilung im Haushalt: 8 von 10 Befragten stimmen der Aussage zu, „die wichtigste Rolle einer Frau ist es, sich um ihr Heim und ihre Familie zu kümmern“.⁰³ Diese Einstellung spiegelt sich auch in der aktuellen Arbeitsteilung, wie Zeitbudgeterhebungen zeigen. Mütter kleiner Kinder verbringen im Vergleich zu Vätern mehr als doppelt so viel Zeit mit hauswirtschaftlicher Arbeit (330 Minuten im Vergleich zu 142 Minuten pro Tag) und 2,2 Mal so viel Zeit mit der Kinderbetreuung (96 im Vergleich zu 44 Minuten pro Tag).⁰⁴ Obwohl zwischen 1986 und 2009 die Minutenzahl gestiegen ist, die Väter auf die Kinderbetreuung verwenden,⁰⁵ blieb der Gender Gap stabil. Die relativ wenigen internationalen Daten zum Zeitbudget deuten ebenfalls darauf hin, dass ungarische Frauen mehr Zeit für Tätigkeiten im Haushalt und für die Familie aufwenden als Frauen in anderen EU-Ländern.⁰⁶ Die Betreuung in Kindertagesstätten steht Kindern in Ungarn ab dem dritten Lebensjahr allgemein zur Verfügung, bei Kindern unter drei Jahren ist der Bedarf dagegen nur zu etwa 17 Prozent gedeckt, das Angebot beschränkt sich meist auf die großen Städte, und die Wartelisten sind unglaublich lang, zudem müssen die Eltern einen Teil der Kosten übernehmen.

In der Altenpflege haben etwa 3 Prozent der bedürftigen Seniorinnen und Senioren Zugang zu einem Platz in einer entsprechenden Einrichtung, die kommunalen Angebote sind unterfinanziert und personell unterbesetzt: Nur etwa 7 Prozent der Pflegebedürftigen erhalten von dieser Seite Unterstützung.⁰⁷ 400 000 bis 500 000 Ungarn – 4,4 Prozent der Männer und 6,7 Prozent der Frauen, im internationalen Vergleich mit die niedrigsten Werte⁰⁸ – pflegen ein älteres Familienmitglied, etwa ein Drittel der Pflegenden sind Männer, zwei Drittel Frauen. Ungarn hat rund 10 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, 1,8 Millionen davon sind 65 Jahre und älter, ein Drittel von ihnen benötigt im Alltag Unterstützung, doch nur einige Zehntausend leben in Seniorenheimen. Die Wartezeit für einen der wenigen verfügbaren Plätze liegt bei zwei bis drei Jahren.

Die Gleichstellungspolitik der ungarischen Regierung ist im Grunde eine Familienpolitik; Themen, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Familie stehen und ein Überdenken der Beziehung zwischen Staat und Marktwirtschaft erfordern, werden deshalb nicht berücksichtigt.⁰⁹ Die Familienpolitik wiederum be-

schränkt sich auf die Bevölkerungspolitik und schließt damit die Bereiche aus, die nicht mit der Demografie zusammenhängen – zum Beispiel die Rolle der Väter in der Familie (Ungarn bietet neuen Vätern gerade einmal fünf Tage voll bezahlten Vaterschaftsurlaub an), das Bildungssystem, Kinderarmut, die rechtliche Situation von gleichgeschlechtlichen Paaren oder die Altenpflege. Letzteres ist auch eine demografische Herausforderung, da die Überalterung der ungarischen Bevölkerung weitreichende Folgen hat und die Berichte über ihren besorgniserregenden Gesundheitszustand und den daraus resultierenden wachsenden Druck auf das Pflegesystem im Land alarmierend sind. Dennoch wird die Altenpflege konsequent ignoriert, weil Bevölkerungspolitik ausschließlich als Förderung des Bevölkerungswachstums verstanden wird, mit dem Ziel, die Kinderzahl der weißen Frauen aus der Mittelschicht zu steigern. Obwohl diese Maßnahmen und die damit verbundene Regierungspropaganda die Vorzüge der Mutterschaft betonen, schließen sie gleichzeitig die Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt nicht aus, sondern bauen sogar darauf.¹⁰

Auf die Belastung durch die Pandemie war die bestehende Infrastruktur zur Pflege der Alten und chronisch Kranken nicht vorbereitet. Darüber hinaus mussten sich Paare nun auch noch um die ansonsten gesunden Großeltern kümmern (auf deren Unterstützung sie sich sonst verlassen hatten, die aber jetzt selbst Hilfe benötigten, beispielsweise beim Einkaufen). Auch die Pflege der Alten, die bereits zuvor auf Unterstützung angewiesen waren, wurde schwieriger. Die unterfinanzierten und unterbesetzten Strukturen auf

01 „Ich vertrete die These, dass jede Form einer kapitalistischen Gesellschaft eine tiefsitzende ‚Krisentendenz‘ oder einen Widerspruch der sozialen Reproduktion birgt: Einerseits ist die soziale Reproduktion Voraussetzung für eine anhaltende Kapitalakkumulation, andererseits destabilisiert die Ausrichtung des Kapitalismus auf eine unbegrenzte Akkumulation eben den Prozess der sozialen Reproduktion, auf den er sich stützt. Dieser Widerspruch der sozialen Reproduktion im Kapitalismus bildet die Wurzel des Problems der sogenannten Care-Krise.“ Nancy Fraser, *Contradictions of Capital and Care*, in: *New Left Review* 100/2016, S. 99–117, hier S. 100.

02 Die Untersuchung wurde vom Budapester Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung finanziert und von Szinapszis Market Research and Consulting Ltd durchgeführt. Der Beitrag basiert auf den Daten aus unserem Beitrag „The Impact of COVID-19 on the Gender Division of Childcare Work in Hungary“ für European Societies, DOI: 10.1080/14616696.2020.1817522, und unserem Forschungsbericht für die Friedrich-Ebert-Stiftung „Az egyenlőtlenségek alakulása a koronajárvány idején Magyarországon“ [Die Entwicklung von Ungleichheiten während der Corona-Pandemie in Ungarn].

03 Vgl. Europäische Kommission, *Gender Equality 2017. Eurobarometer Nr. 465, Summary Report, 2017, S. 7.*

04 Vgl. István Harcsa, *Családi kohézió*, Budapest 2014, S. 34.

05 Vgl. ebd.

06 Vgl. Eurostat, *Participation Time per Day in Household and Family Care, by Gender, 2019*, [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Participation_time_per_day_in_household_and_family_care_by_gender_\(hh_mm\)_2008_to_2015.png](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=File:Participation_time_per_day_in_household_and_family_care_by_gender_(hh_mm)_2008_to_2015.png).

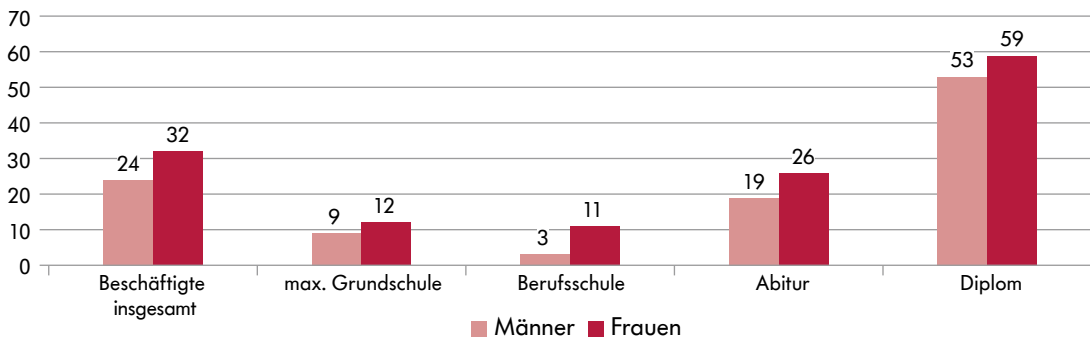
07 Vgl. Andrea Gyarmati, *Idősödés, idősellátás Magyarországon. Helyzetkép és problémák*, Friedrich-Ebert-Stiftung 2019, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/15410.pdf>.

08 Vgl. Ellen Verbakel et al., *Informal Care in Europe: Findings from the European Social Survey (2014) Special Module on the Social Determinants of Health*, in: *European Journal of Public Health* 1/2017, S. 90–95.

09 Vgl. Eszter Kovács, *Post-Socialist Conditions and the Orbán Governments' Gender Politics between 2010 and 2019 in Hungary*, in: Gabriele Dietze/Julia Roth (Hrsg.), *Right-wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond*, Bielefeld 2020, S. 75–99.

10 Vgl. Dorottya Szikra, *Ideology or Pragmatism? Interpreting Social Policy Change under the ‚System of National Cooperation‘*, in: János Mátyás Kovács/Balázs Trencsényi (Hrsg.), *Brave New Hungary: Mapping the „System of National Cooperation“*, London 2019, S. 225–242.

Abbildung 1: Anteil der im Homeoffice-Beschäftigten während des „Lockdowns“ nach Geschlecht und formalem Bildungsgrad (in Prozent der Beschäftigten)



kommunaler Ebene gerieten durch die Pandemie ebenfalls unter enormen Druck, und die wenigen Familien, die sich eine private Pflegekraft zu Hause leisten konnten, mussten aufgrund der erhöhten Ansteckungsgefahr darauf verzichten. Die Familien konnten sich daher bei der Pflege älterer Menschen kaum noch auf Hilfe von außen stützen.

Die Belastung wurde durch eine staatliche Maßnahme noch zusätzlich erhöht: Vor Ostern, als es etwa 800 bekannte Infektionsfälle in Ungarn gab, ordnete das Ministerium für Humanressourcen (Bildung, Gesundheit, Kultur, Hochschulen) an, dass innerhalb von acht Tagen 36 000 Krankenhausbetten (60 Prozent der Kapazität) geräumt werden müssten, um sie im Falle einer Verschärfung der Pandemie verfügbar zu halten. Mehrere Tage lang gab es in den Medien zahlreiche herzerreißende Berichte über betroffene Familien – Krebspatientinnen und -patienten im Endstadium oder andere Schwerkranke, die eine professionelle Pflege rund um die Uhr benötigten, wurden nach Hause geschickt, wodurch die Familien eine enorme Bürde tragen mussten. Die Maßnahme der Regierung wirkte irrational,¹¹ und sie erschien nicht wie eine notwendige Vorbereitung, sondern eher wie eine Machtdemonstration. Nachfragen der Opposition im Parlament ergaben, dass am Ende etwa 16 000 bis 24 000 Betten geräumt wurden – immer noch eine übertriebene Zahl mit gravierenden Auswirkungen.

¹¹ Laut internationalen Statistiken benötigen maximal 25 Prozent der COVID-19-Patienten eine stationäre Behandlung, daher schien es angesichts der niedrigen Zahl der Fälle unnötig, so viele Betten verfügbar zu halten.

DATEN UND METHODEN DER UMFRAGE

Unsere Studie hat die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf verschiedene Aspekte der sozialen Ungleichheit in Ungarn untersucht, unter anderem auch auf die Geschlechterungleichheit vor allem im Hinblick auf Veränderungen bei der Verteilung der Reproduktionsarbeit (Kinderbetreuung, Altenpflege und Hausarbeit). Die Erhebung fand zwischen dem 26. und 29. Mai 2020 statt und wurde mittels computergestützter Telefoninterviews (CATI) bei Ungarinnen und Ungarn im Alter von 18 bis 65 Jahren vorgenommen. Unsere Umfrage erfolgte in der elften Woche der „Lockdown“-Maßnahmen, daher kann man davon ausgehen, dass die Befragten bereits eine tägliche Routine entwickelt hatten und sie verlässlich wiedergaben. Mit 1900 Befragten ist die Stichprobe repräsentativ für die relevante Kohorte von Ungarn in Hinblick auf Geschlecht, Alter, formaler Bildungsgrad, Wohnort und Verwaltungsregion. Man sollte jedoch hervorheben, dass die Alterszusammensetzung der Stichprobe der Altenpflege eine niedrigere Priorität einräumt, da ein großer Teil der älteren Menschen von ihren Partnerinnen und Partnern oder Geschwistern gepflegt wird, die ebenfalls über 65 sind.

Hier fokussieren wir die wichtigsten Erkenntnisse zu geschlechtsspezifischen Unterschieden bei der Kinderbetreuung und Altenpflege unter den durch den „Lockdown“ veränderten Bedingungen. Die Befragten mit mindestens einem Kind im Alter von 18 Jahren oder jünger sollten die Anzahl der Stunden nennen, die sie vor und während der „Lockdown“-Maßnahmen mit

den Kindern verbrachten, etwa mit Spielen, Vorlesen, Lernen, Reden, Anziehen, Füttern; Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einem älteren pflegebedürftigen Verwandten sollten die Stundenzahl angeben, die sie für die Pflege aufwendeten, neben der Körperpflege wie Waschen und Windelnwechseln auch Einkaufen und Ähnliches. Die Angaben der Befragten wurden als subjektive Einschätzungen der für pflegebezogene Aufgaben aufgewendeten Zeit behandelt.

Während der Pandemie arbeitete ein Viertel der Beschäftigten im Homeoffice, ein weiteres Viertel wurde entlassen, die restliche Hälfte der Beschäftigten arbeitete weiterhin außer Haus. Der Anteil der Frauen im Homeoffice war höher als der der Männer (32 Prozent zu 24 Prozent). Der größte Unterschied zeigte sich beim formalen Bildungsgrad. Angestellte mit einem Hochschulabschluss waren doppelt so oft im Homeoffice wie der Durchschnitt der Beschäftigten (*Abbildung 1*).

ENTWICKLUNGEN BEI DER KINDERBETREUUNG

Die Gruppe, die mit Kindern unter 18 Jahren in einem Haushalt lebte, wurde nach der Anzahl der Stunden gefragt, die sie vor und nach der Einführung der „Lockdown“-Maßnahmen auf die Kinderbetreuung verwendeten (627 Personen in unserer Stichprobe von 1900 Personen). Im Durchschnitt gaben die Eltern an, dass sie neun Stunden pro Woche mehr auf die Kinderbetreuung aufwendeten als vor der Pandemie: Frauen nannten eine Zunahme um 11,4 Stunden, Männer um 6,8 Stunden – eine Gesamtstundenzahl von 43,8 Stunden pro Woche bei den Frauen und 26,1 Stunden bei den Männern. Die Steigerungsrate war bei Frauen und Männern ungefähr gleich und lag bei etwa einem Drittel. Doch da die Frauen vor der Pandemie deutlich mehr Stunden für die Kinderbetreuung aufgewendet hatten, stieg ihre Arbeitsbelastung auch stärker als die der Männer; der Gender Gap vertiefte sich (*Abbildung 2*). Dieser weist jedoch bedeutende Unterschiede bei den sozialen Gruppen auf. Die Differenz der aufgewendeten Stunden in der Betreuung ist bei den Eltern mit Hochschulabschluss besonders ausgeprägt (*Abbildung 3*). Ähnlich tritt die Kluft auch in den Städten deutlicher zutage, was vermutlich daran liegt, dass in der Hauptstadt Budapest strengere Maßnahmen galten als im übrigen Land, und es dort mehr Kleinfamilien gibt als in kleineren Siedlungen (*Abbildung 4*).

Abbildung 2: Stundenzahl pro Woche für Kinderbetreuung in Haushalten mit mindestens einem Minderjährigen

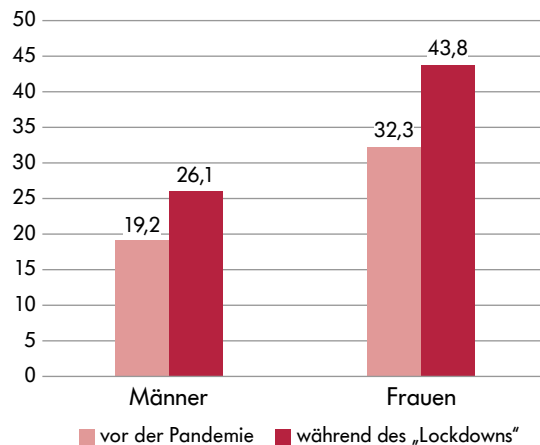
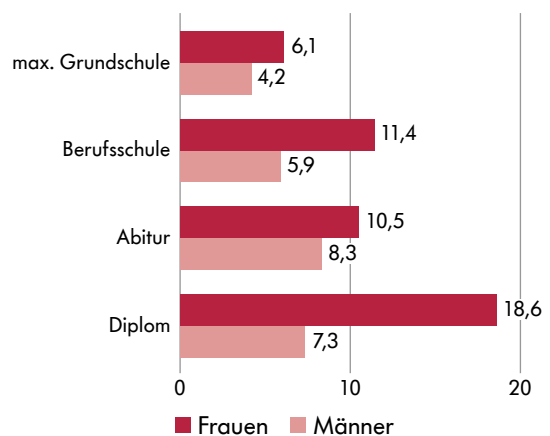
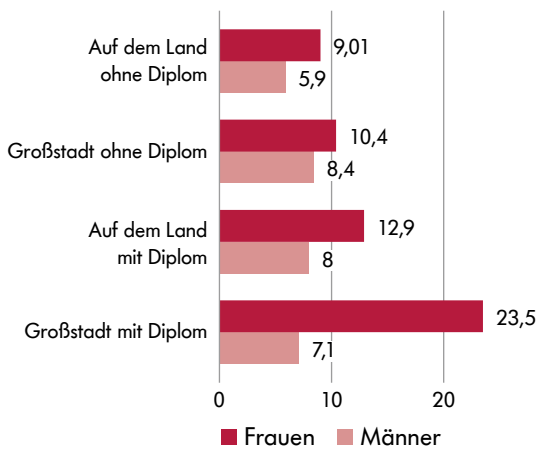


Abbildung 3: Veränderung der Stundenzahl pro Woche für Kinderbetreuung nach formalem Bildungsgrad in Haushalten mit mindestens einem Minderjährigen während des „Lockdowns“



Männer ohne bezahlte Arbeit erhöhten die für die Kinderbetreuung aufgewendete Stundenzahl deutlich stärker als Männer mit Arbeit, was darauf hindeutet, dass Männer bereit sind, zumindest vorübergehend einzuspringen, wenn sie keine anderen täglichen Verpflichtungen haben. Bei Frauen ist das anders: Sie erhöhten die Betreuungszeit in einem ähnlichen Maß unabhängig davon, ob sie einer bezahlten Arbeit nachgingen oder nicht. Und schließlich schlug sich

Abbildung 4: Veränderung der Stundenanzahl pro Woche für Kinderbetreuung nach formalem Bildungsgrad und Wohnort in Haushalten mit mindestens einem Minderjährigen während des „Lockdowns“



die Arbeit im Homeoffice im Vergleich zur Arbeit außer Haus in einer höheren Stundenzahl bei der Kinderbetreuung nieder, unabhängig davon, ob Mann oder Frau. Auch das Alter der Kinder spielte eine Rolle, für Kinder unter zwölf Jahren wurde mehr Zeit aufgewendet.

Die zentrale Erkenntnis hinsichtlich der Kinderbetreuung lautet, dass Frauen mit Hochschulabschluss erheblich mehr Stunden auf die Betreuung der Kinder verwenden als Männer mit einem ähnlichen Abschluss, auch im Vergleich zu Frauen und Männern mit geringerer Bildung. Ähnlich widmen Frauen, die von zu Hause aus arbeiten, ihren Kindern mehr Zeit als Männer im Homeoffice oder Frauen und Männer, die außerhalb des Hauses arbeiten.

ENTWICKLUNGEN IN DER ALTENPFLEGE

Wir analysierten die Antworten der Befragten, die angaben, sie hätten ihre älteren Verwandten sowohl vor als auch während der Pandemie unterstützt: Sie machen etwa die Hälfte der Stichprobe aus, insgesamt 911 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.¹² Die Ergebnisse waren durchaus

¹² Die geringe Zahl derjenigen, die nur während der Pandemie einsprangen, ließen wir ebenso unberücksichtigt wie die wenigen, die während des „Lockdowns“ die Unterstützung einstellten.

überraschend: Frauen und Männer reduzierten die Unterstützung für ihre älteren Verwandten, allerdings fiel der Rückgang bei den Männern geringer aus. Darüber hinaus stellten wir auch erhebliche Unterschiede innerhalb der Geschlechtergruppen fest. Während Frauen aller Kategorien weniger Zeit für ihre älteren Verwandten aufbrachten, fiel die Reduzierung umso geringer aus, je höher der formale Bildungsgrad der Frauen war. Bei den Männern ergab sich ein völlig anderes Bild: Männer mit niedrigem Bildungsgrad erhöhten sogar ihren Einsatz, während er bei den Männern der anderen Kategorien zurückging – allerdings in geringerem Ausmaß als bei den Frauen.

Auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt beeinflusste die auf die Altenbetreuung verwendete Zeit: Bei den Erwerbstätigen gab es keine bedeutenden Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Allerdings ging unter den weiblichen Arbeitslosen oder Nichterwerbstätigen die Anzahl der auf die Unterstützung der Älteren verwendeten Stunden zurück, während sie bei den männlichen stieg. Das könnte sich auch daraus erklären, dass die „Lockdown“-Maßnahmen (zusätzliche) Formen der Unterstützung erforderten: Einkaufen, Auf- und Umräumen, Reparaturen. Diese Tätigkeiten lassen sich leichter mit den gängigen Männlichkeitsvorstellungen vereinbaren, das heißt, dass die Gesellschaft von Männern mehr körperliche und praktische Arbeit erwartet als eine pflegende Tätigkeit. Frauen verwenden also mehr Zeit auf Altenpflege, doch während der Pandemie verkleinerte sich der diesbezügliche Gender Gap. Männer, vor allem jüngere Männer und Männer außerhalb des Arbeitsmarktes, widmeten der Altenpflege mehr Zeit.

ZUSAMMENFASSUNG

Wir haben die während der Pandemie aufgetretenen Veränderungen bei der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Kinderbetreuung und Altenpflege in Ungarn untersucht. In einer früheren Studie unter Akademikerinnen und Akademikern haben wir festgestellt, dass die befragten Männer das Gefühl hatten, mehr als den üblichen Beitrag zur Kinderbetreuung zu leisten.¹³ Die re-

¹³ Vg. Éva Fodor et al., *Revolution Unstalled?: The Impact of the COVID-9 Crisis on the Domestic Division of Labor in Hungary*, 28. 5. 2020, <https://gendersociety.wordpress.com/2020/05/28/revolution-unstalled-the-impact-of-the-covid-19-crisis-on-the-domestic-division-of-labor-in-hungary>.

präsentativ ausgewählten Männer und Frauen, die wir im Mai aufforderten, die tatsächliche Zahl der Stunden anzugeben, in denen sich Männer um die Kinder kümmerten, bestätigten, dass Männer (genau wie Frauen) während der Pandemie 35 Prozent mehr Kinderbetreuungsarbeit leisteten als zuvor. Aber da Frauen in absoluten Zahlen mehr Stunden aufgewendet, bedeutete der beidseitige Anstieg um 35 Prozent, dass Frauen wesentlich mehr Stunden auf die Kinder verwendeten als vor der Pandemie und viel mehr im Vergleich zu den Männern, daher hat die geschlechtsspezifische Diskrepanz weiter zugenommen.

Der geschlechtsspezifische Unterschied bei der für die Kinderbetreuung aufgewendeten Stundenzahl ist offensichtlich, selbst unter Berücksichtigung der Variablen, die typisch sind für die geschlechtsspezifische Aufteilung bei der Reproduktionsarbeit: Alter, Bildung, städtisches Umfeld, Alter der Kinder, Rollenvorstellungen, Partnerschaften, Beschäftigungsverhältnisse. Doch nicht alle Frauen sind gleichermaßen überlastet: Akademikerinnen und Frauen im Homeoffice berichteten von einer deutlich höheren Arbeitsbelastung, auch oder gerade im Vergleich zu Männern. Wir fanden Hinweise, dass die neu aufkommenden flexiblen Arbeitsmodelle wie das Homeoffice bereits bestehende ungleiche Muster der Arbeitsteilung bei der Kinderbetreuung vertiefen könnten.

Unser Fazit lautet, dass die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in Hinblick auf die für die Kinderbetreuung aufgewendete Zeit während der Pandemie stärker angestiegen ist als zu anderen Zeiten, und zwar vor allem bei Akademikerinnen, Eltern in der Stadt und Eltern, die von zu Hause aus arbeiten. Das deutet darauf hin, dass man von Frauen erwartet, einen größeren Anteil der Care-Arbeit zu übernehmen, selbst wenn Männer im Haushalt körperlich präsent sind und die Last der Reproduktionsarbeit plötzlich und massiv zunimmt. In der Altenpflege hingegen lässt sich keine Vertiefung der bestehenden Ungleichverteilung erkennen, im Gegenteil, hier haben die Männer sogar aufgeholt.

In Vorbereitung auf die zweite Welle der Pandemie gestaltete die ungarische Regierung die Arbeitsverhältnisse (noch) flexibler und erweiterte die Arbeitsmodelle fürs Homeoffice, statt in Betreuungseinrichtungen und die Pflegeinfrastruktur zu investieren oder die Bezahlung im sozialen Sektor zu verbessern. Und eine regierungsnahe

Organisation namens Frauen für Ungarn, die aus Politikerinnen und Unternehmerinnen besteht (darunter auch die Staatssekretärin, seit 1. Oktober 2020 Ministerin für Familienpolitik ohne Geschäftsbereich), hat eine in den Medien umjubelte Auszeichnung ins Leben gerufen, um Frauen zu danken, die während der Pandemie besondere Leistungen vollbrachten. Lippenbekenntnisse, Anerkennung für Einzelne und der Verweis auf Vorbilder werden die seit Langem bestehende Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, die durch die Pandemie offensichtlich wurde, kaum beseitigen. Doch eine Auseinandersetzung mit der wahren Natur der Krise in der Care-Arbeit, mit der Rolle von Vätern, Arbeitgebern und gesellschaftlichen Einrichtungen, steht nicht auf der politischen Agenda.

Übersetzung aus dem Englischen: Heike Schlatterer, Pforzheim.

ÉVA FODOR

ist promovierte Soziologin und Dozentin am Fachbereich Gender Studies der Central European University.
fodore@ceu.edu

ANIKÓ GREGOR

ist promovierte Soziologin und Dozentin an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität ELTE.
gregor.aniko@tatk.elte.hu

JÚLIA KOLTAI

ist promovierte Soziologin, forscht am Zentrum für Sozialwissenschaften an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und ist Dozentin an der Universität ELTE. Zurzeit ist sie Gastdozentin an der Central European University.
koltaij@ceu.edu

ESZTER KOVÁTS

ist Politikwissenschaftlerin und promoviert zurzeit an der Universität ELTE. Sie ist zudem Gastwissenschaftlerin an der Humboldt Universität Berlin. Von 2012 bis 2019 war sie verantwortlich für das regionale Gender-Programm für Ostmitteleuropa der Friedrich-Ebert-Stiftung.
eszter.kovats@hu-berlin.de

CARING MASCULINITIES

Über Männlichkeiten und Sorgearbeit

Marc Gärtner · Elli Scambor

Jede Diskussion über Care-Arbeit ist auch eine über das Geschlechterverhältnis, doch Männer* waren in dieser Debatte lange Zeit merkwürdig abwesend.⁰¹ Dabei ist ein Blick auf Männer* – und die kulturellen Männlichkeitsmuster, die sie prägen – besonders in Deutschland immens wichtig: Nicht nur leben wir seit Jahrzehnten mit einer ausgeprägten Lohnlücke (und damit verbunden auch einer noch deutlicheren Rentenlücke) zwischen den Geschlechtern, sondern auch mit einer Care-Lücke.⁰² Der Gender Care Gap lag laut zweitem Gleichstellungsbericht der Bundesregierung 2017 bei durchschnittlich 52,4 Prozent, das heißt, Männer* leisten täglich durchschnittlich um 87 Minuten weniger Care-Arbeit als Frauen*. Mit betreuungspflichtigen Kindern liegt der Gender Care Gap bei 83,3 Prozent.⁰³ Dies bedeutet gleichzeitig: Männer* sind frei(er) von Care-Arbeit und damit für Erwerbsarbeit und Karriere als Frauen*. Doch es tut sich was: Zunehmend rufen Initiativen und Plattformen wie beispielsweise Men-Engage oder Male Feminists Europe Männer* dazu auf, sich stärker in der Care-Arbeit zu engagieren und damit zu Akteuren des Wandels in den Geschlechterverhältnissen zu werden. Der Unternehmensberater Robert Franken drückt es so aus: „Es ist wirklich ein Teufelskreis von Gender Gaps, und es ist höchste Zeit, Gegenmaßnahmen zu ergreifen.“⁰⁴

Seit einigen Jahren wird auch in der kritischen Männlichkeitsforschung über „Caring Masculinities“ diskutiert.⁰⁵ Dahinter verbirgt sich eine Variante von Männlichkeit, die aus der feministischen Fürsorgeethik abgeleitete Werte umfasst (wie Aufmerksamkeit, Interdependenz, Mitverantwortung, Unterstützung, Empathie). Damit bezieht sich der Ansatz „Caring Masculinities“ zunächst auf ganz praktische Sorgetätigkeiten – etwa in der Familie, bei der Hausarbeit, aber auch auf bezahlte Sorgeberufe in Erziehung und Pflege. Er geht aber auch darüber hinaus: Die Sozio-

login Karla Elliott beschreibt fürsorgliche Männlichkeiten in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter und hebt die Ablehnung von Gewalt und männlicher Dominanz als Merkmale hervor.⁰⁶

Auch die Integration von Werten und Praktiken der Sorgearbeit und damit verbundene Werte der Beziehungsorientierung werden betont. Diese Vorstellung fürsorglicher Männlichkeit erhielt wesentliche Impulse seitens der Philosophin Nancy Fraser, die gegen die geschlechterhierarchische Aufteilung von Arbeit das Modell des „Universal Caregiver“ vorschlug: Davon ausgehend, dass Care-Arbeit eine für alle Menschen relevante Aufgabe ist, sollen traditionell männliche (Familienernährer) und weibliche (Familienernährerinnen) Arbeits- und Lebensmuster einander angeglichen – am besten im Sinne einer Orientierung an care-bezogenen Modellen –, beschränkende Vereinseitigungen aufgehoben und Care-Arbeit in ihrer sozialen Bedeutung anerkannt werden.⁰⁷

Die Orientierung an Care-Arbeit birgt Vorteile auch für Männer*. Denn traditionelle Männlichkeitskonzepte sind mit Kosten verbunden,⁰⁸ die sich durch stärkere Care-Bezüge reduzieren ließen. Auf der Grundlage von Forschungsarbeiten in Norwegen lassen sich die Vorteile einer involvierten Vaterschaft nachvollziehen, darunter eine bessere Beziehungsqualität und ein gesünderes Leben sowie geringere Risiken von Konflikten und häuslicher Gewalt.⁰⁹ Der Sozialwissenschaftler Niall Hanlon beschreibt, dass Männer* in der Pflegearbeit starre Geschlechternormen ablegen können,¹⁰ die sich im Leitbild der hegemonialen Männlichkeit manifestieren,¹¹ während sie im Gegenzug „eine flexiblere Definition der Männlichkeit, der Männerrollen und der Fürsorgefähigkeiten von Männern“¹² erhalten. Was aber sind die Ausgangspunkte und sozialen Rahmenbedingungen für die Verbindung von Männern* und Care-Arbeit?

MÄNNLICHKEITS- KONSTRUKTIONEN IM WANDEL

Unter „Caring Masculinities“ verstehen wir Arten des Mannseins, die sich auf vielerlei Weise von tradierten Männerbildern und -rollen – etwa einer vergleichsweise starken Orientierung auf Erwerbsarbeit, Macht und Dominanz – unterscheiden. Die Hinführung zu Produktivität und Rationalität nicht zuletzt durch eine Trennung von emotionaler Bindung und Sorgearbeit galt lange als besonders wichtig für die Männlichkeitskonstruktion und prägte gleichzeitig vorherrschende soziale und ökonomische Strukturen.¹³ Die Soziolog*innen Sylka Scholz und Andreas Heilmann fassen dies so zusammen: „Die Geschlechterforschung hat gezeigt, wie im Kapitalismus die Idee eines vermeintlich autonomen, implizit männlichen Subjektes entsteht, das durch eine Wachstums- und Leistungsorientierung charakterisiert ist. Alle grundlegenden Abhängigkeiten von sorgenden Tätigkeiten, aber auch von einer natürlichen Umwelt werden darin

negiert und unsichtbar gemacht.“¹⁴ Auf Basis stereotyper Zuschreibung sogenannter Männer- und Frauenarbeit werden die damit bezeichneten Tätigkeiten und Felder hierarchisiert sowie in Status und Bezahlung auf- beziehungsweise abgewertet. (Selbst-)Sorge wird bereits Jungen* mehr oder weniger subtil abtrainiert („Jungen weinen nicht!“), Ähnliches gilt für die entsprechenden Tätigkeiten. In der Folge entsteht für männliche Heranwachsende ein „Gleichheitstabu“:¹⁵ Ein möglichst großer Abstand zu Mädchen* und „Frauenarbeit“ bestimmt die Berufsorientierung und die Entscheidung für bestimmte Spezialisierungen und Ausbildungswege, aber ebenso für die grundlegende Erwerbsorientierung und gegen eine aktivere Rolle in der Haus- und Familienarbeit.

Doch wird seit einiger Zeit ein Einstellungs- und Rollenwandel konstatiert, der sich am Verhältnis von Männern* zu Erwerbsarbeit und Vaterschaft zeigen lässt. 1978 stellte die Soziologin Helge Pross noch eine fast ausschließliche Erwerbsorientierung westdeutscher Männer* fest.¹⁶ Die tradierte geschlechtliche Arbeitsteilung hielten diese mehrheitlich für richtig, die ei-

- 01** Wir verwenden in diesem Artikel das *, um die Vielfalt geschlechtlicher Lebensweisen abzubilden. Diese Art der geschlechtergerechten Schreibweise berücksichtigt einerseits die Diversität der Geschlechter und markiert andererseits, dass es noch Lebensweisen und Realitäten jenseits einer eindeutigen geschlechtlichen Zuordnung gibt.
- 02** Aus dem europäischen Gender Equality Index geht hervor, dass der (unbereinigte) Gender Pay Gap für Deutschland bei 22 Prozent, der Gender Pension Gap bei 38 Prozent liegt (Daten für 2019). Siehe <https://eige.europa.eu/publications/gender-equality-index-2019-germany>.
- 03** Vgl. Sachverständigenkommission zum Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Erwerbs- und Sorgearbeit neu verteilen. Gutachten für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Berlin 2017, S. 11 ff.
- 04** Robert Franken, Keynote on #GenerationEquality, 26.5.2020, www.male-feminists-europe.org/author/admin. Übersetzung der Autor*innen.
- 05** Der Begriff wurde ab 2005 in EU-Forschungsnetzwerken und -Projekten wie „Work Changes Gender“, „Fostering Caring Masculinities“, „The Role of Men in Gender Equality“, „Boys in Care“, „Men in Care“ u. a. entwickelt.
- 06** Vgl. Karla Elliott, Caring Masculinities: Theorizing an Emerging Concept, in: *Men and Masculinities* 3/2019, S. 240–259.
- 07** Nancy Fraser, *Justice Interruptus: Critical Reflections on the „Postsocialist“ Condition*, New York 1997, S. 59–62.
- 08** Vgl. Michael Messner, *Politics of Masculinities: Men in Movements*, Thousand Oaks 1997.
- 09** Vgl. Øystein G. Holter/Ewa Krzaklewska, *Gender Equality and Quality of Life: European Blueprint Information and Instructions*, Jagiellonian University in Kraków and University of Oslo 2017; Øystein G. Holter/Helge Svare/Cathrine Egeland, *Gender Equality and Quality of Life – A Nordic Perspective*, Oslo 2009.

10 Vgl. Niall Hanlon, *Masculinities, Care and Equality: Identity and Nurture in Men’s Lives*, London 2012.

11 Vgl. Raewyn (R. W.) Connell, *Masculinities*, Berkeley 1995.

12 Hanlon (Anm. 10), S. 2020. Übersetzung der Autor*innen.

13 Vgl. Roswitha Scholz, *Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die post-moderne Metamorphose des Kapitals*, Bad Honnef 2011; Lothar Böhnisch, *Die Entgrenzung der Männlichkeit. Verstörungen und Formierungen des Mannseins im gesellschaftlichen Übergang*, Opladen 2003; Connell (Anm. 11). Bereits 1976 zeigte Karin Hausen auf, wie sich zeitgleich die Aufspaltungen in heute stereotype „Geschlechtercharaktere“ einerseits, in Erwerbs- und Familienarbeit andererseits vollzogen. Vgl. Karin Hausen, *Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“ – eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben*, in: Werner Conze (Hrsg.), *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas*, Stuttgart 1976, S. 363–393.

14 Sylka Scholz/Andreas Heilmann, *Warum Männlichkeit ein Thema der Degrowth-Bewegung sein sollte*, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 4/2018, S. 36–44.

15 Vgl. Regine Gildemeister/Angelika Wetterer, *Wie Geschlechter gemacht werden: Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung*, in: Gudrun-Axeli Knapp/Angelika Wetterer (Hrsg.), *Traditionen Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie*, Freiburg/Br. 1992, S. 201–250; Jens Krabel, *Jungenarbeit ist JungenBILDung. Einführungsreferat im Rahmen der Berliner Fachtagung Jungenarbeit, Dokumentation*, Berlin 2006.

16 Vgl. Helge Pross, *Die Männer. Eine repräsentative Untersuchung über die Selbstbilder von Männern und ihre Bilder von der Frau*, Reinbek 1978.

gene Rolle in der Familie sahen sie als „Ernährer“. Eine knappe Generation später wünschen sich bereits mehr als 70 Prozent der im Rahmen einer Studie befragten Männer* nicht nur eine Ernährer-, sondern auch eine Betreuer- und Erzieherrolle.¹⁷ Und in einer Befragung von 2013 äußerten etwa 90 Prozent von 1000 befragten Vätern*, dass sie sich auch wochentags Zeit für die Familie wünschen.¹⁸

Auch betrieblich ist ein Wandel zu verzeichnen: Zwischen 2001 und 2004 haben wir für die EU-Studie „Work Changes Gender“ in Unternehmen und Betrieben in Deutschland, Österreich, Israel, Norwegen, Spanien und Bulgarien gefragt, ob Erfahrungen mit Männern* in Teil- und Elternzeit vorhanden sind. Die Reaktion von Personalverantwortlichen in Deutschland, aber auch in den meisten anderen Ländern, war oft ungläubiges Erstaunen: „So etwas haben wir hier nicht!“¹⁹ Es handelte sich also um eine weithin unbekanntes Spezies; einige ihrer Vertreter konnten dennoch befragt werden, manche nannten sich selbst in den Interviews freimütig „Exoten“. Sie klagten darüber, im Betrieb eine Randposition einzunehmen, nicht ernst genommen zu werden.²⁰ Personalführung wurde ihnen meist nicht zugetraut, eine Karriere war damit unwahrscheinlich, und auf den Spielplätzen ihrer Wohnorte waren sie, wie sie sagten, „allein unter Müttern“.²¹ In Deutschland nahmen 2006 lediglich 3,5 Prozent der Väter* ein Erziehungsgeld in Anspruch. Dieser Exotenstatus änderte sich erst, als 2007 mit dem Bundeselterngeldgesetz eine „Normalisierung“ männlicher Elternzeiten einsetzte.²² Heute nehmen knapp

40 Prozent der Väter* Elternzeit, 2019 waren es 456 000.²³ Auch wenn diese fast immer deutlich kürzer ausfällt als bei den Müttern*, muss auf der Ebene der Betriebskulturen dennoch von einem bedeutsamen Paradigmenwechsel gesprochen werden, da care-bedingte Auszeiten nun fast standardmäßig auch von Männern* in Anspruch genommen werden.

Zwar leisteten Männer* 2016 durchschnittlich 39,4 Wochenstunden Erwerbsarbeit, das sind 8,7 Stunden mehr als Frauen*. Diese Lücke sinkt jedoch leicht. Zwischen 2007 und 2017 hat die durchschnittliche Wochenarbeitszeit unter Männern* abgenommen.²⁴ Die Soziolog*innen Dietmar Hobler und Svenja Pfahl zeigen zwar auf, dass eine längerfristige Umstellung auf eine Teilzeitstelle bei Vätern* eine Ausnahme bleibt.²⁵ Dennoch reduzieren besonders Väter* in ihrer Untersuchungsgruppe mit Arbeitszeiten von mehr als 40 Wochenstunden ihre Überstunden beziehungsweise die Arbeitszeit um etwa 20 Prozent. Die Autor*innen resümieren: „Wie stark die Väter auf ein egalitäres Paararrangement hin ausgerichtet sind, d. h. wie gezielt sie eine egalitäre Doppelverdiener-Erwerbskonstellation mit ähnlichen Arbeitszeiten beider Partner/innen anstreben, ist entscheidend für die von ihnen nach der Geburt geleistete Arbeitszeitdauer.“²⁶

MÄNNER* IN CARE-BERUFEN

Das Interesse an Männern* in Berufen der Pflege und Erziehung steigt, dies zeigen internationale Studien und mediale Diskurse, Projekte und Maßnahmen (etwa „Mehr Männer in Kitas“, „Klischeefrei“ oder „Boys' Days“ in Österreich und Deutschland). Care-Berufe bilden ein zahlenmäßig und kulturell feminisiertes Feld, was es für Untersuchungen zur Arbeitsmarktsegregati-

17 Vgl. Wassilos E. Fthenakis/Beate Minsel, *Die Rolle des Vaters in der Familie*, Stuttgart–Berlin–Köln 2002.

18 Vgl. Väter gGmbH, *Trendstudie „Moderne Väter“*. Wie die neue Vätergeneration Familie, Gesellschaft und Wirtschaft verändert, Hamburg 2012.

19 So lautete auch der Titel des entsprechenden Kapitels: Øystein G. Holter/Vera Riesenfeld/Elli Scambor, *We don't have anything like that here!* – Organisations, Men and Gender Equality, in: Ralf Puchert/Marc Gärtner/Stephan Höyng (Hrsg.), *Work Changes Gender. Men and Equality in the Transition of Labour Forms*, Opladen 2005, S. 73–104.

20 Vgl. Holter/Riesenfeld/Scambor (Anm. 19).

21 Vgl. Elli Scambor/Christian Scambor, *Work Changes ... and Gender? Zur Veränderung des Selbstbildes bei Männern, die Betreuungsaufgaben übernehmen*, in: *Switchboard, Zeitschrift für Männer und Jungenarbeit* 170/2005, S. 16–19.

22 Vgl. Marc Gärtner, *Männer und Familienvereinbarkeit: Betriebliche Personalpolitik, Akteurskonstellationen und Organisationskulturen*, Opladen–Berlin–Toronto 2012.

23 Vgl. Statistisches Bundesamt, *Anzahl der Beziehungen von Elterngeld im Jahr 2019 nach Geschlecht*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/151188/umfrage/beendete-bezuege-von-elterngeld>.

24 Vgl. Angelika Kümmerling, *Geschlechtsspezifische Unterschiede in den Arbeitszeiten*, Institut Arbeit und Qualifikation, *IAQ Report 2018*, Berechnungen des aktuellen EU-Projektes „Men in Care“, dessen erste Ergebnisse Anfang 2021 veröffentlicht werden: www.men-in-care.eu.

25 Vgl. Dietmar Hobler/Svenja Pfahl, *Einflussfaktoren auf die Arbeitszeitdauer von Vätern nach den Elterngeldmonaten*, Berlin 2015.

26 Ebd., S. 69.

on,²⁷ aber auch für die Gender-, Organisations- und Bildungsforschung²⁸ interessant macht. Einerseits tragen mehr Männer* in Care-Berufen zu einer Integration von Care-Tätigkeiten in Männerrollen bei; sie normalisieren und verbreiten somit Caring Masculinities, nicht zuletzt als Rollenvorbilder für Jungen*,²⁹ andererseits zeigen Analysen der damit einhergehenden strukturellen und kulturellen Bedingungen, dass eine Öffnung des Feldes für Männer* nicht automatisch oder umgehend zu egalitären Geschlechterkonstruktionen führt.

Strukturell sind Care-Berufe meist finanziell schlechter ausgestattet als „Männerberufe“ – mit der Konsequenz schlechterer Bedingungen und Bezahlung. Feminisierung und Abwertung bedingen einander: „Die Annahme, dass professionelle Pflege eine Erweiterung familiären Sorgearbeit darstellt, hat den Beruf im Vergleich mit von Männern* dominierten Berufen weiter abgewertet und konstruiert Pflege als ungelernete Arbeit, die jede Frau* verrichten kann.“³⁰ In einem feminisierten, schlechter bezahlten und statusniedrigeren gesellschaftlichen Feld zu agieren („Frauenberufe“), kann bei Männern* zu einer Verunsicherung der Geschlechterposition beitragen – erlebt wird nicht selten ein Absprechen von Männlichkeit, eine Unterordnung, sowohl binnengeschlechtlich als auch gegenüber Frauen*.³¹

27 Vgl. Daniel Holtermann (Hrsg.), *Boys in Care – Strengthening Boys in Pursuing Care Occupations. A Handbook for Teachers and Vocational Counsellors*, 2019, S. 13–16, www.boys-in-care.eu/fileadmin/BIC/General/Boys_in_Care__2019__Strengthening_Boys_to_pursue_Care_Occupations_-_Manual_onlineversion.pdf; European Institute for Gender Equality (EIGE), *Gender Segregation in Education, Training and the Labour Market: Review of the Implementation of the Beijing Platform for Action in the EU Member States*, 2017, <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12709-2017-ADD-2/en/pdf>.

28 Vgl. Hannelore Faulstich-Wieland, *Schulische Berufsorientierung und Geschlecht*, in: *Freiburger Zeitschrift für GeschlechterStudien* 1/2014, S. 33–46; Hanlon (Anm. 10); Murray J. Fisher, „Being a Chameleon“: Labour Processes of Male Nurses Performing Bodywork, in: *Journal of Advanced Nursing* 12/2009, S. 2668–2677.

29 Vgl. Elli Scambor/Marc Gärtner (Hrsg.), *Boys in Care – Jungen* stärken bei der Wahl eines sozialen, erzieherischen oder pflegerischen Berufs*, in: *Handbuch für pädagogische Fachkräfte und Multiplikator*innen für geschlechterreflektierende Berufsorientierung*, Graz 2009, www.vmg-steiermark.at/sites/default/files/pdfdownload/bic_handbuch_at.pdf.

30 Elli Scambor et al., *Men's Share of Care for Children and Professional Care*, in: *Studia humanistyczne* 2/2015, S. 64. Übersetzung der Autor*innen.

31 Vgl. Connell (Anm. 11).

Eine jüngere slowenische Interviewstudie zeigte: Gute Arbeitsbedingungen gemeinsam mit Akzentuierungen traditioneller (hegemonialer) Männlichkeit scheinen die Arbeit der Betreuung von Menschen mit Behinderungen für Männer* attraktiv zu machen.³² Demgegenüber war der Männeranteil in der Altenpflege aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen und feminisierter Konnotationen der Pflege (Intimpflege und Hausarbeit) extrem niedrig. Auch in der Kleinkindbetreuung scheint das „natürliche Betreuungsmodell“ (Mutterschaft) Männer* trotz vergleichsweise guter Arbeitsbedingungen abzuschrecken.³³

Übliche Strategien im Umgang mit realen oder vermeintlichen Abwertungen von Männern* in feminisierten Berufsfeldern scheinen darin zu bestehen, Männlichkeit deutlich zu markieren und die Differenz zu weiblichen Kolleg*innen hervorzuheben.³⁴ Eine Studie über männliche Krankenpfleger in Großbritannien gibt Einblick in diese Phänomene:³⁵ Männliche Krankenpfleger betonten bei der Pflege von Männern* dominante Männlichkeit (wie in Sprachgebrauch und Haltung), um nicht als homosexuell zu gelten. Bei der Pflege von Frauen* wurden von denselben Pflegern „weibliche“ Qualitäten und damit eine *soft masculinity* hervorgehoben. Diese Männer* waren bemüht, sich im feminisierten Umfeld der eigenen Position im heteronormativen binären Geschlechtersystem als maskulin und heterosexuell zu versichern und dies auch der Umwelt deutlich zu signalisieren – etwa im Sinne von: Ich bin ein Mann und kann trotzdem Care-Arbeit leisten.³⁶

In anderen Studien mit männlichen Pflegern in Schweden und Kanada konnte gezeigt werden,³⁷

32 Vgl. Majda Hrženjak, *The Interplay of Structural and Identity Factors in Men's Professional Care Work*, in: *Teorija in Praksa* 4/2019, S. 1048f.

33 Vgl. ebd.

34 Vgl. Elli Scambor et al., *Caring Masculinities in Action: Teaching Beyond and Against the Gender-Segregated Labour Market*, in: Sveva Magaraggia/Gerlinde Mauerer/Marianne Schmidbaur (Hrsg.), *Feminist Perspectives on Teaching Masculinities. Learning Beyond Stereotypes*, Abingdon 2019.

35 Vgl. Fisher (Anm. 28).

36 Vgl. ebd.; Julia Nentwich et al., *The Same and the Other: Male Childcare Workers Managing Identity Dissonance*, in: *International Review of Sociology* 2/2013, S. 326–346.

37 Vgl. Palle Storm/Ruth Lowndes, „Yes, the guys can do it!“: *Migrant Male Care Workers in Canadian and Swedish Nursing Homes*, in: *Teorija in Praksa* 4/2019, [www.fdv.uni-lj.si/en/journals/science-journals/teorija-in-praksa/about-journal/teorija-in-praksa-4-\(2019\)](http://www.fdv.uni-lj.si/en/journals/science-journals/teorija-in-praksa/about-journal/teorija-in-praksa-4-(2019)).

dass versucht wurde, traditionell männlich kodierte Fähigkeiten mit Care-Aufgaben zu verknüpfen (beispielsweise körperliche Stärke und die Fähigkeit, mit aggressiven Bewohner*innen umzugehen). Während Männer* in manchen Feldern der Care-Arbeit (etwa Pflege mit Körperkontakt) mit Statusverlust umgehen müssen – was zu einem niedrigen Anteil männlicher Pflegekräfte beiträgt – können andere Tätigkeiten Türöffner für Männer* sein. Jobs in den Bereichen „Low-touch“ und „High-tech“ (etwa Notfallversorgung), in denen unter anderem Lösungsmodelle für kritische Situationen in der Pflege erarbeitet werden, weisen einen deutlich höheren Männeranteil auf. Zugleich sind diese Tätigkeitsfelder mit prestigeträchtigen Spezialisierungen verbunden.³⁸ Insgesamt gehe es darum, untergeordnete Positionen zu vermeiden und eine Kohärenz zwischen Arbeit und Männlichkeit herzustellen.³⁹ Durch technische Fertigkeiten, Kraft und körperliche sowie emotionale Distanz ist eine geschlechterkonforme Ausübung der Pflegearbeit möglich,⁴⁰ bei der die Assoziation der „Unmännlichkeit“ minimiert werden kann.

Männer* in Care-Berufen zeigen mithin ein vielschichtiges Bild: Sie erschließen sich Tätigkeiten und Felder, die Männerrollen erweitern und stereotypen und hegemonialen Männlichkeitsvorschriften entgegengesetzt sein können. Sie können zu einer Aufwertung dieser Bereiche mit positiven Effekten auch für die Mehrheit der weiblichen Kolleg*innen beitragen. Sie können aber auch – nicht zuletzt im Kraftfeld tradierter Geschlechterbilder und unter dem Druck eines Statusverlustes in feminisierten Berufen – an einem *doing gender* mitwirken, das mit ihrer Abgrenzung von Weiblichkeit (und/oder Homosexualität) Ungleichheiten reproduziert oder gar verstärkt.

WARUM SOLLTEN MÄNNER* SORGEARBEIT ÜBERNEHMEN?

Männer* müssen sich also sowohl in bezahlten als auch in unbezahlten Pflege- und Betreuungskon-

texten mit inneren und äußeren Barrieren auseinandersetzen: Mit einer Kultur und Sozialisation, die auf eine hierarchisierte Arbeitsteilung gründen, mit normativen Konzepten eines feminisierten gesellschaftlichen Feldes, mit der Gefahr des Statusverlustes. Dies ist eine Seite der Medaille.

Auf der anderen Seite bieten diese Felder auch eine Befreiung von traditionellen Männlichkeitsanforderungen. Traditionelle, hegemonial strukturierte Anforderungen an Männlichkeit werden auch als „toxisch“ beschrieben, weil sie auf Machtstreben und Konkurrenz, ungesund und manchmal unglücklichen Lebensweisen und auch auf Gewalt basieren. Die „ernsten Spiele des Wettbewerbs“⁴¹ unter Männern* verlangen zuweilen hochriskante Einsätze und sind für viele letztlich mit Verlust und Misserfolg verbunden, denn die Positionen in den oberen Rängen sind begrenzt. Somit können egalitäre Konzepte von Männlichkeit – die ihre Beteiligung an Care erleichtern – auch für Männer* attraktiv sein. Hinzu kommt, dass das Modell des männlichen Familienernähers nicht mehr zeitgemäß ist: Es zementiert die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, und viele Familien können es sich schlichtweg nicht mehr leisten, mit einem Gehalt auszukommen. Moderne Ansprüche an geteilte Elternschaft, gleichberechtigte Partnerschaft und geteilte Sorgearbeit gegenüber zu betreuenden Menschen im sozialen Nahraum stützen dieses Bild.

So verwundert es nicht, dass immer mehr Männer* die Gleichstellung der Geschlechter in Beruf und Partnerschaft als richtig empfinden.⁴² Professionelle Pflege- und Betreuungsarbeit wird zu einem wichtigeren Faktor der Erwerbsarbeit, und Männer* wollen im Umbruch der Arbeitsverhältnisse nicht den Anschluss verlieren. Aber auch im Bereich der unbezahlten Sorgearbeit können sich Männer* der Verantwortung nicht mehr ohne Weiteres verschließen – und wollen es zunehmend nicht mehr. Studien zur Aufteilung unbezahlter Sorgearbeit bei Paaren mit Kindern zeigen, dass geschlechtergerechtere Modelle mit höheren Zufriedenheitswerten bei allen Beteiligten und mit geringeren Belastungen und gerin-

38 Vgl. ebd.; Ruth Simpson, Men in Non-traditional Occupations: Career Entry, Career Orientation and Experience of Role Strain, in: *Gender Work and Organization* 4/2005, S. 363–380.

39 Vgl. Katarina Andersson, Paradoxes of Gender in Elderly Care: The Case of Men as Care Workers, in: *NORA – Nordic Journal of Feminist and Gender Research* 3/2012, S. 166–181; Ben Lupton, Maintaining Masculinity: Men Who Do ‚Women’s Work‘, in: *British Journal of Management* 11/2000, S. 33–48.

40 Vgl. Hanlon (Anm. 10).

41 Pierre Bourdieu, Die männliche Herrschaft, in: Irene Dölling/Beate Kraus (Hrsg.), *Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis*, Frankfurt/M. 1997, S. 153–217.

42 Vgl. Carsten Wipperman, Männer-Perspektiven. Auf dem Weg zu mehr Gleichstellung? Sozialwissenschaftliche Repräsentativbefragung der Bevölkerung, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2017.

geren Risiken (Gewaltwahrscheinlichkeit sinkt) einhergehen.⁴³ Wenn Männer* unbezahlte Sorgearbeit übernehmen, können auch Unternehmen die Tatsache nicht länger ignorieren, dass sich die Übernahme von Sorgearbeit und Betreuungsverantwortung zu einem geschlechterübergreifenden Merkmal entwickelt. Darin liegt Potenzial für eine bessere Work-Life-Balance für alle Geschlechter – und für mehr Geschlechtergerechtigkeit im Berufsleben.

Männer*, die Sorgearbeit übernehmen – sei es bezahlt oder unbezahlt – sind zudem Vorbilder für nachfolgende Generationen. Erst wenn Geschlechtervielfalt alltäglich erlebbar ist, besteht die Chance, einschränkende Geschlechternormen hinter uns lassen zu können. Fürsorgliche Männlichkeiten schaffen Möglichkeiten für Männer*, Beziehungen – innerhalb und außerhalb der Familie – zu vertiefen und zu einer gesünderen und gerechteren Gesellschaft beizutragen. Diese Dimension scheint sich Männern* beim Thema „aktive Vaterschaft“ leichter zu erschließen als bei der Aufteilung häuslicher Versorgungs- und Reinigungsarbeit. Hier gilt nicht nur, dass Paare und Wohngemeinschaften weiterhin Aushandlungsprozesse leisten, sondern auch, dass Männer* Neubewertungen von Arbeit vornehmen müssen: Care-Arbeit wird attraktiver, wenn sie sozial und individuell als wertvoll integriert und nicht abgewertet wird.

Während des „Lockdowns“ aufgrund der Corona-Pandemie haben Männer* viele Wochen zu Hause mit Partner*innen, Kindern, Freund*innen und anderen Personen verbracht. Für viele wurde nun offenbar die Sorgearbeit zu Hause viel sichtbarer. Auch wenn sich abzeichnet, dass die Pandemie bestehende Care-Gaps insgesamt eher vergrößert,⁴⁴ so hat auch die Betreuungszeit seitens der Väter* zugenommen.⁴⁵ Soll die Rolle von Männern* in der Sorgearbeit künftig gestärkt werden, gilt es, entsprechende Unterstützungs-

angebote zu machen, in der Arbeits-, Sozial- und Bildungspolitik, in Betrieben und Unternehmen. Darüber hinaus sollten Männer* in der Lage sein, selbst zu Agenten des Wandels zu werden. Abseits strenger Geschlechternormen und traditioneller Männlichkeitsanforderungen besteht die Chance, dass die Vielfalt von Männlichkeiten sichtbar wird und gesellschaftliche Anerkennung findet.⁴⁶ Nicht zuletzt müssten also die Vorteile und die gesellschaftliche Relevanz von Care und Fürsorge wahrgenommen und (Selbst-)Fürsorge nicht auf reine Tätigkeiten beschränkt, sondern im Sinne Nancy Frasers als menschliche Norm verstanden werden.

⁴³ Vgl. Holter/Svare/Egeland (Anm. 9).

⁴⁴ Vgl. Lena Hipp/Mareike Bünning/Stefan Munnes, Was das Homeoffice anrichtet, 15. 4. 2020, www.zeit.de/wirtschaft/2020-04/heimarbeit-homeoffice-corona-alltag-arbeitsbedingungen.

⁴⁵ Vgl. Sabine Zinn/Michaela Kreyenfeld/Michael Bayer, Kinderbetreuung in Corona-Zeiten: Mütter tragen die Hauptlast, aber Väter holen auf, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW aktuell 5/2020.

⁴⁶ Vgl. hierzu beim Bundesforum Männer: <https://bundesforum-maenner.de/2020/09/04/sorgearbeit-fair-teilen>.

MARC GÄRTNER

ist Sozialwissenschaftler und forscht am Institut für Männer- und Geschlechterforschung Graz. Er ist außerdem im Vorstand der EAF Berlin – Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft und berät Organisationen zu Gleichstellungs- und Diversity-Fragen.
marc.gaertner@dissens.de

ELLI SCAMBOR

ist Soziologin, leitet das Institut für Männer- und Geschlechterforschung in Graz und ist im Vorstand des Dachverbands Männerarbeit Österreich. Sie forscht hauptsächlich in europäischen Zusammenhängen zu Genderfragen im Kontext von Arbeit, Bildung und Gewalt.
scambore@genderforschung.at

WIRTSCHAFT NEU AUSRICHTEN

Wege in eine care-zentrierte Ökonomie

Uta Meier-Gräwe

Wir stecken nicht nur in der Corona-Krise, sondern auch in einer veritablen Care-Krise. Genderforscher*innen, feministische Ökonom*innen und Care-Arbeiter*innen im privaten und öffentlichen Raum hätten die Pandemie wahrlich nicht gebraucht, um dies zu erkennen. Gleichwohl ist die „Systemrelevanz“ der unbezahlten und (unter-)bezahlten Care-Arbeit nun auch ins Bewusstsein breiter Bevölkerungskreise gelangt: „Der pandemiebedingte Lockdown hat uns vor Augen geführt, dass vorübergehend praktisch alles geschlossen werden kann, nur nicht, was mit der unmittelbaren Sorge für das tägliche Leben zu tun hat: Die Gesundheitsversorgung, die Betreuung von Kindern und gebrechlichen Menschen, die Sorge für Tiere und Pflanzen, die Sorge für die tägliche Nahrung, für Sicherheit und Hygiene. Die dafür nötigen Arbeiten bilden die Basis für menschliche Gemeinschaften, weil wir alle auf die Fürsorge durch andere angewiesen sind.“⁰¹ Applaus als symbolische Anerkennung von Pflegekräften, Homeoffice inklusive „Homeschooling“ und Haushalt, ausbleibende migrantische 24-Stunden-Betreuungskräfte in Pflegearrangements – das sind nur einige Stichworte, die den Stellenwert von Care in der Corona-Krise und darüber hinaus verdeutlichen.

Unter „Care-Arbeit“ wird in diesem Beitrag die Gesamtheit der unbezahlten und bezahlten (re)produktiven Tätigkeiten des Sorgens und Sich-Kümmerns, Fürsorge und Selbstsorge gefasst. Sie beginnt mit der Begleitung und Versorgung Schwangerer, Neugeborener und ihrer Mütter, reicht über die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern, die Wiederherstellung der physischen und psychischen Reproduktion des Arbeitsvermögens von berufstätigen Erwachsenen, die familiäre und professionelle Pflege und Unterstützung bei Krankheit oder Behinderung, über die Hilfe zur Selbsthilfe, unter Freund*innen, Nachbar*innen, im Bekanntenkreis, bis zur Altenpflege und Sterbebegleitung. Der Care-Begriff umfasst zudem das ganz alltägliche, im-

mer wiederkehrende Kümmern und Versorgen aller Haushaltsmitglieder und das Wissen, die Organisation und die Verantwortung („Mental Load“), die es dafür braucht. „Care“ meint jedoch nicht nur die körpernahe Care-Arbeit, sondern schließt ebenso das Kochen, Putzen, Reparieren und alle Arbeiten im Haushalt mit ein, und beginnt in vielen Ländern des Globalen Südens bereits mit dem Besorgen von sauberem Trinkwasser oder Brennholz.⁰²

Im Folgenden lege ich den Blick auf unbezahlte und erwerbsförmig organisierte Care-Arbeit als elementare Voraussetzung allen wirtschaftlichen Handelns – eine Perspektive, die seit der Entstehung industrieller kapitalistischer Warenproduktion systematisch ausgeblendet worden ist. Zunächst werden die historischen Hintergründe skizziert und herausgearbeitet, warum dieser Umwälzungsprozess hin zur fordistischen Industrieproduktion von Beginn an untrennbar mit asymmetrischen Geschlechterverhältnissen verwoben war und sich die Ausgrenzung der unbezahlten Care-Arbeit aus den gängigen Wohlstandsmodellen als systemisches geschlechtsspezifisches Diskriminierungsinstrument erweist. Anschließend werden die theoretisch-konzeptionelle Auseinandersetzung der Geschlechterforschung seit den 1970er Jahren nachgezeichnet, die den Wandel von Ungleichheiten und Ausgrenzungen, denen die weibliche Hälfte der Gesellschaft seither ausgesetzt ist, zum Gegenstand hat. Schließlich stelle ich Perspektiven für eine care-zentrierte Ökonomie als Zukunftsmodell für das 21. Jahrhundert vor, wie sie derzeit diskutiert werden. Die zentrale These lautet, dass die Weltgesellschaft ohne einen grundlegenden Paradigmenwechsel weder die Care-Krise noch die Klima-Krise lösen kann: Das heutige Wirtschaftssystem beruht gleichermaßen auf der Externalisierung der Kosten für Care-Arbeit wie für sämtliche Naturre Ressourcen, um Profitraten ins Unendliche zu steigern. Das muss sich ändern.

TRIVIALISIERUNG UND AUSGRENZUNG WEIBLICHER CARE-ARBEIT

Es war ein folgenreicher Schachzug der Architekten der Nationalökonomie, als sie im Zuge des Übergangs von der Agrar- zur kapitalistischen Industriegesellschaft im ausgehenden 18. Jahrhunderts sämtlichen sorgenden Tätigkeiten (*cooking, cleaning, caring*) kurzerhand das Prädikat absprachen, produktive Arbeit zu sein. Mehr noch: sach- und personenbezogene Care-Arbeit, die bis auf den heutigen Tag weltweit einen quantitativ deutlich höheren Stundenumfang aufweist als das Gesamtvolumen an bezahlter Erwerbsarbeit, erfuhr in den ökonomischen Modellen zur Erfassung gesellschaftlicher Wohlfahrtsproduktion keine strukturelle Berücksichtigung. Damit wurden wichtige Dimensionen der unterhalts- und bedarfsorientierten *oikonomia* vorindustrieller Gesellschaften aufgegeben. Zeitgleich erfolgte eine naturrechtliche Begründung der Zuständigkeit von Frauen für diese vielfältigen alltäglichen Aufgaben: Die Haus- und Sorgeverantwortung wurde ihnen fortan wesensmäßig zugeschrieben, als Nicht-Arbeit definiert und in ihrer systemrelevanten und wertschöpfenden Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft systematisch ignoriert. Den ideologischen Nukleus der Ausgrenzung weiblicher Sorgearbeit aus der gesellschaftlichen Wertschöpfung formulierte ein Nationalökonom klassischer Prägung so: „Die Begründung dafür liegt in dem besonderen Charakter all dieser im Schoße der Familie unentgeltlich geleisteten häuslichen Dienste: sie haben zwar alle auch eine wirtschaftliche Seite (...), aber sie werden im Allgemeinen doch weit weniger als wirtschaftliche Handlungen denn als Akte der Lebensführung, der Lebensgestaltung und der aus Liebe geübten fürsorglichen Betreuung empfunden. Es widerstrebt dem gesunden Gefühl, hier den Maßstab wirtschaftlicher Bewertung anzulegen.“⁰³

Ein Grund für die Borniertheit herkömmlicher Wirtschaftstheorien besteht darin, dass sie seit der Industriellen Revolution eindimensional

auf technische Innovationen setzen, verbunden mit dem Ziel einer unvergleichlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität. Das führte in der Konsequenz zu einer systematischen Alltags- und Reproduktionsvergessenheit. Zudem geht die Mainstream-Ökonomie im Kern vom Standpunkt der Unternehmen respektive des Kapitals aus. Demgegenüber werden Haushalte lediglich als Konsum-, aber nicht mehr als Produktionseinheiten gefasst. Mit der Entstehung der kapitalistischen Industriegesellschaft und der Nationalökonomie wurde zugleich das Strukturprinzip einer hierarchischen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern eingeführt und institutionell verankert. Man spricht auch vom fordistischen „Reproduktionspakt“: Darunter wird die institutionell organisierte und politisch legitimierte gesellschaftliche Organisation von Produktionsabläufen und Reproduktionsprozessen verstanden.⁰⁴ Die Frau wurde zur *domina privata*, die sich nun ausschließlich mit der Fürsorge für Mann und Kinder befassen sollte. Ihr Lebensstandard und ein bestimmtes Reproduktionsniveau wurde vom männlichen Haushaltsvorstand, der seine Arbeitskraft im erwerbsförmig organisierten Produktionsprozess als *homo oeconomicus* veräußert, mitfinanziert und durch ehebezogene, steuer- und arbeitsmarktpolitische Regelungen strukturell gestützt. Durch die Trivialisierung und Ausblendung von Care-Arbeit geriet gesellschaftsweit vollkommen aus dem Blick, dass die vielfältigen Tätigkeiten des Sich-Kümmerns und der Fürsorge für andere nicht nur den sozialen Rahmen für die gesellschaftliche Produktion bilden, sondern dass das Aufziehen von Kindern, Sorgetätigkeiten zum Erhalt der Gesundheit und Leistungsfähigkeit von Erwachsenen, wie sie im Privaten tagtäglich erbracht werden, und nicht zuletzt die Pflege von Kranken und hilfebedürftigen Alten selbst produktive Akte darstellen, ohne die kapitalistisch verfasste Gesellschaften gar nicht überlebensfähig wären. Jede Geldwirtschaft würde letztlich zum Erliegen kommen, würden diese Tätigkeiten nicht vollzogen.⁰⁵

01 Denknetz, Perspektive Care-Gesellschaft. Plädoyer für eine Erneuerung des Gesellschaftsvertrags – lokal und global, in: Das Denknetz 7/2020, S. 4, www.denknetz.ch/wp-content/uploads/zeitung/DN_Zeitung_07.pdf.

02 Vgl. Equal Care Manifest, 19.5.2020, <https://equalcareday.de/manifest>.

03 Paul Jostock, Die Berechnung des Volkseinkommens und ihr Erkenntniswert, Stuttgart 1941, S. 135.

04 Vgl. Karin Jurczyk, Care in der Krise? Neue Fragen zu familialer Arbeit, in: Ursula Apitzsch/Marianne Schmidbaur (Hrsg.), Care und Migration. Die Ent-Sorgung menschlicher Reproduktionsarbeit entlang von Geschlechter- und Armutsgrenzen, Opladen-Farmington Hills 2010, S. 59–76.

05 Vgl. Lisa Schmuckli, Gebrochene Kontinuität. Zu einer Ökonomie der Zeiten, in: Heidi Bernhard Filli et al. (Hrsg.), Weibervirtschaft. Frauen – Wirtschaft – Ethik, Luzern 1994, S. 41–63.

Als Adam Smith, der Begründer der Nationalökonomie, seinen Marktmechanismus formulierte, ignorierte er, dass all die Männer, die er sich als Metzger und Bäcker vorstellte, nur deshalb ihrer Erwerbsarbeit nachgehen konnten, weil ihre Mütter, Ehefrauen und Schwestern für sie kochten, wuschen, die Wohnung in Schuss hielten und die Kinder großzogen. Dabei hätte Adam Smith es besser wissen müssen: Denn den Großteil seines Lebens verbrachte der Vater der Nationalökonomie bei seiner Mutter. „Sein Abendessen bekam er vor allem, weil seine Mutter es ihm servierte.“⁰⁶

Die wirtschaftliche Dimension dieses Geschlechterdualismus hat der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler John K. Galbraith in den 1970er Jahren beschrieben, indem er die im Zuge von Industrialisierung und Urbanisierung vollzogene Verwandlung der Frauen in eine heimliche Dienerklasse des Mannes sarkastisch als eine „ökonomische Leistung ersten Ranges“ bezeichnete.⁰⁷ So wurde die Hierarchisierung der Arbeitsbereiche – Erwerbsarbeit und private Sorgearbeit – strukturell sichergestellt, die sich bis heute in der asymmetrischen Geschlechterordnung spiegelt und in die patriarchalischen Machtstrukturen von Politik, Kultur und Wirtschaft eingelassen ist.

AUFDECKUNG WEIBLICHER DISKRIMINIERUNGSFORMEN UND HOLISTISCH ANGELEGTE ÖKONOMIEKONZEPTE

Bereits zu Beginn der 1970er Jahre arbeiteten feministische Forscherinnen und die neue Frauenbewegung heraus, dass die kapitalistische Mehrwertakkumulation keineswegs nur auf der rechtlich abgesicherten Ausbeutung der Lohnarbeit beruht. Im Anschluss an die Arbeiten von Rosa Luxemburg, die betont hatte, dass der Kapitalismus nicht allein von der äußeren Landnahme wie Kolonien abhängig sei, sondern immer auch von nicht kapitalistischen Produktionsweisen, die ständig die Ware Arbeitskraft erneuern,⁰⁸ formulierten sie die zentrale These der Hausarbeitsdebatte: Unterneh-

men greifen permanent und ohne sich angemessen an den (Reproduktions-)Kosten zu beteiligen, auf nicht kapitalistische Produktionsweisen, allen voran auf die unbezahlte Hausarbeit, zurück. Das sei ein von linken Theoretikern vernachlässigtes Feld von Ausbeutung, „der eigentliche, nichtgedachte Sockel des ‚Eisberges‘“,⁰⁹ auf dem die Ausbeutung der Lohnarbeit überhaupt erst beruhe.

Anfang der 1980er Jahren prägten die Bielefelder Soziologinnen um Claudia von Werlhof dann den Begriff der „Hausfrauisierung der Lohnarbeit“. Gemeint sind damit Formen von abhängiger Beschäftigung, die weder von der Organisation noch von der Entlohnung her existenzsichernd ist. Mit diesem Begriff wurde bereits damals eine Tendenz der Globalisierung, die nicht nur Frauen betraf, konzeptualisiert: nämlich den Übergang von Normalarbeitsverhältnissen, die eigentlich nur für die kurze Zeit des Fordismus galten, in deregulierte Lohnarbeit, die durch den digitalen Strukturwandel und die damit verknüpfte Plattformisierung von Geschäftsideen aktuell ganz neue Formen annimmt.

Die Historikerin Tove Soiland und andere haben später unter Bezugnahme auf die Bielefelder Analyse eine feministische Wendung des Theorems der Neuen Landnahme versucht, um die Verschärfung der Reproduktionskrise in der postfordistischen Gesellschaft zu erklären: Sie vertreten die These, dass die gegenwärtige Restrukturierung der globalen Ökonomie „auch oder sogar in erster Linie als massive Strukturanpassung für den Bereich der individuellen und sozialen Reproduktion verstanden werden kann“.¹⁰ Der Bereich der Reproduktion sei gerade heute „einem barbarischen Ressourcenentzug ausgesetzt“,¹¹ der nicht mehr nur die privaten Haushalte und die darin gratis verrichtete Care-Arbeit, sondern eben auch die bezahlten Care-Berufe betrifft, die massiven Sparzwängen und einer erheblichen Arbeits- und Leistungsverdichtung ausgesetzt sind.

Bereits die Bielefelder Soziologinnen gingen der Frage nach, wie Menschen unterhalb des eigentlich notwendigen Reproduktionsniveaus trotzdem überleben und verwendeten dafür den Be-

⁰⁶ Katrine Marçal, *Machonomics. Die Ökonomie und die Frauen*, München 2016, S. 20.

⁰⁷ John K. Galbraith, *Wirtschaft für Staat und Gesellschaft*, München 1974, S. 51.

⁰⁸ Vgl. Rosa Luxemburg, *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus*, in: dies., *Gesammelte Werke, Ökonomische Schriften*, Bd. 5, Berlin 1978 (1912), S. 313f.

⁰⁹ Maria Mies, *Hausfrauisierung. Globalisierung. Subsistenzproduktion*, in: Marcel von der Linden/Karl Heinz Roth (Hrsg.), *Über Marx hinaus*, Hamburg 2009, S. 255–290, hier S. 275.

¹⁰ Tove Soiland et al., *Das Theorem der Neuen Landnahme: Eine feministische Rückeroberung*, in: *Denknetz Jahrbuch* 2013, S. 99–118, hier S. 100.

¹¹ Ebd., S. 107.

griff der „Subsistenzproduktion“. „Sie meinten damit eine Überlebensökonomie, die gerade nicht eine antikapitalistische Insel darstellt, sondern laufend den Kapitalinteressen unterworfen wird. Arbeit im Bereich der Reproduktion ist Produktion, aber eine, die kaum als solche erscheint und daher stillschweigend an Land genommen werden kann, weil die geleistete Arbeit – da Menschen immer zu überleben versuchen – scheinbar ‚wie Luft und Wasser‘ gratis zur Verfügung steht.“¹²

So wie der ausbeuterische Zugriff auf die unbezahlte Arbeitskraft von Frauen war auch die Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen innerhalb der nationalökonomischen Theorieansätze der neuen Märkte folgerichtig. Diese basieren darauf, dass Luft, Wasser, Rohstoffe und Boden frei zur Verfügung stehen und die Umwelt gewissermaßen als Senke für Abfallstoffe genutzt werden kann. Uta von Winterfeld et al. sprechen von einer „Externalisierung als Prinzip“:¹³ Ihr Fazit lautet, „dass es sich bei der Ausgrenzung natürlicher Produktivität und sozial weiblicher Arbeit nicht um ‚vergessene Wirklichkeiten‘ oder ‚blinde Flecken‘ handelt (...) Sondern ihnen wird eine untergeordnete Stellung, ein unsichtbarer Raum zugewiesen, weil sie im neuen Denken als Abgespaltenes gebraucht werden“.¹⁴ Seit Beginn der Industrialisierung ist das immense Wirtschaftswachstum folglich ohne den Zugang zu billigen fossilen Energieträgern ebenso wenig denkbar wie ohne Rückgriff auf die von Frauen gratis geleistete Care-Arbeit.

Als spätestens ab den 1970er Jahren die Umweltprobleme als Folgen der vorherrschenden Produktions- und Konsumverhältnisse in westlichen Industriegesellschaften nicht mehr zu übersehen waren, wurden Privathaushalte als „Reparaturbetrieb“ für die Umweltschäden in die Pflicht genommen. Das war, weil auf die Privathaushalte bezogen, gleichbedeutend mit einer zusätzlichen Mehrarbeit von Frauen, was als „Feminisierung und Privatisierung der Umweltverantwortung“ kritisiert worden ist: Die Sorge für die Umwelt wurde zu einem weiteren Aufgabenfeld der hochgradig geschlechtlichten Care-Arbeit. Gleich-

zeitig überschätzten die Debatten zur Bedeutung nachhaltiger Konsummuster die Handlungsspielräume privater Konsument*innen und der Privathaushalte in industriellen Gesellschaften grundlegend, weil die Nachhaltigkeitsproblematik nicht auch als „systemische Krise“¹⁵ verstanden wurde. Das thematisierten auch die Verfasserinnen des 1987 erschienenen „Müttermanifests“, in dem für einen schonenden Umgang mit dem Rohstoff Mütterlichkeit plädiert und zugleich konstatiert wurde, dass sich die Ökologiebewegung viel zu selten ernsthaft mit der Frauenfrage befasst habe, dies aber vonnöten sei.¹⁶

In der systematischen Ausgrenzung der beiden reproduktiven Bereiche, der unbezahlten Arbeit und der ökologischen Natur, liegen die Ursachen der heutigen Krise. Das rief die Forderung nach nachhaltigen Wirtschaftskonzepten hervor, die sich innerhalb einer breiten öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte, ausgehend von der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro, entwickelt haben. Das daraus folgende Leitbild von Nachhaltigkeit beschreibt das Ziel, die Entwicklungschancen zukünftiger Generationen nicht zu beschneiden und einen global und sozial gerechten Zugriff auf Ressourcen im Sinne einer inter- und intragenerationellen Gerechtigkeit zu ermöglichen. 1994 entstand, basierend auf den Vorarbeiten der Arbeitsgruppe „Nachhaltiges Wirtschaften aus weiblicher Perspektive“, das Netzwerk „Vorsorgendes Wirtschaften“. Es nahm zugleich eine kritische Auseinandersetzung mit dem seinerzeit aufkommenden technokratischen Umweltmanagement vor.¹⁷ Ihre theoretische Fundierung erfuhr die Idee des vorsorgenden Wirtschaftens unter anderem durch die ökologische Ökonomie, die Wirtschaftsethik oder auch den bereits erwähnten Subsistenzansatz der Bielefelder Soziologinnen.¹⁸

Auch die Debatte um den privaten Haushalt als Wohlfahrtsproduzent, verbunden mit einer Darstellung der volkswirtschaftlichen Relevanz der maßgeblich von Frauen geleisteten unbezahl-

12 Ebd. Vgl. auch Maria Mies, *Frauen in der internationalen Arbeitsteilung*, Zürich 1988, S. 138.

13 Uta von Winterfeld/Adelheid Biesecker/Annegret Ergenzinger, *Sozialökologisches Tätigsein im Schatten der Moderne. Tätigkeitsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung*, 2007, S. 16, <https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/2623/file/WR4.pdf>.

14 Ebd., S. 16, S. 18.

15 Adelheid Biesecker, *Von der Maßlosigkeit zur Fürsorglichkeit. Thesen für ein zukunftsfähiges Wirtschaften aus feministischer Perspektive*, in: *FrauenRat 5/2011*, S. 8–11, hier S. 10.

16 Vgl. Gisela Erler/Monika Jaeckel (Hrsg.), *Weibliche Ökonomie*, München 1989.

17 Vgl. Christiane Busch-Lütj et al. (Hrsg.), *Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit*, *Politische Ökologie, Sonderheft 6*, München 1994.

18 Vgl. ebd., S. 10.

ten Arbeit, wurde weiterentwickelt und ging in ein Satellitensystem „Haushaltsproduktion“ ein: „Selbst bei einer vergleichsweise vorsichtigen Bewertung beträgt der Wert der unbezahlten Arbeit etwa ein Drittel der im Bruttoinlandsprodukt ausgewiesenen Bruttowertschöpfung.“¹⁹

Aus haushaltswissenschaftlicher Perspektive wurde Mitte der 1990er Jahre schließlich das Erklärungspotenzial des Konzepts verschiedener Kapitalsorten des französischen Soziologen Pierre Bourdieu für eine holistische Theorie der Wirtschaftslehre des Privathaushalts ausgelotet.²⁰ In der Familie vermitteltes kulturelles und soziales Kapital sei „grundsätzlich körpergebunden“ und zeige sich als Bildungseffekt bei ihren Kindern. Der Vermittlungsprozess selbst setzt aber die stete Existenz von Betreuungspersonen voraus, die bereit und in der Lage sind, diese Investitionen vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen und Wertepräferenzen anzuregen, zu vermitteln und ihre Aneignung begleitend zu unterstützen; er koste – wie Bourdieu es ausgedrückt – die Zeit der Mutter.²¹ Auf diese beiden „inkorporierten“ Kapitalsorten – soziales und kulturelles Kapital – greifen Unternehmen dann im Erwerbsverlauf der nachwachsenden Generation zurück, ohne allerdings adäquat für die Reproduktionskosten der Vermittlerin aufzukommen. Mehr noch: Den Zeitaufwand, den nicht erwerbstätige Mütter aufbringen, um ihren Kindern diese Kapitalsorten zu vermitteln, erscheint in einschlägigen mikroökonomischen Analysen gar nicht und führt in der Praxis de facto zu ihrer Bestrafung am Arbeitsmarkt. Es handle sich im Wording der Mikroökonomie um einen „unterbrechungsbedingten Humankapitalverlust“, der beim beruflichen Wiedereinstieg der Mutter eine deutliche Lohnkürzung rechtfertige, die, wenn überhaupt, oft erst nach vielen Jahren wieder das alte Lohnniveau erreicht.²²

19 Norbert Schwarz/Florian Schwahn, Entwicklung der unbezahlten Arbeit privater Haushalte, in: WISTA – Wirtschaft und Statistik 2/2016, 2016, S. 35–47, hier S. 35.

20 Vgl. Uta Meier, Privathaushalte als Produktionsstätten von kulturellem und sozialem Kapital – Zur gesellschaftlichen Bedeutung des vermeintlich Privaten, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft 6/1994, S. 243–250, hier S. 244.

21 Vgl. Pierre Bourdieu, Ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen 1983, S. 35–74.

22 Vgl. Hans P. Galler, Opportunitätskosten der Entscheidung für Familie und Haushalt, in: Silvia Gräbe (Hrsg.), Der private Haushalt als Wirtschaftsfaktor, Frankfurt/M. 1991, S. 1118–152, hier S. 137.

Das Erkenntnisinteresse der Genderforschung richtete sich jedoch zunehmend auch auf andere Facetten der Care-Arbeit, insbesondere auf die unterbezahlte, erwerbsförmig organisierte Sorgearbeit im Kontext von steigenden Versorgungsnotwendigkeiten in alternden Gesellschaften.²³ In den Folgejahren entstand dann der Leitbegriff „Care-Ökonomie“, der „die theoretische Reflexion von Problemen in der bezahlten und unbezahlten Care-Arbeit“²⁴ umfasste. Zentral ist in dieser inzwischen weltweiten Debatte um Care-Ökonomie der Blick auf einen Wirtschaftsbereich, „bei dem die Produktion und die Dienstleistungen, seien sie bezahlt oder nicht, primär und direkt auf das Wohlergehen von Menschen ausgerichtet sind und nicht auf die Produktion für einen anonymen Markt oder Unternehmen“.²⁵ Care-Ökonomie beruht zugleich auf einem wertschätzenden Umgang von Frauen und Männern mit sich und ihrer sozialen und natürlichen Umwelt.

Bemerkenswert ist schließlich, dass die Entwicklung handhabbarer Instrumente zur Neubewertung und Anerkennung von Care-Arbeit, darunter der Gender Care Gap,²⁶ der Comparable Worth Index²⁷ sowie die Idee einer Care-Abgabe zur gesellschaftlichen Finanzierung der privaten, der freiwilligen und der bezahlten Care-Arbeit und zur Lösung von damit einhergehenden Problemen wie Erschöpfung, Zeitmangel und abnehmende Qualität von sorgenden Dienstleistungen zunehmend an Bedeutung gewinnt und inzwischen von einer jungen Frauen- und Wissenschaftlerinnengeneration vorangetrieben wird.²⁸

23 Vgl. Angela Häussler et al. (Hrsg.), Care und die Wissenschaft vom Haushalt. Aktuelle Perspektiven der Haushaltswissenschaft, Wiesbaden 2017.

24 Luise Gubitzer/Katharina Mader, Care-Ökonomie. Ihre theoretische Verortung und Weiterentwicklung, in: Kurswechsel 4/2011, S. 7–21, hier S. 8.

25 Mascha Madörin, Verschiedene Varianten, das Ganze zu denken – eine Einleitung, in: Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik 30/2009, S. 8–13, hier S. 9.

26 Vgl. Nina Klünder, Differenzierte Ermittlung des Gender Care Gap auf Basis der repräsentativen Zeitverwendungsdaten 2012/13. Expertise für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Berlin 2018.

27 Vgl. Sarah Lillemeier, Der „Comparable Worth“-Index als Instrument zur Analyse des Gender Pay Gap. Arbeitsanforderungen und Belastungen in Frauen- und Männerberufen, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2016.

28 Vgl. Anna Saave-Harnack, Die Care-Abgabe. Ein Instrument Vorsorgenden Wirtschaftens?, in: David J. Petersen et al. (Hrsg.), Perspektiven einer pluralen Ökonomik, Wiesbaden 2019, S. 367–393.

PERSPEKTIVEN

Weltweit übernehmen Frauen täglich mehr als zwölf Milliarden Stunden unbezahlte Sorgearbeit. Würden diese auch nur mit dem Mindestlohn bezahlt, wäre diese Summe 24 Mal größer als der Umsatz von Apple, Google und Facebook zusammen.²⁹ Auch die Sachverständigenkommission zur Erstellung des Gutachtens für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung hat – ausgehend von einer eingehenden Analyse der Geschlechterverhältnisse in Deutschland – 2017 eine erhebliche Lohn- und Sorge-Lücke identifiziert, die sie als Zeichen ungleicher Verwirklichungschancen bewertet.³⁰ Gleiche Verwirklichungschancen bedeuten, dass alle Menschen die Möglichkeit haben müssen, ihre aus guten Gründen getroffenen Entscheidungen und Wünsche auch zu realisieren. Dem stehen jedoch Diskriminierung, Gewalt, strukturelle Benachteiligungen und Stereotype entgegen.

Das Gleichstellungsgutachten ist anschlussfähig an verschiedene wissenschaftliche Diskurse und soziale Bewegungen, wie die 2015 ins Leben gerufene Care-Revolution,³¹ indem es postuliert, dass eine zukunftsorientierte Geschlechterpolitik die Kernfrage überzeugend beantworten muss, wie künftig die Bereitschaft zur Übernahme von generativer Sorgearbeit für Kinder und für unterstützungsbedürftige Mitglieder der Gesellschaft als Voraussetzung für ein wirtschaftlich und gesellschaftlich intaktes Gemeinwesen strukturell gewährleistet und organisiert werden kann.³²

Übergänge im Lebensverlauf, wie die Geburt eines Kindes und die damit einhergehenden Entscheidungen, erweisen sich heute als Statuspassagen mit erheblichen, oft nicht vorhergesehenen Auswirkungen auf die Verwirklichungschancen von Frauen und Männern im weiteren Lebens-

verlauf. Sie führen derzeit zu evidenten Risiken im weiteren Lebensverlauf in Form verminderter Aufstiegschancen, reduzierter Einkommen und geringer Renten für diejenigen, die Care-Arbeit übernehmen, also ganz überwiegend für Frauen. Aber auch für Männer bringen geschlechterstereotype Arbeitsteilungsmuster durchaus Einschränkungen in ihren Verwirklichungschancen mit sich.

Lange Zeit haben sich in Deutschland staatliche Regelungen und Institutionen am Leitbild des „Familienernährers“ orientiert, das auch kulturell, zumindest in Westdeutschland, tief verankert ist. Diesem Leitbild gemäß wird Sorgearbeit weitgehend privat organisiert, das heißt in Paar- und Familienbeziehungen; ein „Alleinvertreter“ lebt hierfür in einer „Versorgerehe“ mit einer „Hausfrau“ zusammen, die die private Sorgearbeit übernimmt.

Mit dem steigenden Bildungsniveau von Frauen hat sich dieses Leitbild in den vergangenen Jahrzehnten in Richtung „Zuverdienst“ verändert. Aus gleichstellungspolitischer Sicht bedeutet dies jedoch lediglich eine Variation des Familienernährer-Modells. So bleibt für den meist männlichen Familienernährer weiterhin kaum Zeit für die Familie, und die meist weibliche Zuverdienerin kann sich trotz der Last, Teilzeiterwerbsarbeit und familiäre Sorgearbeit vereinbaren zu müssen, keine substantielle Erwerbsbiografie aufbauen und fürs Alter vorsorgen.

Das Modell der „universellen Erwerbstätigkeit“ (*adult-worker-model*) wiederum sieht für alle Personen eine Vollzeitwerbstätigkeit vor, ohne zu berücksichtigen, dass sich Menschen in einem bestimmten Umfang eben auch den eigenen Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen widmen und einen Teil der Haus- und Sorgearbeit selbst übernehmen wollen.

Deshalb hat die Sachverständigenkommission im Anschluss an die Philosophin Nancy Fraser eine neue Variante vorgeschlagen und verwendet dafür den Begriff „Erwerb-und-Sorge-Modell“ (*earner-carer-model*).³³ Frauen wollen sich beruflich entwickeln und in verschiedenen Branchen und auf allen Ebenen tätig sein können. Männer wollen Sorgearbeit leisten können, ohne dabei stereotypisierender Abwehr zu begegnen. Das Erwerb-und-Sorge-Modell heißt auch: Die bestehenden Probleme der

29 Vgl. Oxfam Deutschland, Im Schatten der Profite. Wie die systematische Abwertung von Hausarbeit, Pflege und Fürsorge Ungleichheit schafft und vertieft, 2020, www.oxfam.de/system/files/2020_oxfam_ungleichheit_studie_deutschschatten-der-profite.pdf.

30 Vgl. Sachverständigenkommission zum Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Erwerbs- und Sorgearbeit neu verteilen. Gutachten für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Berlin 2017.

31 Gabriele Winker, Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft, Bielefeld 2015.

32 Vgl. Sachverständigenkommission (Anm. 30).

33 Ebd.

Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit sind keine Privatangelegenheit, die von den Einzelnen „irgendwie“ zu bewältigen sind. Stattdessen gilt es, Rahmenbedingungen herzustellen, die es ermöglichen, ein Erwerb-und-Sorge-Modell ohne Überforderung leben zu können und zwar unabhängig vom Geschlecht. Die Handlungsempfehlungen der Kommission sind darauf ausgerichtet: Unter anderem wird eine zusammenhängende Strategie zur grundsätzlichen Neubewertung und Aufwertung von Sorgeberufen (SAHGE-Berufen)³⁴ gefordert sowie die Einführung von subventionierten Gutscheinen für haushaltsnahe Dienstleistungen nach belgischem Vorbild, damit auch Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen Zugang zu diesen alltagsunterstützenden Diensten erhalten.³⁵

SCHLUSS

Mittlerweile und verstärkt durch die Pandemie sind viele Initiativen entstanden, die die Krisenhaftigkeit der Care-Arbeit thematisieren und auf die Notwendigkeit einer Neuorganisation und -bewertung der un- und unterbezahlten Care-Arbeit verweisen. Dazu gehören das Equal Care Manifest,³⁶ die Positionspapiere des Deutschen Frauenrats und der Initiative Care.Macht.Mehr³⁷ oder die Denkschrift „Perspektive Care-Gesellschaft. Plädoyer für eine Erneuerung des Gesellschaftsvertrags – lokal und global“ aus der Schweiz.³⁸ Darin wird eine integrierte Perspektive zur Bewältigung von Care- und Umweltkrise eingenommen, die von den Prinzipien Care, Kooperation, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit geleitet ist. Das kommt einer nachdrücklichen Abkehr vom neoliberalen Paradigma der Privatisierung und des weitgehenden Rückzugs des Sozialstaats gleich. Mit einem „einbettenden, regulierenden Liberalismus“,³⁹ wie ihn der Soziologe Andreas

Reckwitz vorgeschlagen hat, um zum Beispiel die materielle und soziale Infrastruktur – also Verkehr, Gesundheit, Energie, sozialer Wohnungsbau, Bildung und öffentliche Sicherheit – wieder verstärkt in staatliche Hand zu nehmen, wird es allerdings allein nicht getan sein. Vielmehr geht es um eine grundsätzliche Neuausrichtung der globalen Ökonomie, die Care-Arbeit als Ausgangspunkt allen wirtschaftlichen Handelns begreift, eingebettet in den verletzlichen Lebensraum Erde.

UTA MEIER-GRÄWE

ist emeritierte Professorin für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft am Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen. uta.meier-graewe@haushalt.uni-giessen.de

Gedanken,
Anregungen,
Kritik?

Schreiben Sie uns eine E-Mail:
apuz@bpb.de

Folgen Sie uns auf Twitter:
[@apuz_bpb](https://twitter.com/apuz_bpb)

34 SAHGE-Berufe stehen als Akronym für Soziale Arbeit, Haushaltsnahe Dienste und Hauswirtschaft, Gesundheit, Pflege und Erziehung, die den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung in keinem Punkt nachstehen.

35 Vgl. Mareike Bröcheler, Haushaltsnahe Dienstleistungen für Familien, Planegg 2020, S. 125 ff.

36 Equal Care Manifest (Anm. 2).

37 Zu finden unter www.frauenrat.de und <https://care-macht-mehr.com>.

38 Denknetz (Anm. 1).

39 Andreas Reckwitz, Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Berlin 2019, S. 239 f.

DAS EUROPÄISCHE CARE-GRENZREGIME IN EINEM „EUROPA OHNE GRENZEN“

Zuzana Uhde

Wegen der Corona-Pandemie wurden Care-Arbeiterinnen und -Arbeiter plötzlich als unverzichtbar für das Funktionieren der Gesellschaft wahrgenommen. Ärztinnen und Ärzte und medizinisches Personal wurden für ihre harte Arbeit gelobt, die sie trotz des hohen Infektionsrisikos leisteten. Der Gesellschaft kamen auch die Pflegekräfte ins Bewusstsein, die zu Tausenden in Seniorenheimen und in der privaten Pflege arbeiten und normalerweise unsichtbar sind. Zusätzlich machte eine abrupte Schließung der Grenzen deutlich, dass es sich bei den Pflegekräften oft um Arbeitsmigrantinnen und -migranten handelt, die aus den EU-Mitgliedsstaaten in Mittel- und Osteuropa, aber auch von außerhalb der EU kommen. Einreisegarantien für Pflegekräfte wurden über Nacht zur Top-Priorität zwischenstaatlicher Verhandlungen, da in vielen wohlhabenderen europäischen Ländern ein akuter Mangel drohte.⁰¹ Viele europäische Medien forderten Solidarität von den EU-Mitgliedsstaaten ein, aus denen die regelmäßig pendelnden Care-Migrantinnen und -Migranten kommen, etwa Bulgarien, Rumänien, die Slowakei, Polen oder Tschechien. Diese wurden als heroisch und selbstlos dargestellt, allerdings wurden die prekären Arbeitsbedingungen, die schlechte Bezahlung und die emotionale Belastung, fern der Heimat und getrennt von der eigenen Familie zu leben, meist nicht erwähnt.⁰²

Die Pandemie hat gezeigt, dass die offenen Grenzen im europäischen Schengen-Raum ein spezielles europäisches Grenzregime für Care-Arbeiterinnen und -Arbeiter geschaffen haben, das reichere EU-Länder insbesondere nutzen, um den „Nachschub“ an gering entlohnten Pflegekräften sicherzustellen. Dies geschieht oft über Vermittlungsagenturen, die von älteren Menschen oder Familien, die es sich leisten können, beauftragt werden, oder die für Pflegeeinrichtungen tätig sind, in denen die Arbeitskosten gedrückt werden, um das Geschäft der Altenpflege profitabel zu machen. Wie kam es zu dieser Situation?

VON DER STAGNIERENDEN GESCHLECHTERREVOLUTION ZUR VERZERRTEN EMANZIPATION

Im 20. Jahrhundert vollzogen sich bedeutende Veränderungen in Hinblick auf die Rolle der Frau in der Gesellschaft und die wirtschaftlichen und soziokulturellen Geschlechtermuster. Diese waren eng verbunden mit dem Übergang von der industriellen zur spätkapitalistischen Gesellschaft, allerdings werden ihre Bedeutung und Folgen in weiten Teilen vom gesellschaftlichen Kontext definiert. Die neu etablierte Norm der Doppelverdiener-Familie und die veränderte gesellschaftliche Stellung der Frau gingen nicht einher mit einer Sozialisierung der Verantwortlichkeit bei der Care- und Reproduktionsarbeit oder einer Umverteilung der Aufgaben vom privaten auf den öffentlichen Bereich. Auch die entsprechenden Veränderungen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im Sinne einer gleichmäßigeren Verteilung von Care- und Reproduktionsarbeit zwischen Männern und Frauen blieben aus.

Folgerichtig bezeichnet etwa die Soziologin Arlie Hochschild die gesellschaftlichen Veränderungen in der westlichen kapitalistischen Gesellschaft in Hinblick auf die Geschlechterrollen als „stalled gender revolution“, als eine stagnierende Geschlechterrevolution.⁰³ Die Philosophin Zuzana Kiczková sieht im Zusammenhang mit der Doppelbelastung der Frauen durch Berufstätigkeit und unbezahlte Arbeit im „real existierenden Sozialismus“ eine gescheiterte Emanzipation.⁰⁴ Die Soziologin Paula England diagnostiziert eine sozial ungerechte und stagnierende Geschlechterrevolution,⁰⁵ während der Politikwissenschaftler Gøsta Esping-Andersen von einer „unvollendeten Geschlechterrevolution“ spricht.⁰⁶ Während Hochschild die Probleme beschreibt, die aus dem Konflikt zwischen den relativ stabilen Strukturen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und den sich rasch wandelnden emanzipatori-

schen Bestrebungen der Frauen und ihrem Verhalten entstehen, beschäftigt sich Kiczková mit dem gescheiterten Projekt der Gleichstellung der Geschlechter in den damaligen sozialistischen Ländern aufgrund der unzureichend verfügbaren staatlichen Kinderbetreuung und ihrer verschiedenen Nachteile. England und Esping-Anderson betrachten die Unterschiede zwischen Frauen aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit und der sozialen Ungleichheiten, die sich von Generation zu Generation fortpflanzen. Nicht alle profitieren gleichermaßen von geschlechtsspezifischen gesellschaftlichen Veränderungen.

Hinzu kommt, dass mit dem allmählichen Abbau des Wohlfahrtsstaates in Europa, der seit den 1990er Jahren und der Auflösung des ehemaligen Ostblocks zu einem dominierenden Trend geworden ist, die Unterstützung für öffentliche Einrichtungen zur Betreuung und Pflege zurückgegangen ist und man stattdessen auf den Markt setzte, der die Defizite beheben sollte. Care-Arbeit und gesellschaftliche Reproduktion werden nicht als allgemeingesellschaftliche Aufgabe betrachtet, sondern marktwirtschaftlichen Prinzipien unterworfen und bleiben Aufgabe der Privatpersonen und damit Teil des Privatsektors.

Auch die gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung speziell der unbezahlten Care-Tätigkeiten, aber auch der Reproduktionsarbeit und Care-Arbeit allgemein haben sich nicht maßgeblich verändert. Was in der spätkapitalistischen Gesellschaft als sinnvolle und wertvolle Arbeit gilt, wird nach wie vor von dem begrenzten Verständnis von sinnvoller Arbeit als bezahlter Beschäftigung definiert; eine Vorstellung, die während der

Etablierung des kapitalistischen Systems institutionalisiert wurde. Das Missverständnis, dass sozial nützliche Aktivitäten nur dann eine finanzielle Belohnung „verdienen“, wenn sie im Rahmen einer bezahlten Beschäftigung ausgeübt werden, ist tief in den Strukturen unserer Gesellschaft verwurzelt.⁰⁷ Darüber hinaus unterscheidet sich der Arbeitsmarkt, in den Frauen in Europa heute eintreten, grundlegend vom Arbeitsmarkt nach dem Zweiten Weltkrieg, der in westlichen Ländern auf dem Fordismus gründete und im Osten Europas auf dem Sozialismus; typisch für beide war dabei eine relative soziale Aussöhnung durch den Wohlfahrtsstaat. Mittlerweile sind Phänomene wie die Deformalisierung, die wachsende Unsicherheit, die „negative Flexibilisierung“ und die Intensivierung der Arbeit typische Kennzeichen der heutigen Marktwirtschaft.⁰⁸

Die Unterscheidung zwischen bezahlter produktiver und unbezahlter reproduktiver Arbeit ließ eine Hierarchie der bezahlten Arbeit entstehen. Die politische Ökonomie der gesellschaftlichen Reproduktion in der spätkapitalistischen Gesellschaft umfasst nicht nur, dass sorgende, erhaltende und reproduktive Arbeit, die vorwiegend von Frauen geleistet wird, zum Nutzen der Allgemeinheit unentgeltlich erfolgt, sondern auch, dass die bezahlte Care-Arbeit ökonomisch unterbewertet wird. Die soziale Reproduktion ist für die Gesellschaft unverzichtbar. Dennoch wird sie systematisch missachtet, entwertet und für selbstverständlich genommen. Und sie ist zunehmend an Migration gebunden, obwohl soziale Reproduktion viel mehr umfasst als die von Migrantinnen verrichtete Care-Arbeit.⁰⁹ Die Philosophin Nancy Fraser argumentiert, dass dieser „sozial-reproduktive Widerspruch des Kapitalismus der Grund für die sogenannte Care-Krise ist“.¹⁰ Mit der zunehmenden Ökonomisierung und Kommerzialisierung sozialer Bereiche, die früher dem Markt entzogen waren, wird Care-Arbeit zur Beschäftigung für Frauen, die auf dem Arbeitsmarkt strukturell benachteiligt sind oder

01 Vgl. Michael Leiblfinger et al., Impact of the COVID-19 Pandemic on Live-in Care Workers in Germany, Austria, and Switzerland, 14. 5. 2020, <https://ltccovid.org/2020/05/14/impact-of-the-covid-19-pandemic-on-live-in-care-workers-in-germany-austria-and-switzerland>.

02 Vgl. z. B. Michael Leiblfinger/Veronika Prieler, Updates on Migrant Live-in Care in Austria at the Time of COVID-19: A Glimpse into the Media I, 10. 4. 2020, <https://ltccovid.org/2020/04/10/updates-on-migrant-live-in-care-in-austria-at-the-time-of-covid-19-a-glimpse-into-the-media1>.

03 Vgl. Arlie R. Hochschild, *The Second Shift*, New York 1989.

04 Vgl. Zuzana Kiczková, *Vzájomný vzťah medzi verejnou a súkromou sférou z pohľadu žien* (1997), in: Jana Cviková/Jana Juráňová (Hrsg.), *Feminizmy pre začiatočníčky: Aspekty zrodu rodového diskurzu na Slovensku*, Bratislava 2019, S. 156–174.

05 Vgl. Paula England, *The Gender Revolution: Uneven and Stalled*, in: *Gender & Society* 2/2010, S. 149–166.

06 Vgl. Gøsta Esping-Andersen, *Incomplete Revolution: Adapting Welfare States to Women's New Roles*, Oxford 2009.

07 Vgl. Kathi Weeks, *The Problem with Work: Feminism, Marxism, Antiwork Politics, and Postwork Imaginaries*, Durham-London 2011.

08 Vgl. Guy Standing, *The Precariat: The New Dangerous Class*, London 2011.

09 Vgl. Eleonore Kofman/Parvati Raghuram, *Gendered Migrations and Global Social Reproduction*, Basingstoke 2015.

10 Nancy Fraser, *Contradictions of Capital and Care*, in: *New Left Review* 100/2016, S. 99–117, hier S. 100.

Mühe haben, aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauszukommen und im Bereich Care aufgrund des ständigen Mangels an Arbeitskräften Arbeit finden, und für Migrantinnen, die aufgrund der Strukturen gezwungen sind, sich mit prekären Arbeitsbedingungen abzufinden.

Das Konzept der Grenzen und institutionalisierter Grenzregime ist entscheidend für die Entstehung und Bewahrung von Strukturen, in denen Care-Arbeit geringgeschätzt und schlecht entlohnt wird. Grenzen werden selektiv geöffnet, um den „Nachschub“ an Care-Migrantinnen zu sichern. Gleichzeitig tragen die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den Ländern und deren unterschiedliche Einbindung in die globale Ökonomie dazu bei, die tagtägliche Macht der Grenzen zu wahren, mit der Menschen kategorisiert werden, und die bestehende geopolitische Hierarchie zu erhalten. Grenzen sorgen dafür, dass Arbeitskräfte in Gestalt von Migranten verfügbar sind, aber nur unzureichend von der Gesellschaft aufgenommen werden und daher eine untergeordnete Stellung einnehmen.¹¹ Nicht alle Care-Arbeiterinnen sind zwangsläufig Migranten, doch das Grenzregime verstärkt die Verbindung zwischen der Ökonomisierung von Care und der Prekarisierung. Eine ähnliche Wirkung besteht in Hinblick auf die strukturelle Verwundbarkeit der migrantischen Arbeitskräfte, auch wenn ihre besondere Stellung durch ihren speziellen Migrationsstatus und andere ihnen zugeschriebene soziale Kategorien bestimmt wird.¹² Care-Migranten und -Migrantinnen werden in Europa in zunehmendem Maße im formellen Care-Sektor eingesetzt, und häusliche Pflege- und Betreuungskräfte sowie Haushaltshilfen sind mittlerweile ein unverzichtbarer Bestandteil der politischen Ökonomie der gesellschaftlichen Reproduktion in Europa.¹³ Genau wie die Beschäftigung von Hausangestellten in Privathaushalten

eine lange Geschichte hat, ist auch die Tatsache, dass diese Arbeit weitgehend von Migranten erledigt wird, nicht neu.¹⁴ Doch während die bezahlten Hausangestellten im Verschwinden begriffen schienen, als sich nach dem Zweiten Weltkrieg der Sozialstaat europäischen Zuschnitts entwickelte, erleben sie nun ihr Comeback. Die unterschiedliche Bezahlung lokaler und migrantischer Arbeitskräfte macht es möglich, die Illusion einer familiären Pflege und Sorge zu Hause aufrechtzuerhalten, auch wenn sie heute durch den Markt erfolgt. Die Etablierung eines transnationalen privatisierten Care-Sektors ist daher ambivalent zu bewerten. Bestimmte Gruppen von Frauen, die aufgrund der geopolitischen Situation und ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse und Ethnie im Vorteil sind, erhalten mehr Freiräume und können autonome Entscheidungen für ihr Leben treffen, indem sie Care-Leistungen kaufen oder Haushaltshilfen beschäftigen. Das führt dazu, dass Frauen aus niedrigeren Schichten und Angehörige von Randgruppen zusätzlich zu ihrer eigenen unbezahlten Arbeit im Haushalt und in der Familie unterbezahlte Reproduktionsarbeit verrichten und dadurch beim Kampf um ihren Lebensunterhalt in einem Teufelskreis der Ausbeutung gefangen sind.¹⁵

Ich bezeichne diese Entwicklung als „verzerrte Emanzipation“.¹⁶ Während sich der Begriff der „stagnierenden Geschlechterrevolution“ auf eine Veränderung der geschlechtsspezifischen Strukturen in der Bildung und die Teilhabe am Arbeitsmarkt bezieht, die in Konflikt steht zur traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Familie, geht es bei der verzerrten Emanzipation um die gesellschaftliche Ungleichheit, die aufgrund der Ökonomisierung und Kommodifizierung der sozialen Reproduktion in der spätkapitalistischen Gesellschaft besteht. Dadurch wird eine Situation geschaffen, in der die Emanzipation bestimmter Gruppen von Frauen tatsächlich von ihrem Geschlecht und der sozialen Ungleich-

11 Vgl. Nicholas P. De Genova, Migrant ‚Illegality‘ and Deportability in Everyday Life, in: *Annual Review Anthropology* 2002, S. 419–447.

12 Vgl. Fiona Williams, Converging Variations in Migrant Care Work in Europe, in: *Journal of European Social Policy* 4/2012, S. 363–376.

13 Vgl. Bridget Anderson/Isabel Shutes, *Migration and Care Labour: Theory, Policy and Politics*, Basingstoke 2014; Majda Hrženjak, *Invisible Work*, Ljubljana 2007; Helma Lutz/Ewa Palenga-Möllnbeck, *Care Work Migration in Germany: Semi-Compliance and Complicity*, in: *Social Policy & Society* 3/2010, S. 419–430; Lise Widding Isaksen (Hrsg.), *Global Care Work: Gender and Migration in Nordic Societies*, Lund 2010.

14 Vgl. Raffaella Sarti, *The Globalization of Domestic Service – An Historical Perspective*, in: Helma Lutz (Hrsg.), *Migration and Domestic Work: A European Perspective on a Global Theme*, Burlington 2008, S. 77–97.

15 Vgl. Alison M. Jaggard (Hrsg.), *Gender and Global Justice*, Cambridge 2014.

16 Vgl. Zuzana Uhde, *From Women’s Struggles to Distorted Emancipation: The Interplay of Care Practices and Global Capitalism*, in: *International Feminist Journal of Politics* 3/2016, S. 390–408.

heit anderer Gruppen abhängt. Das hat zur Folge, dass sich die für einen Teil der Frauen positiven Aspekte auf die langfristige globale wirtschaftliche und kulturelle Ungleichheit auswirken. Die „verzerrte Emanzipation“ bezeichnet eine Situation, in der die Emanzipation der Frauen in der Form, in der sie heute gefördert wird, untrennbar mit den Strukturen globaler Ungleichheit verbunden ist. Aufgrund der daraus erfolgenden Reproduktion der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung behindert sie eine Fortführung der stagnierenden Geschlechterrevolution. Sie reproduziert eine traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, bei der sich die meisten Männer aus der Care-Arbeit heraushalten und diese privat bleibt.

GRENZÜBERSCHREITENDER CARE-MARKT

Die geopolitischen Herausforderungen nach 1989 wirkten sich auch auf die europäische Care-Landschaft aus. Der Trend zu einer Ökonomisierung von Care ging Hand in Hand mit den Veränderungen des europäischen Grenzregimes. Die Auflösung des ehemaligen Ostblocks und die Erweiterung der EU in mehreren Schüben hatten zur Folge, dass sich die Bedeutung und Auswirkungen der europäischen Grenzen verschoben. Den Einwohnern der neuen EU-Mitgliedsstaaten bieten sich dank der Mobilität zusätzliche Möglichkeiten, doch auch Migrantinnen aus Nicht-EU-Ländern, die zuvor in einem makroökonomischen Block lebten, überqueren heute die Grenzen zwischen „Ost“ und „West“ und bilden so eine eigene Gruppe, die Reserve der billigen Arbeitskräfte. Aber auch innerhalb der EU entstehen durch das Grenzregime Strukturen mit schlecht bezahlten Care-Migrantinnen und -Migranten, die meist aus mittel- und osteuropäischen Ländern kommen. Daneben existiert das Narrativ von einem nach 1989 entstandenen „Europa ohne Grenzen“. Der europäische grenzüberschreitende Care-Markt ist eine subtile Kombination aus Inklusion – innerhalb der EU durch den Zugang zum Arbeitsmarkt – und Exklusion, da bestimmte Regelungen zum Arbeitsschutz und Ansprüche auf Sozialleistungen nicht für alle gelten. Die Länder, die sich für Care-Migrantinnen und -Migranten geöffnet haben, haben institutionalisierte Mechanismen für den Einsatz billiger Arbeitskräfte geschaffen, die je-

doch das transnationale Leben dieser Menschen, ihre sozialen Bedürfnisse und ihre Versorgung sowie ihre Verantwortung für die eigene Familie systematisch missachten. Zudem zeichnet sich bei der Care-Mobilität ein zunehmender Trend in die umgekehrte Richtung ab: So entscheiden sich etwa deutsche Seniorinnen und Senioren in zunehmendem Maße für eine Unterbringung in einem Seniorenwohnheim oder Pflegeheim in den tschechischen oder polnischen Grenzgebieten, die deutlich günstiger ist als die Betreuung in einem deutschen Heim.¹⁷

Der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt für Care wird oft als Win-Win-Situation dargestellt, in der alte Menschen und Familien mit kleinen Kindern eine erschwingliche hochwertige Betreuung oder Unterstützung im Haushalt erhalten und Migrantinnen und Migranten eine Arbeit haben, die besser bezahlt ist als vergleichbare Tätigkeiten in ihrer Heimat. Doch tatsächlich wird damit eine rechtliche Situation geschaffen, in der strukturelle Ungleichheiten aufgrund der Nationalität bestehen und bestimmte Gruppen ausgeschlossen werden, obwohl gleichzeitig der Mythos eines egalitären und integrierten Europas heraufbeschworen wird. Hauptmerkmal dieses Systems sind die ökonomischen Ungleichheiten zwischen nah beieinanderliegenden Regionen, wodurch die Idee eines geeinten Europas untergraben wird.

Mitteleuropa ist ein typisches Beispiel für diese Dynamik. So liegt etwa die Tschechische Republik zwischen den beiden Polen der transnationalen politischen Ökonomie der sozialen Reproduktion. Während tschechische Frauen in den Nachbarländern (Deutschland und Österreich) als Care-Arbeiterinnen arbeiten, werden auch in Tschechien in zunehmendem Maße Care-Tätigkeiten von Migrantinnen übernommen, die überwiegend aus der Ukraine kommen.¹⁸ Seit den 1990er Jahren bietet die Migration vielen Ukrainerinnen und Ukrainern eine Bewältigungsstrategie, da sich die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der

¹⁷ Vgl. Kristine Krause/Mariusz Sapieha/Luise Schurian, *Between Geriatric Colonialism and Liberal Entrepreneurialism: The Case of Care Homes for Germans in Poland*, Vortrag, IUAES 2019 Inter-Congress, Poznan, Polen, 29.8.2019.

¹⁸ Vgl. Petra Ezzeddine, *Mateřství na dálku: transnacionální mateřství ukrajinských migrantek v České republice*, in: *Gender, rovné příležitosti*, výzkum 1/2012, S. 24–33; dies. et al., *Migrant Domestic Workers in the Czech Republic*, Prag 2014.

Ukraine immer weiter verschlechtert haben. Ukrainische Frauen arbeiten als Haushaltshilfen und Pflegekräfte in vielen europäischen Ländern einschließlich der mitteleuropäischen EU-Mitglieder, mit denen die Ukraine eine gemeinsame politische Vergangenheit hat. Die politische Geschichte der Region ist Teil der Alltagserfahrung der ukrainischen Arbeitskräfte. Ihre „Andersartigkeit“, die sich andernorts von rassistischen oder ethnisch stereotypen Vorstellungen ableitet, basiert hier vor allem auf der wirtschaftlichen Ungleichheit.

Die Öffnung der Grenzen nach Westen sorgte in der Tschechischen Republik für einen Anstieg der temporären und dauerhaften Migration. Trotz der politischen Versprechungen, „den Westen bald einzuholen“, bestehen immer noch erhebliche Unterschiede bei den Löhnen. Das hat zur Folge, dass die Care-Arbeit im Ausland, obwohl sie nach den Arbeitsmarktstandards im Zielland unterbezahlt ist, eine attraktive Verdienstmöglichkeit darstellt. Laut Eurostat beliefen sich 2019 die geschätzten Arbeitskosten pro Stunde in Tschechien auf 13,50 Euro, verglichen mit 34,70 Euro in Österreich oder 35,60 Euro in Deutschland.¹⁹ Das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen der Care-Arbeiterinnen und -Arbeiter in Tschechien lag 2018 bei rund 800 Euro. Die Löhne sind in diesem Sektor in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen; 2016 waren es 560 Euro. Doch es gibt auch erhebliche regionale Unterschiede, so ist etwa in Grenzgebieten und ländlichen Regionen der Verdienst niedriger. Die Sozialforscher Miloslav Bahna und Martina Sekulová geben für 2016 840 Euro als durchschnittliches monatliches Nettoeinkommen an, das slowakische Arbeitskräfte im Care-Sektor in Österreich erhalten (berechnet für zwei Wochen pro Monat 24-Stunden-Betreuung bei den Betreuten zu Hause).²⁰ Man kann davon ausgehen, dass sich das Lohngefälle im Durchschnitt weiter verringern wird, doch im Vergleich zu den Verdienstmöglichkeiten in Grenzregionen und insbesondere für bestimmte Gruppen bietet die Pendelmigration nach Öster-

reich oder Deutschland immer noch die Aussicht auf einen höheren Verdienst. Auch der europäische Arbeitsmarkt für Care verändert sich. Seit der EU-Erweiterung 2007 arbeiten zunehmend rumänische und bulgarische Frauen im Care-Sektor. Dennoch sind viele Tschechinnen weiterhin als Krankenschwestern oder Hausangestellte in den Nachbarländern im Einsatz, wie eine Studie für 2014 zeigt.²¹ Darin gaben einige Frauen an, gerade einmal 2 Euro pro Stunde zu verdienen (umgerechnet auf die 24-stündige Betreuung). Wenn man das bei Bahna und Sekulová angegebene durchschnittliche Nettoeinkommen zugrunde legt, kommt man für 2016 auch nur auf einen Stundenlohn von 2,50 Euro. Personen können also Grenzen überqueren, als ob diese gar nicht existieren würden, doch die regionalen wirtschaftlichen Ungleichheiten sorgen dafür, dass andere Grenzen weiterbestehen, von denen die reicheren Gesellschaften auf Kosten der ärmeren profitieren.

Österreich und Deutschland zählen zu den Ländern mit der höchsten Zahl osteuropäischer sogenannter Live-Ins, die bei den Betreuten wohnen (60 000 bis 85 000 in Österreich, 300 000 bis 400 000 in Deutschland).²² In Österreich kommen die meisten aus der Slowakei und Rumänien, in Deutschland aus Polen. Tschechische Frauen arbeiten in beiden Ländern. Die häusliche 24-Stunden-Betreuung ist in Österreich mit am stärksten reglementiert. Das entsprechende Gesetz wurde 2007 mit dem Ziel verabschiedet, diesen Bereich zu regulieren, der bis dahin in einer gesetzlichen Grauzone erfolgte und meist von Frauen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten übernommen wurde. Wichtig ist in dieser Hinsicht jedoch vor allem, dass die Arbeitskräfte offiziell selbstständig sind (und einen Gewerbeschein benötigen), wodurch die 24-Stunden-Betreuung von älteren Menschen in ihren eigenen vier Wänden von verschiedenen Regelungen zum Arbeitsschutz ausgenommen ist, unter anderem vom Mindestlohn, Überstundenregelungen und obligatorischen Pausen sowie anderen Rechten der Arbeitnehmer gegenüber dem Arbeitgeber. Wie überall ersetzte eine staatliche finanzielle Unterstützung der häuslichen Pflege die öffentlichen

19 Die Zahlen beziehen sich auf die geschätzten Arbeitskosten pro Stunde für Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten, ausgenommen sind die Bereiche Landwirtschaft und öffentliche Verwaltung. Siehe https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Wages_and_labour_costs.

20 Vgl. Miloslav Bahna/Martina Sekulová, *Crossborder Care. Lessons from Central Europe*, Cham 2019, S. 31.

21 Vgl. Andrea Kuchyňková/Petra Ezzeddine, „Ještě nepatříme do starého železa“ aneb paradoxy migrace péče z ČR do Rakouska, in: *Gender, rovné příležitosti, výzkum 2/2015*, S. 30–41.

22 Vgl. Bahna/Sekulová (Anm. 20).

Investitionen in den Care-Sektor.²³ Das System stützt sich offen auf eine nationalistische Ideologie und nutzt das innereuropäische Grenzregime, um Care-Migrantinnen von der staatlichen Verantwortung für die gesellschaftliche Reproduktion auszunehmen. So verloren Care-Migrantinnen etwa vor einigen Jahren den Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld, wenn ihre Kinder nicht in Österreich leben. Dabei pendeln sie im Allgemeinen alle zwei Wochen zwischen ihrer Arbeit und ihrer Heimat hin und her und kümmern sich regelmäßig um ihre Kinder, vor allem, wenn sie noch klein sind, und auch, wenn sie in ihrem Herkunftsland bleiben. Die Idee von einem „Europa ohne Grenzen“ wurde nie realisiert. Die Grenzen sind nicht verschwunden, sondern haben eine wichtige Funktion, um die Löhne in der Care-Arbeit niedrig zu halten und den Mangel an Care-Arbeiterinnen und -Arbeitern aufgrund der Widersprüche der sozialen Reproduktion des Spätkapitalismus zu beseitigen.

FAZIT

Die politische Ökonomie der sozialen Reproduktion im globalen Kapitalismus erfordert Grenzen, aber auch deren selektive Öffnung. Sie benötigt Grenzen, die durchlässig und im Verschwinden begriffen, aber zugleich konkret sind und bestimmte Gruppen ausschließen. Angesichts der gegenwärtigen globalen Machthierarchien und der strukturell ungleichen Einbeziehung der Makroregionen in den globalen Kapitalismus verstärken und reproduzieren offene Grenzen, sofern keine tief greifenden strukturellen Veränderungen vorgenommen werden, die bestehenden Verwundbarkeiten und die Ausbeutung marginalisierter Migrantinnen und Migranten als verfügbare billige Arbeitskräfte. Die offenen Grenzen innerhalb des europäischen Schengen-Raumes sind Kennzeichen dieser Dynamik, die ins Blickfeld der Öffentlichkeit geriet, als die EU-Binnengrenzen abrupt geschlossen wurden, um die Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus zu verhindern. Infolge der Anti-Corona-Maßnahmen fehlten in den reicheren EU-Ländern Care-Arbeiterinnen, aber auch

²³ Vgl. Brigitte Aulenbacher/Fabienne Décieux/Birgit Riegaf, *The Economic Shift and Beyond: Care as a Contested Terrain in Contemporary Capitalism*, in: *Current Sociology Monograph* 4/2018, S. 517–530.

saisonale Erntehelfer, die überwiegend aus mittel- und osteuropäischen Ländern kommen. Dadurch wurde der Mechanismus offengelegt, bei dem Freizügigkeit als Mittel fungiert, um die Mobilität der pendelnden Migrantinnen und Migranten auszunutzen, die Löhne zu drücken und mehr Profit zu erzielen.

Die europäischen Gewerkschaften, die Arbeitskräfte im Care-Sektor vertreten, nutzten die Situation in der Pandemie, um auf die prekären Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhne der migrantischen Care-Arbeiterinnen und Hausangestellten hinzuweisen.²⁴ Die Pandemie machte die gelebte Realität des Widerspruchs in der sozialen Reproduktion im globalen Kapitalismus deutlich, zeigte aber auch, dass die derzeitige gesellschaftliche Organisation von Care in Europa nicht tragbar ist. Die transnationale privatisierte Care wird nur auf Kosten derjenigen erschwinglich, die diese erbringen. Aber wenn faire Löhne gezahlt würden, könnten sich dann diejenigen, die Care-Leistungen benötigen, diese im derzeitigen Wirtschaftssystem überhaupt noch leisten?

Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen könnte den Care-Migrantinnen in ihrer jetzigen Lage helfen, sie wird jedoch nichts an den Ursachen des Widerspruchs der sozialen Reproduktion im globalen Kapitalismus ändern. Dazu wären tief greifende Veränderungen erforderlich, die die soziale Reproduktion in den Vordergrund stellen. Dann würden sich auch der Kontext und die Auswirkungen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ändern, bei der die meisten Frauen in den heutigen spätkapitalistischen (westlichen) Gesellschaften nach wie vor im Nachteil sind. Im

²⁴ Vgl. Euro Carers, *Can Europe Afford to Leave Informal Carers on Their Own at the Forefront of the Coronavirus Battle?*, 14. 5. 2020, <https://eurocarers.org/can-europe-afford-to-leave-informal-carers-on-their-own-at-the-forefront-of-the-coronavirus-battle>; EFFAT/EFFE/EFSI/UNI-Europa, *Joint Statement on the COVID-19 Pandemic in Personal and Household Services (PHS)*, 1. 4. 2020, www.uni-europa.org/wp-content/uploads/2020/04/EFFAT-EFFE-EFSI-UNI-Europa-Joint-Statement-COVID-19-Pandemic-in-PHS-EN.pdf.

²⁵ Vgl. z. B. Caitlin McLean/Ailsa McKay, *Beyond Care: Expanding the Feminist Debate on Universal Basic Income*, WiSe Research Centre, WiSe Working Paper 1/2015; Zuzana Uhde, *Caring Revolutionary Transformation: Combined Effects of a Universal Basic Income and a Public Model of Care*, 13. 12. 2018, www.degruyter.com/view/journals/bis/13/2/article-20170019.xml?tab_body=pdf-78589; Weeks (Anm. 7); Almaz Zelleke, *Feminist Political Theory and the Argument for an Unconditional Basic Income*, in: *Policy & Politics* 1/2011, S. 27–42.

Zusammenhang mit diesen Veränderungen müssen zwei institutionalisierte Voraussetzungen der spätkapitalistischen Gesellschaft angegangen werden. Zum einen muss das begrenzte Verständnis von sinnvoller Arbeit als bezahlter Beschäftigung und ihrer zentralen Bedeutung für unser Leben infrage gestellt werden. Zum anderen muss das (neo)liberale Ideal des in der spätkapitalistischen Gesellschaft vorherrschenden atomisierten Individualismus hinterfragt werden, der die kollektive Verpflichtung ignoriert, sich um unsere Mitmenschen zu kümmern. Wenn man gegen die Vorstellung angeht, nur bezahlte Arbeit sei eine sinnvolle Betätigung, ändert man auch die Auswirkungen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung auf das Leben der Frauen von heute. Es gibt die These, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen, das das finanzielle Einkommen von der bezahlten Beschäftigung abkoppelt, unter bestimmten Bedingungen die Ausrichtung auf die Lohnarbeit in unserer Gesellschaft abschwächen und so unsere Vorstellung von einer sinnvollen Betätigung erweitern könnte.²⁵ Andererseits

würde auch eine breite öffentliche Unterstützung und vollständige Bereitstellung von Care-Leistungen (Altenpflege, Kinderbetreuung) das individualisierte Verständnis der Care-Verantwortung infrage stellen und den institutionellen Kontext ändern, in dem die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung besteht, weil dadurch die Verantwortung zwischen privater und öffentlicher Sphäre umverteilt werden würde. In jedem Fall gilt es, die Logik und die Grundlagen des heutigen sozioökonomischen Systems zu hinterfragen, um Care-Arbeit die Anerkennung zukommen zu lassen, die sie verdient.

Übersetzung aus dem Englischen: Heike Schlatterer, Pforzheim.

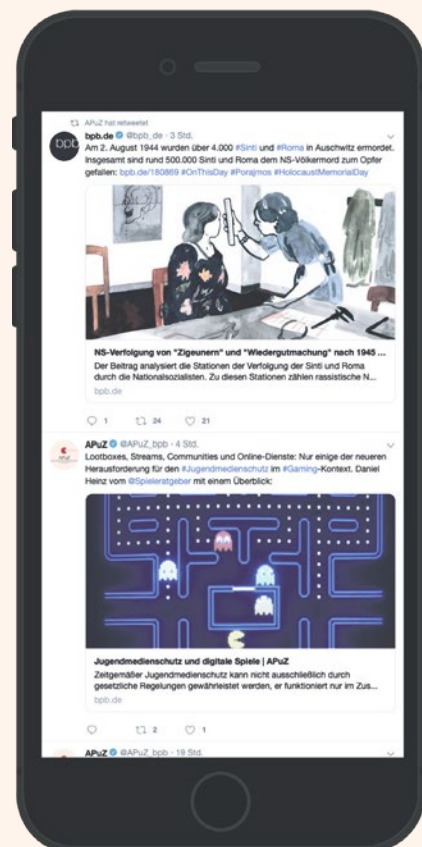
ZUZANA UHDE

ist promovierte Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik in Prag.

zuzana.uhde@soc.cas.cz

Immer informiert.

Bestellen Sie unseren APuZ-Newsletter oder folgen Sie uns bei Twitter!



HAUSARBEIT ALS NEBENWIDERSPRUCH?

Die internationale „Lohn für Hausarbeit“-Debatte der 1970er Jahre in der Bundesrepublik

Kerstin Wolff

„Man kommt sich auf dem Gebiet der Frauenfrage immer wie ein Wiederkäuer vor“, soll einmal die Feministin Hedwig Dohm (1831–1919) geschrieben haben. Diese Wahrnehmung trifft auch zu, wenn es um die Frage geht, welchen Stellenwert die heute sogenannte Care-Arbeit in unserer Gesellschaft einnehmen soll und wie diese geschlechtergerecht verteilt werden könnte. Was eine so ungemein aktuelle Fragestellung zu sein scheint, ist ein Problem, das bereits im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts innerhalb der Frauenbewegung besprochen wurde. Auch in den 1970er Jahren diskutierte die neu belebte, autonome und international aufgestellte Frauenbewegung die Frage nach dem Stellenwert der unbezahlten Hausarbeit und über die damit verbundene Verteilung von Arbeit, aber auch Macht und Einfluss in der Gesellschaft.

Im Folgenden stelle ich die internationale „Lohn für Hausarbeit“-Debatte der 1970er Jahre vor allem in der Bundesrepublik Deutschland vor und frage, welche gesellschaftlichen Debatten sich hier kreuzten und beeinflussten. In der DDR gab es auch einen Kampf um eine bezahlte Hausarbeit und durchaus mit Erfolg. Allerdings gestaltete sich dieser grundsätzlich anders als in der Bundesrepublik, wo er als feministische Aktion organisiert wurde. In der DDR wurde 1952, als der sogenannte Hausarbeitstag gesetzlich vereinheitlicht wurde, dieser Tag den alleinstehenden Frauen ohne Kinder aberkannt. Dies führte, wie die Historikerin Carola Sachse in einer Studie herausarbeiten konnte, zu anhaltenden Protesten, die in den 1960er Jahren auch Früchte trugen. Erst durch betriebliche Regelungen, dann durch Betriebskollektivverträge wurde der Kreis der Frauen (und ganz weniger Männer), die einen Anspruch auf einen bezahlten Hausarbeitstag pro Monat hatten, immer weiter ausgedehnt. „Schließlich wurden diese Erweiterungen 1977 im

neuen Arbeitsgesetzbuch festgeschrieben, ohne daß jedoch ein genereller Anspruch aller Frauen je anerkannt worden wäre. (...) Bis 1991 war der Hausarbeitstag in der DDR bzw. zunächst auch noch in den neuen Bundesländern eine selbstverständliche Praxis.“⁰¹ Auch wenn dies einen Lohn für Hausarbeit nicht ersetzen konnte, war – so meine These – die staatliche Anerkennung der Leistung der Hausfrauen durch einen bezahlten Hausarbeitstag gepaart mit der selbstverständlichen Einbindung aller Frauen in den Erwerbsmarkt so prägend, dass die Kampagne „Lohn für Hausarbeit“ in der DDR nicht greifen konnte.

VORLÄUFER*INNEN UND GRUNDLAGEN

Die Historikerin Mareen Heying hat darauf hingewiesen, dass eine Debatte um den Stellenwert von Hausarbeit bereits vor den 1970er Jahren einsetzte. Als eine der Grundlagen hat sie die Schrift „Der Platz einer Frau“ identifiziert, 1953 von einer US-amerikanischen Frauengruppe anonym publiziert.⁰² 1972 erschien diese Schrift zusammen mit einem italienischen Manifest unter dem Titel „Women and the Subversion of Community“, hauptsächlich verfasst von der Italienerin Mariarosa Dalla Costa und der Engländerin Selma James, die nun für den US-amerikanischen Text von 1953 verantwortlich zeichnete.

Dalla Costa, geboren 1943 in Treviso, kam aus dem Arbeiterstand und war jahrelang in der italienischen Arbeiterbewegung (Operatismo) aktiv gewesen, bevor sie 1971 die Ideen der Arbeiterbewegung mit denen der Neuen Frauenbewegung verband. 1972 gründete sie mit anderen Mitstreiterinnen in Padua das International Feminist Collective (IFC), ein Netzwerk feministischer Gruppen, das die Basis für die internationale Kampagne „Wages for Housework“ darstellte.⁰³

Die meisten Teilnehmerinnen kamen damals aus Italien, es waren aber auch englische, französische und US-amerikanische Aktivistinnen dabei. Für die Notting Hill Group of the London Women's Liberation Workshop war dies Selma James, langjährige Kämpferin gegen Kolonialismus, und für die US-amerikanische Bewegung die gebürtige Italienerin Silvia Federici, die in die USA ausgewandert war und nun Mitglied des Women's Bail Fund in New York war. Als Gründungsmanifest und Grundlagentext der internationalen Kampagne diente „Die Macht der Frauen und der gesellschaftliche Umsturz“ (so der Titel der englischen Ausgabe in der deutschen Übersetzung).

In den USA hatte Silvia Federici die Schriften von Dalla Costa bereits gelesen und fand hier – wie sie selbst schrieb – endlich ihre politische und aktivistische Heimat. „At the last page, I knew that I had found my home, my tribe and my own self, as a woman and a feminist.“⁰⁴ Nach ihrer Rückkehr aus Padua in die USA unterbrach sie die Arbeiten an ihrer Doktorarbeit und konzentrierte sich auf die Gründung von „Wages for Housework“-Gruppen und organisierte 1973 die ausgesprochen erfolgreiche Vortragstour von Dalla Costa und James in den USA und Kanada. Daraufhin entstanden die ersten US-amerikanischen Gruppen und eine kanadische Gruppe in Toronto. Die meisten US-amerikanischen Gruppen gründeten sich allerdings erst zwei Jahre später, 1975, in Boston, Chicago, New Orleans, Oberlin, Los Angeles und San Francisco. Die einzige Forscherin, die sich bisher explizit mit den „Lohn für Hausarbeit“-Gruppen beschäftigt hat, die Kanadierin Louise Toupin, kommt bei der Frage nach der Internationalität der Kampagne zu folgendem Schluss: „The label ‚Internationale‘ may seem a bit overstated, (...) and especially because the IFC never attained the scope of a mass movement, as its membership remained relatively small throughout its existence. The label may also seem exaggerated given the outcry raised in the women's movement by its central demand, which was far from unanimously accep-

ted internationally.“⁰⁵ Trotzdem sei es gerechtfertigt – so Toupin – von einer internationalen Bewegung zu sprechen, denn alle Gruppen starteten von der gleichen Idee aus und organisierten (nationale) feministische Aktionen in Bezug auf internationale Gruppen.

In der Bundesrepublik war es die Historikerin Gisela Bock, die die deutsche Debatte neben Barbara Duden und Alice Schwarzer prägen sollte. Bock lebte zum damaligen Zeitpunkt viel in Italien und übersetzte die Texte von Dalla Costa und James ins Deutsche. Diese Schrift markiert auch hier den Beginn der Kampagne und gilt – da schon lange vergriffen – als „vergessener Klassiker“ der Neuen Frauenbewegung.⁰⁶ „Auch in der deutschen Frauenbewegung“, sagt Bock selbst, „wurde er [der Text] viel gelesen, und in dem 1973 gegründeten Berliner Frauenzentrum, in dem ich damals aktiv war, wurde von Anfang an darüber und über die Perspektive Lohn für Hausarbeit diskutiert.“⁰⁷

Entstanden war das italienische Manifest, ebenso wie der Text von Selma James, als feministische Intervention der Marxschen Klassenanalyse. In dieser wurde bekanntlich der Hauptwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeiter und Fabrikbesitzer gesehen. Welche Rolle spielten aber Frauen in dieser Analyse? Welche Rolle die von ihnen verrichtete unbezahlte Hausarbeit?

Die linken Theoretiker waren sich hier einig: Die Geschlechterfrage war lediglich ein Nebenwiderspruch, der sich „automatisch“ in einer sozialistischen – dann auch geschlechtergerechten – Gesellschaft lösen würde. „Themen wie Gewalt in der Familie, Sexismus, Hausarbeit und andere zentrale Unterdrückungsstrukturen wurden (...) in der traditionellen Linken, wenn überhaupt, nur als Randthema behandelt und insgesamt als ‚Nebenwiderspruch‘ entwertet.“⁰⁸ Frauen und ihre innerhäuslichen Arbeiten, die geschlechtlichen Grundstrukturen der Familien – auch der proletarischen – waren und blieben damit unsichtbar; die Hausfrau verschwand als Akteurin von Geschichte und Gegenwart. Unter diesen Voraussetzungen wurde es für viele linke Femi-

01 Carola Sachse, *Der Hausarbeitstag. Gerechtigkeit und Gleichberechtigung in Ost und West 1939–1994*, Göttingen 2002, S. 19.

02 Mareen Heying, *Lohn für Hausarbeit*, in: *Wir Frauen* 2/2020, <https://wirfrauen.de/lohn-fuer-hausarbeit>.

03 Louise Toupin, *Wages for Housework: A History of an International Feminist Movement*, London 2018, S. 83.

04 Ebd., S. 88.

05 Ebd., S. 98.

06 Käthe Knittler, *Startschuss für die „Hausarbeitsdebatte“*, in: *Marxistischer Feminismus* 34/2015, <https://kritisch-lesen.de/c/1253>.

07 Scharfsinn und Provokation – Kontinuität und Diskontinuität. Ein Interview mit Gisela Bock, o.D., <http://schirmmacherproject.univie.ac.at/die-vielen-biographien-der-kaethe-schirmmacher/statements/gisela-bock..>

08 Knittler (Anm. 6).

nistinnen immer schwieriger, die geschlechtsblinden Antworten der linken Theorien zu akzeptieren und die frauenfeindlichen Strukturen in den von Männern dominierten Gruppen mitzutragen.

In Westdeutschland zeigte sich dies exemplarisch im linken Studentenverband SDS. Dieser, der sich selbst als linke Avantgarde begriff, sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung aussprach und die Emanzipation der Arbeiterklasse forderte, war nicht bereit, über seine eigenen frauenfeindlichen Strukturen zu reflektieren. Hier war es Helke Sander, die mit ihrer berühmten Rede auf dem SDS-Kongress in Frankfurt am Main im September 1968 auf diese Diskrepanz aufmerksam machte. Sie wies die eigenen Genossen darauf hin, dass auch sie „die spezifische Ausbeutung der Frauen im privaten Bereich“ missachteten. „Sie bezeichnete den SDS als ‚ein Spiegelbild gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse‘, als eine Organisation, die bestimmte Bereiche des Lebens vom gesellschaftlichen abtrenne und tabuisiere, indem sie ihnen das Etikett ‚Privatleben‘ gebe.“⁰⁹ Damit war eine der wichtigsten Denkfiguren und ein zentraler Slogan der sich bildenden Neuen Frauenbewegung geschaffen: „Das Private ist politisch“ – die Frage der unbezahlten Hausarbeit wurde damit denk- und analysierbar, und es wurde deutlich, dass diese den Kapitalismus entscheidend stützt.

Darauf verweist auch das Manifest von Dalla Costa, die ihr Werk als Versuch sieht „die ‚Frauenfrage‘ im Gesamtzusammenhang der ‚Rolle der Frau‘, wie sie durch die kapitalistische Arbeitsteilung geschaffen wurde, zu definieren und zu analysieren“. Dabei macht sie die Hausarbeit als das alle Frauen miteinander verbindende gesellschaftliche Band aus und formuliert gleich zu Beginn: „Im folgenden [sic] setzen wir die Hausfrau als die zentrale Gestalt dieser Rolle der Frau an erste Stelle. Wir gehen davon aus, daß alle Frauen Hausfrauen sind; sogar diejenigen, die außerhalb des Hauses arbeiten, bleiben Hausfrauen.“¹⁰ Bereits hier wird deutlich, wie breit und inklusiv Hausarbeit gedacht wurde. Es ging darum, „alle“

⁰⁹ Gisela Notz, Warum flogen die Tomaten? Frauenbewegung und Studentenbewegung, in: Graswurzel Revolution 1/2008, www.graswurzel.net/gwr/2008/05/warum-flogen-die-tomaten.

¹⁰ Mariarosa Dalla Costa, Die [Macht der] Frauen und der Umsturz der Gesellschaft, www.fau-mannheim.de/wordpress/wp-content/uploads/2015/01/dallacostadiefrauenundderumsturzdergesellschaft.pdf. Alle weiteren Zitate ebd.; die Seitenzahlen der Zitate sind in Klammern im Text nachgewiesen.

Frauen mitzunehmen, um eine Solidarisierung von Frauen, die ansonsten vom patriarchalen System getrennt werden – Ehefrauen und Huren oder Schwarze und Weiße, Heteras und Lesben.¹¹

Für Dalla Costa war unbezahlte Hausarbeit ein Grundpfeiler des Kapitalismus, wobei sie die generelle Unterdrückung von Frauen nicht als Folge des Kapitalismus beschrieb. „Die Unterdrückung der Frau begann keineswegs mit dem Kapitalismus. Was mit dem Kapitalismus begann, war die noch intensivere Ausbeutung der Frauen als Frauen.“ (S. 3) Dies hänge damit zusammen, dass der „freie Lohnarbeiter“ entstand und Frauen und Kinder aus dem System der Lohnarbeit ausgeschlossen wurden, was ihnen verwehrte, am politischen Kampf teilzunehmen, und es unter diesen Gruppen zu einer Entsolidarisierung kam. „In dem Maß, in dem das Kapital den Mann sich untergeordnet und zum Lohnarbeiter gemacht hat, hat es eine Kluft zwischen ihm und allen anderen Proletariern, die keinen Lohn empfangen, geschaffen, die, weil sie nicht direkt an der gesellschaftlichen Produktion teilnehmen, für unfähig gehalten wurden, Subjekte der gesellschaftlichen Revolte zu sein.“ (S. 7) Da aber durch Marx der (männliche) Lohnarbeiter und seine Ausbeutung als Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft beschrieben worden war, wird deutlich, dass die nicht lohnabhängig außerhalb beschäftigte Hausfrau nicht in das System hineinpasst. Deshalb versuchten sozialistische und sozialdemokratische Bewegungen, Frauen in diesen auf Lohn basierenden Mechanismus zu integrieren, um sie damit als Genossinnen im Kampf gegen die Ausbeutung einzuspannen zu können.

Was die Bewegungen allerdings Dalla Costa zufolge nicht erkannten, war, „daß gerade durch den Lohn [des männlichen Arbeiters] die Ausbeutung der Nicht-Lohnarbeiter organisiert wird. Diese Form der Ausbeutung war noch effektiver, weil das Fehlen eines Lohns sie verschleierte, mystifizierte.“ (S. 7) So entstand im Kapitalismus die Kleinfamilie, innerhalb der es zur Abhängigkeit von Frau und Kindern vom lohnabhängigen Mann kam. Die Ausbeutung von Frauen und vor allem die Notwendigkeit ihrer unbezahlten Arbeit, um das kapitalistisch-patriarchale System weiter am Laufen zu halten, hatte Marx versäumt zu analysieren. „Mit andern Worten: der, der die Ausbeutung der Frauen in der vergesellschafteten

¹¹ Siehe auch Toupin (Anm. 3).

Produktion exakt zu bestimmen vermochte, hat nicht ebenso klar die Ausbeutungssituation der Frau im Haus erfaßt.“ (S. 11) Dadurch konnte er nicht erkennen (und auch nicht die Theorien, die auf seinen Gedanken aufbauten), dass die unbezahlte Hausarbeit „über die Produktion reiner Gebrauchswerte hinaus eine wesentliche Funktion in der Produktion des Mehrwerts erfüllt und daß dies für die ganze Rolle der Frau gilt, als Rolle einer auf allen Ebenen – physisch, psychisch und beruflich – untergeordneten Person, die eine genau bestimmte Stellung in der kapitalistischen Arbeitsteilung und in der Durchsetzung der Produktivität auf gesellschaftlicher Ebene gehabt hat und hat.“ Oder um es auf den Punkt zu bringen: Die „unbezahlte Sklaverei [ist die] Grundlage für die Produktivität der Lohnsklaverei“. (S. 12)

Was aber bedeutet das für den Versuch, dies zu verändern? Wie kann es verändert werden, wer kann das wo, und was müssen die Forderungen sein? Für Dalla Costa war klar, dass der Kampf der Hausfrauen ein Teil des Kampfes der Arbeiterbewegung war und auch bleiben musste und dass die Auseinandersetzung (auch) innerhalb der Familien, innerhalb der Partnerschaft stattfinden müsste. Die Hausfrauen sollten das Haus verlassen, aber nicht, um ebenfalls lohnabhängig erwerbstätig zu werden, sondern um Kampfformen zu erproben, „die sofort die gesamte Struktur der Hausarbeit in Frage stellen, durch die wir diese Arbeit unmittelbar verweigern, uns als Hausfrauen verweigern und das Haus als Ghetto unserer Existenz verweigern“. (S. 15) Die Akteurin, die dies schaffen könnte, war die Frauenbewegung, denn in dieser manifestierte sich ein „spezifischer Ausdruck der Fraueninteressen (...). Und als Frauenbewegung müssen wir jeden einzelnen Bereich, wo diese besondere Ausbeutung stattfindet, ausfindig machen, d. h. wir müssen die ganze Besonderheit des Fraueninteresses in den Kampf hineinragen.“ (S. 17)

Interessant ist, dass es nicht primär darum ging, Hausfrauen zu entlohnen oder Frauen zu ermöglichen, sich auch in einer abhängigen Lohnarbeit „zu verwirklichen“. Die Vision war größer: „Die Herausforderung der Frauenbewegung liegt darin, Kampfformen zu finden, die, während sie die Frau vom Haus befreien, auf der einen Seite eine doppelte Knechtschaft der Frau vermeiden und auf der anderen Seite eine weitere Stufe der Kontrolle und Disziplinierung durch das Kapital verhindern. Dies ist für die Frauenbewegung

letztlich die Trennungslinie zwischen Reformismus und revolutionärer Politik“ (S. 27), einer Politik, die eingebunden war in einen antikapitalistischen Kampf der Arbeiterklasse.

„LOHN FÜR HAUSARBEIT“ IN BERLIN

Obwohl die Schrift von Dalla Costa bereits 1973 ins Deutsche übersetzt worden war, dauerte es noch bis 1975, bis die erste „Lohn für Hausarbeit“-Gruppe in Berlin als Teil der internationalen Kampagne entstand.¹² Gisela Bock, die 1974 in den USA gewesen war und hier „Wages for Housework“-Gruppen kennengelernt und auch begonnen hatte, ihre historischen Forschungen zur Entstehung von Hausarbeit im 19. und 20. Jahrhundert zu vervollständigen, rief 1977 in der Märzausgabe der feministischen Zeitschrift „Courage“ zusammen mit der in der Berliner Frauenbewegung aktiven Literaturwissenschaftlerin Pieke Biermann zur Gründung von Gruppen auf. Beide stellten die Forderungen der internationalen Kampagne vor und druckten – zum ersten Mal in Deutschland – das internationale Flugblatt der Kampagne ab.

Im Text der „Courage“ stellten die beiden Autorinnen Hausarbeit als „die Schlüsselindustrie der Gesellschaft“ vor und forderten: „Alle Frauen sollen vom Staat bezahlt werden – das ist das Programm dieser internationalen feministischen Strategie.“¹³ Besonders bemerkenswert ist, dass in den folgenden Texten viele verschiedene Hausfrauen zu Wort kamen, die ihre spezifische Situation beschrieben – als „Nur-Hausfrauen“ oder Berufstätige, als Lesben, Heteras, Verheiratete oder Zusammenlebende, Prostituierte, Ausländerinnen oder Arbeiterfrauen.¹⁴ Alle einte die (unbezahlte) Hausarbeit, weshalb die Forderung klar war: Die Hausarbeit „muss bezahlt werden.“ Dabei ging es nicht primär um die Bezahlung dieser Arbeit, um eine gesellschaftliche Aufwertung zu erreichen, sondern darum, dass sich die gesellschaftliche Realität von Frauen – zwischen Haus- und Erwerbsarbeit hin- und herpendelnd – ändern musste, „denn sonst kann man uns immer,

¹² Vgl. Scharfsinn und Provokation (Anm. 7).

¹³ Pieke Biermann/Gisela Bock, Lohn für Hausarbeit vom Staat für alle Frauen, in: Berliner Frauenzeitung Courage 3/1977, S. 16–19, hier S. 16.

¹⁴ An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass der heute als intersektional bezeichnete Ansatz also keine Erfindung jüngerer Zeit ist.

je nach Konjunktur, zwischen der unterbezahlten Arbeit außer Haus und der unbezahlten Arbeit im Haus hin- und herschieben; denn sonst haben wir keine Möglichkeit freier Wahl oder gar freier Zeit; denn sonst bleiben wir ökonomisch von den Männern abhängig und machen uns gegenseitig Konkurrenz um das bißchen Leichtlohn für Schwerarbeit, die man den Frauen zuweist“.¹⁵

Gisela Bock sieht im Nachhinein sechs grundlegende Argumentationen, die die Theorie und die Praxis der Kampagne deutlich machten. *Erstens*, Frauen, die im Haus tätig seien, besorgten die gesamte Produktions- und Reproduktionsarbeit und zwar weltweit. Diese Fürsorgerätigkeiten seien harte Arbeit, die allerdings in einen ideologischen Rahmen eingebunden seien, der wiederum dafür Sorge, dass diese Tätigkeiten, *zweitens*, unbezahlt blieben. Nur durch diese Nicht-Entlohnung funktioniere das gesellschaftliche System der (geschlechtlichen) Arbeitsteilung und Sorge zusätzlich dafür, dass weibliche Erwerbstätigkeit schlechter entlohnt werden könne als männliche. Ein wichtiger Ansatz war, *drittens*, die globale Perspektive, die sowohl männliche Hausarbeit als auch die Subsistenzwirtschaft im Globalen Süden einschloss. Dazu gehörte, dass, *viertens*, die Aktivistinnen und Autorinnen ihre Analyse als „marxistischen Feminismus“ verstanden, also den Versuch unternahmen, die marxische Gesellschaftsanalyse feministisch zu erneuern, indem sie die unbezahlte Hausarbeit einbezogen. Dies war ein entscheidender Punkt, an dem sich auch heute noch große Debatten entzünden. Denn die marxistisch argumentierende Linke lehnt die Einbeziehung der Hausarbeit in den Kapitalismus bis heute ab. „Hausarbeit ist **keine** Quelle des kapitalistischen Profits“, wurde noch 2017 in einem Artikel im „Spartakist“ festgehalten.¹⁶

Dies sahen die Autorinnen anders, die die unbezahlte Hausarbeit zum Herzen des Kapitalismus erhoben, da nur diese die (Re-)Produktion aller Arbeitskräfte (Männer, Frauen und Kinder) ermögliche. Auf diesen Aspekt macht Bock besonders aufmerksam und sieht hier einen argumentativen Umbruch: „Von der Fabrikagitation, die im Wesentlichen auf Männer zielte, und vom Konzept der Fabrik als Zentrum der Gesell-

schaft, wo jede Reform oder gar Revolution ansetzen müsse, hin zu dem an Frauen orientierten Konzept, dass im Zentrum der Aktivität und des Denkens diejenigen Orte stehen müssen, wo Frauen arbeiten, handeln und denken, also das Haus, die Familie, die städtische Umwelt. Bei Mariarosa (und Selma James) war dieser Bruch aber kein Bruch mit Marx bzw. dem Marxismus: Sie betrachteten sich weiterhin als (authentische) Marxisten“.¹⁷ Aus dieser Analyse ergab sich, *fünftens*, die Forderung nach einem Lohn, allerdings ging es nicht nur um tatsächlich zu vollziehende Geldleistungen, sondern auch um eine „allgemeine wirtschaftliche, soziale und politische Anerkennung der weiblichen Tätigkeit“.¹⁸ Eng damit verbunden war, *sechstens*, die Idee einer radikalen Veränderung der gesellschaftlichen vergeschlechtlichen (Arbeits- und Lebens-)Welten. Letztendlich ging es also nicht um einen „Lohn“, sondern darum, den Kapitalismus mit seinen eigenen Waffen zu schlagen und ihn damit abzuschaffen – oder mindestens zu reformieren.

WIDERSPRUCH AUS KÖLN

Der „Hausfrauenlohn“ war weder damals noch ist er heute unumstritten – auch nicht unter Feministinnen. Lehnten die Linken vor allem die marxistisch-feministische Beschreibung der Hausarbeit als Grundlage der kapitalistischen Produktion ab, wandte sich Alice Schwarzer, die bereits 1973 mit der Veröffentlichung von „Frauenarbeit – Frauenbefreiung“ die unbezahlte Hausarbeit problematisiert hatte, im Mai 1977 in ihrer gerade neu erschienen Zeitschrift „Emma“ mit feministischen Argumenten gegen die „Lohn für Hausarbeit“-Gruppen. Sie argumentierte, dass die Unterdrückung der Frau durch ihre „Zuständigkeit“ für Hausarbeit auch nicht besser werden würde, wenn sie dafür bezahlt würde. „Und für Geld lassen wir uns weiter ‚anmachen‘ und vergewaltigen? (...) Kochen wir weiter für die Herren der Schöpfung zuhause und im Büro den Kaffee? (...) Statt gegen das Hausfrauen-Ghetto (...) und gegen die Vergewaltigung zu kämpfen, statt das zu ändern, sollen wir es dabei belassen und uns nun verkaufen?!“

¹⁵ Biermann/Bock (Anm. 13), S. 18.

¹⁶ Frauen und Revolution. RfOs „Brot und Rosen“ für Frauen an Heim und Herd, in: Spartakist 216/2017, <https://spartacist.org/deutsch/spk/216/frauen.html>. Fettung im Original.

¹⁷ Gisela Bock, Feministische Projekte in Berlin 1974–1978, <https://feministberlin.de/gruenderinnen-der-sommeruni-interview/gisela-bock/#1976>.

¹⁸ Scharfsinn und Provokation (Anm. 7).

Schwarzer schlug stattdessen vor, sich direkt für eine Abschaffung des Hausfrauendaseins einzusetzen. Vier Punkte listete sie auf, die ihrer Meinung nach zu einer wirklichen Veränderung beitragen würden. *Erstens* müsse die selbstverständliche Zuständigkeit von Frauen für Haushalt und Kinder beendet werden; *zweitens* die notwendige Haus- und Erziehungsarbeit durch Mann und Frau zu gleichen Teilen geteilt werden; *drittens* sollten gesellschaftliche Einrichtungen geschaffen werden wie Krippen oder Großküchen, die die individuelle Hausarbeit übernehmen, und *viertens* müsse sich die Natur der Hausarbeit verändern, das heißt, sie müsse „raus aus Isolation und Willkür. (...) Wenn Frauen sich schon ein Herz fassen zu kämpfen, wenn sie schon auf die Straße gehen, dann sollten sie es, meine ich, nicht für halbherzige und irreführende Forderungen tun, die zum Bumerang werden können.“¹⁹

Die Intervention aus Köln konnte nicht unwidersprochen bleiben. Bereits in der Augustnummer der „Courage“ reagierte die Gruppe „Lohn für Hausarbeit, Berlin“ mit einem Offenen Brief. Sie führten die erzwungene Doppelbelastung der Frau an, die zwangsläufig entstehen müsse, wenn jede Frau eine bezahlte außerhäusliche Berufstätigkeit annehmen müsse, zusätzlich zur Hausarbeit. „Das Rezept von A. S. ist aber gerade das Rezept der männerbeherrschten Linken, die, wenn überhaupt, zur Frauenbefreiung nur vorgeschlagen hat: ‚Ab in die Produktion!‘ (...) Wir lehnen jede ‚Alternative‘ ab, bei der wir an eigenes Geld nur um den Preis von Mehrarbeit kommen.“ Die Gegenvorschläge, die Schwarzer in ihrem Artikel gemacht hatte, waren für die Berlinerinnen „Augenwischerei: denn wie kommen Männer dazu, die Hälfte der Arbeit zu übernehmen?“²⁰

Bei einem direkten Vergleich der beiden Positionen wird deutlich, dass Schwarzer pragmatischer auf Hausarbeit blickte und die Situation von individuellen Hausfrauen vor Augen hatte. Sie argumentierte nicht aus einer linken, marxistischen Theorietradition heraus und stellte auch nicht die Systemfrage. Ihr ging es nicht um die Veränderung des Kapitalismus, ihr Fokus lag auf der individuellen Befreiung von Frauen, die sie nur in einer eigenen finanziellen Unabhängigkeit sah.

Die Berlinerinnen wiederum versuchten nicht nur die Hausarbeit als individuelle Frauenarbeit zu verändern, sie versuchten das hinter dieser Arbeit steckende kapitalistische System zu reformieren. Es ging nicht um einen individuellen Weg einer einzelnen Hausfrau, sondern darum, für alle Frauen einen Weg zu finden, sich in die Gesellschaft als Hausfrauen einzuschreiben. Die Berlinerinnen kämpften also für die Anerkennung einer von allen Frauen geleisteten Arbeit, einer Arbeit, die nur Frauen verrichteten – bemühten also einen Differenzansatz, der alle Frauen miteinander einte. „Lohn für Hausarbeit ist die einzige Forderung der Frauenbewegung, die an der gemeinsamen Situation aller Frauen ansetzt, ob alleinstehend oder Mutter oder verheiratet, ob Lesbe oder Prostituierte, schwarz oder weiß, eingewandert oder einheimisch.“²¹ Alice Schwarzer hingegen setzte sich dafür ein, dass sich Frauen als Gleiche in die Gesellschaft einschrieben, in dem sie ihre differenten Lebensentwürfe (Hausfrau sein) hinter sich lassen sollten: „Hausfrau bleibt Hausfrau. Ein Taschengeld wäre nur eine dünne Vergoldung dieses Frauenschicksals in einer Männergesellschaft, in der Hausfrausein nicht frei gewählt, sondern erzwungen ist und ausschließlich Frauen vorbehalten bleibt.“²²

Dass das Thema der unbezahlten Hausfrauenerbeit in dieser Zeit breit und sehr kontrovers diskutiert wurde, zeigt auch der Umstand, dass die Rolle der (un)bezahlten Arbeitskraft von Frauen zum Thema der 2. Berliner Sommeruniversität für Frauen 1977 wurde. Hier prallten noch einmal die verschiedenen Positionen aufeinander. Der Sozialistische Frauenbund sprach sich vehement gegen einen Lohn für Hausarbeit aus, weil damit sowohl die Zuständigkeit der Frau für diesen Arbeitsbereich festgeschrieben werden würde, als auch der Staat aus seiner Verpflichtung entlassen werden würde, sich um eine sinnvolle Rahmung der Reproduktion der Gesellschaft – etwa durch den Bau von neuen Kindergärten – zu kümmern. Stattdessen forderten sie die Einbeziehung von Frauen in den gesellschaftlichen Produktionsprozess.²³

²¹ Ebd., S. 39.

²² Schwarzer (Anm. 19), S. 3.

²³ Vgl. Wir wollen keinen Lohn für die Hausarbeit, in: Frauen als bezahlte und unbezahlte Arbeitskräfte. Beiträge zur 2. Berliner Sommeruniversität für Frauen – Oktober 1977, Berlin 1978, S. 129–140.

¹⁹ Alice Schwarzer, Hausfrauenlohn?, in: Emma 5/1977, S. 3.

²⁰ Lohn für Hausarbeit. Offener Brief an Alice, in: Berliner Frauenzeitung Courage 8/1977, S. 38f.

Gisela Bock erklärte noch einmal die „Lohn für Hausarbeit“-Debatte als feministische Strategie, indem sie klar machte, dass diese Forderung aus der Ablehnung des Konzeptes der Linken – Einbeziehung der Frauen in die Produktion – und des staatlichen Handelns – Frauen als Arbeitskraftreserve zwischen Krise und Konjunktur – entstanden war. Es gehe eben nicht darum, Hausfrauenarbeit als Arbeit für Frauen festzuschreiben, sondern darum, diese als Arbeit sichtbar zu machen und durch die Verweigerung dieser Arbeit ihren zentralen Stellenwert im kapitalistischen System deutlich zu machen.²⁴

WARUM ENDETE DIE „LOHN FÜR HAUSARBEIT“- DEBATTE?

Die (internationale) Kampagne erreichte zwischen den Jahren 1974 und 1976 einen Höhepunkt, geriet 1977 in eine Krise und löste sich 1978 schließlich auf. Gisela Bock führt das Ende darauf zurück, dass sich nicht auf eine gemeinsame Perspektive geeinigt werden konnte. Ging es in der Kampagne darum, das zugrundeliegende gesellschaftliche Muster zu entdecken und dies als ein Mittel für eine breite Mobilisierung zu nutzen, die „zahlreiche Einzelforderungen einschloss, die auch von der umfassenderen feministischen Bewegung aufgestellt wurden“, oder müsste es um den wahrhaftigen Kampf um Entlohnung gehen?²⁵ Barbara Duden analysierte im Nachhinein sehr pragmatisch: „Die Forderung politisch durchzusetzen, erwies sich, jedenfalls in Deutschland, als utopisch.“²⁶

Trotz der Auflösung der „Lohn für Hausarbeit“-Gruppen zieht Toupin ein positives Fazit dieses Engagements. Zum ersten Mal sei Hausarbeit politisiert und in einen historischen Zusammenhang gestellt worden. Sie konnte als etwas „Gemachtes“ erkannt – entdeckt – werden.

Hausarbeit in dieser Art zu denken, bedeutete „attacking the system of domination of gender relations, class relationism and wage relations“.²⁷ Auch Barbara Duden sieht im Nachhinein den großen Tabubruch und die Politisierung von Hausarbeit, an der sie in den 1970er Jahren einen nicht unwesentlichen Anteil hatte. „Zeitgeschichtlich stand unser Vortrag am Scheitelpunkt einer Wende, die erst im Rückblick erkennbar ist,“ so Duden. „Rückblickend lässt sich zudem erkennen, dass der Umbau vom fordistischen Industriesystem, das auf dem Ehepaar und der unbezahlten Hausarbeit der Frau in der Familie basierte, zum ‚one-adult-worker-model‘ bereits in Gang war, als wir den Aufsatz schrieben.“²⁸ Heute sind wir in diesem Modell mit all seinen Konsequenzen angekommen. Der Haushalt wird von Personen geführt, die noch einem außerhäuslichen entlohnten Beruf nachgehen, Menschen mit Kindern müssen eine eigenständige Existenzsicherung durch Lohnarbeit aufbauen, und „haushaltsnahe Dienstleistungen“ werden als bezahlte Lohnarbeit angeboten oder von migrantischen Frauen über Minijobs erledigt. Duden fordert deshalb: „Die Debatte um die Hausarbeit müsste neu beginnen. Ebenso müsste die Soziogenese des blinden Flecks genau untersucht werden, in deren Verlauf die Hausarbeit, die unbezahlte Arbeit der Frauen, in den letzten Jahrzehnten unsichtbar wurde – auch die Heraufkunft des blinden Flecks in unserem eigenen Blick auf die Gesellschaft. Wieso und seit wann sprechen wir von ‚Care‘ und nicht mehr von unbezahlter Hausarbeit? Wieso sehen wir deren industriegesellschaftliche Bedeutung nicht mehr – während sie von Sozialplanern berechnet wird, die die Kommerzialisierung und ‚De-Familiarisierung‘ dieses Sektors propagieren?“²⁹

²⁴ Vgl. Gisela Bock, Lohn für Hausarbeit – Frauenkämpfe und feministische Strategie, in: Frauen als bezahlte und unbezahlte Arbeitskräfte (Anm. 23), S. 206–214, hier S. 209.

²⁵ Scharfsinn und Provokation (Anm. 7).

²⁶ Barbara Duden, Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Ein Rückblick, in: Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik 30/2009, zit. nach www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psdis013.html.

²⁷ Toupin (Anm. 3), S. 213.

²⁸ Duden (Anm. 26).

²⁹ Ebd.

KERSTIN WOLFF

ist promovierte Historikerin und arbeitet am Forschungsinstitut und Dokumentationszentrum des Archivs der deutschen Frauenbewegung (AddF).
wolff@addf-kassel.de

SOZIALE FRAGE, SOZIALARBEIT UND FRAUENBEWEGUNG (1800–1960)

Sylvia Schraut

„Wir fühlen die Aufforderung in uns, unsere Nebenmenschen von Übeln zu befreien, aus welchen sie allein sich nicht helfen können, wir geben oft dadurch Familien Einen der Ihrigen wieder; wir setzen dadurch oft Menschen in den Stand, die Mittel zu ihrer und der Ihrigen Ernährung zu erwerben, mit welcher sie sonst ihrer Gemeinde zur Last fallen würden, wir erhalten oft dadurch der Gemeinde und dem Staate nützliche Mitglieder, die ohne unser Zutun ihrem Elende erliegen würden; und endlich verhüten, oder vermindern wir wenigstens, durch dieselbe Verbreitung ansteckender Krankheiten.“⁰¹

Mit seiner Mischung aus bürgerlichem Sozialpathos und pragmatischer Kosten-Nutzen-Rechnung veranschaulicht dieses Zitat zur Rechtfertigung der Armen-Krankenpflege Berlins im Jahr 1820 eine der zentralen Problemlagen des 19. Jahrhunderts: Wie mit der wachsenden Zahl Armer, Kranker und Hilfsbedürftiger umgehen, die nicht (mehr) mit familiärer Unterstützung rechnen konnten? Diese auch nur notdürftig zu versorgen, brachte die traditionelle kirchliche Nächstenliebe an ihre Grenzen. Angesichts von beginnender und im Laufe des 19. Jahrhunderts sich entfaltender Industrialisierung und Urbanisierung waren auch die Kommunen zunehmend damit überfordert, „ihre“ Armen und Hilfsbedürftigen zu unterstützen. Soziale Leistungen für die zugezogenen, nicht aus der Gemeinde stammenden Ortsfremden verweigerten sie ohnehin. Zugleich waren die deutschen Fürsten in ihren Herrschaftsgebieten darum bemüht, Rechts-, Verwaltungs- und Bildungssysteme zu vereinheitlichen und zu modernisieren. „Die“ Staatsbürger*in vor Augen wandte sich die staatliche Aufmerksamkeit mehr und mehr dem Sozialwesen zu. Doch die materiellen Ressourcen der sich entfaltenden modernen Staaten reichten nicht dazu aus, „die“ Staatsbürger*in im Krisenfall zu versorgen. Wie also den sozialen Problemen Herr werden? Seit

den 1830er Jahren debattierte eine aufgeklärte bürgerliche Öffentlichkeit intensiv über Pauperismus und die Verelendung breiter Bevölkerungskreise. Zum bürgerlichen Selbstverständnis gehörte öffentliches Engagement in Wohlfahrtsfragen schlichtweg dazu.

KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG UND DIE ENTFALTUNG DES ÖFFENTLICHEN SOZIALWESENS

Als Dreh- und Angelpunkt des Wohlfahrtsproblems erwies sich die Frage, welche kommunale oder staatliche Instanz im Falle von Krankheit und Hilfsbedürftigkeit für die Unterstützung der Betroffenen zuständig sei. Traditionell und bis ins 19. Jahrhundert hineinreichend, war die Armenversorgung durch ein Mischsystem von kommunaler und kirchlicher Fürsorge gewährleistet worden. Wie beim Bürgerrecht und in der gemeindlichen Selbstverwaltung gestalteten sich die Rechtsverhältnisse in den einzelnen Staaten des Deutschen Bundes jedoch äußerst unterschiedlich. In Bayern beispielsweise herrschte nahezu bis zum Ende des 19. Jahrhunderts das Heimatrecht. Ortsfremde Hilfsbedürftige wurden in ihre Herkunftsgemeinde zurückgeführt. Auch in anderen Staaten, so in Württemberg oder Sachsen, galt bis 1870 das Heimatrecht. In Preußen und auch in Baden versuchte der Staat zunehmend, die Kommunen für die Armen- und Krankenversorgung aller Einwohner*innen verantwortlich zu machen. Das preußische Gesetz über den Unterstützungswohnsitz führte nach 1842 zu entsprechenden Regelungen: Es galt als Vorbild für zahlreiche andere Staaten, und es wurde 1871 auf das Deutsche Reich mit Ausnahme Bayerns übertragen. Das Recht, von der Wohngemeinde Unterstützung zu erhalten, galt nach der Gesetzeslage Preußens und später des Reichs freilich erst nach zweijährigem ununterbrochenem Aufenthalt in der Wohngemeinde. Die Reichweite des

Gesetzes sollte daher nicht überschätzt werden. Gerade die große Masse der in der Industrialisierung von Stadt zu Stadt wandernden Arbeitssuchenden blieb nach wie vor aus dem Unterstützungsrecht ausgeschlossen.

Jenseits der staatlichen Rechtslage lag es über das gesamte 19. Jahrhundert hinweg im Bestreben der Städte, die Kosten für das Sozialwesen gering zu halten. Dies schien möglich, indem man die kommunale Hilfe zu begrenzen versuchte und die Zahl der Unterstützungsberechtigten möglichst klein hielt. Eine Fülle theoretischer Erörterungen über Armutslagen und mögliche Hilfsmaßnahmen wurde bereits in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts publiziert. Auf welche Weise sollten Bedürftige unterstützt werden? Welcher Einwohnerkreis sollte über das Ausmaß der Sozialleistungen und die Größe des betroffenen Personenkreises entscheiden? Die Antworten vor Ort belegen, wie eng städtisches Bürgerrecht, kommunales Wahlrecht und die Zusammensetzung der städtischen Führungseliten mit der Ausgestaltung der öffentlichen Sozialsysteme verwoben waren. Dies lässt sich zum Beispiel am Sozialwesen in Hamburg, Mannheim und München veranschaulichen.

In der alten Hansestadt Hamburg regierten bis 1860 die Senatsmitglieder auf Lebenszeit, und sie kooptierten sich neue Mitglieder aus dem Handels- und Besitzbürgertum, ohne ein diesbezügliches Mitspracherecht der Bürgerschaft.⁰¹ Die Armenkasse begriff sich im Sinne obrigkeitlicher Wohltätigkeit im Krisenfall als weitgehend zuständig für Unterstützungsbedürftige. Schon im ausgehenden 18. Jahrhundert hatte der Senat ein dezentrales System städtisch/staatlicher öffentlicher Armenversorgung installiert. Das neu installierte Armen-Kollegium aus Stadträten und kooptierten Bürgern stand einem Versorgungssystem vor, das die Stadt in überschaubare Bezirke aufteilte und 180 ehrenamtlich tätige Armenpfleger*innen mit der Betreuung der ihnen persönlich bekannten Unterstützungsempfänger*innen beauftragte. Zeitgenössisch galt das vom Hamburger Großbürgertum installierte

System als vorbildhaft und äußerst effizient, und es fand breite Aufmerksamkeit bei den kommunalen Armenbehörden anderer Städte.

Dagegen stand das Armensystem von Mannheim zu Beginn des 19. Jahrhunderts vor dem Ruin.⁰³ Die krisengeschüttelte Stadt war 1802 an Baden gefallen, und der neue Landesherr übernahm in seinem neuen Besitztum auch die Aufgabe der Armenversorgung. Nach der Einführung der badischen Gemeindeordnung von 1831, die die Wohnsitzgemeinde in die Armenversorgung der ortsanwesenden nicht bürgerlichen Einwohner*innen einband, erkämpfte sich der Gemeinderat ein Mitspracherecht. Doch war dieses neue Privileg mit der Pflicht verbunden, das Defizit des Armenhaushalts auszugleichen. Innovativ wurde der nunmehr mitspracheberechtigte Gemeinderat, als er eine Möglichkeit sah, die Kosten der Armenversorgung zu senken. Der Gemeinderat führte für Dienstbot*innen und Gesellen eine öffentliche, von der Dienstherrschaft zu zahlende Krankenkasse ein, die 1842 in eine Zwangsversicherung umgewandelt wurde. Das System bewährte sich offensichtlich. In den 1860er Jahren waren wohl um die 15 bis 20 Prozent der Stadteinwohnerschaft in die kommunale Krankenversicherung integriert.

Innovationsfreudigkeit gehörte während des gesamten 19. Jahrhunderts nicht zu den Merkmalen des Sozialsystems Münchens. In der süddeutschen Metropole fielen eine durch Handel und Gewerbe geprägte Bürgerstadt mit der monarchisch überformten Hauptstadt eines Territoriums zusammen. Der Stadtrat wurde indes von der großen Zahl mittelständischer selbstständiger Gewerbetreibender mit Hausbesitz dominiert. Sie bestimmten die Ausgestaltung des kommunalen Sozialsystems. Anders als im großbürgerlich geführten Hamburg achtete der Münchner Stadtrat peinlichst genau darauf, die Zahl der unterstützungsberechtigten Stadteinwohner*innen möglichst gering zu halten und Ortsfremde im Bedarfsfall nach Hause zu schicken.⁰⁴ Überdies pflegte man bis ins letzte Jahrhundertdrittel hinein, die Kosten über eine gesonderte Mietsteuer umzulegen, die jeden in München Wohnenden,

01 Judas Isaac Fürst, Beiträge zur Verbesserung der Armen- und Krankenpflege mit vorzüglicher Absicht auf die Stadt Berlin, Berlin 1820, S. III.

02 Vgl. Detlev Duda, Die Hamburger Armenfürsorge im 18. und 19. Jahrhundert. Eine soziologisch-historische Untersuchung, Weinheim 1982.

03 Vgl. Martin Krauss, Armenwesen und Gesundheitsfürsorge in Mannheim vor der Industrialisierung 1750–1850/60, Sigma-Ringen 1993.

04 Vgl. Michael Doege, Armut in Preußen und Bayern (1770–1840), München 1991.

sei er nun in der Stadt verbürgert oder nicht, an der Finanzierung des Armenwesens beteiligte, eines Armenwesens, das freilich nur der verbürgerten Einwohnerschaft zugutekam.

ENTFALTUNG DES SOZIALEN VEREINSWESENS

Wenn das Stadtbürgertum sich wie im Münchner Beispiel als Träger öffentlicher Wohlfahrt weitgehend verweigerte, wer kümmerte sich dann um die Hilfsbedürftigen in der Stadt? Die deutliche Ausgrenzung eines Großteils der Einwohner*innen der Städte aus der sozialen Fürsorge öffnete Raum für private soziale Tätigkeit, die nicht nach dem Bürgerrecht der Hilfsbedürftigen fragte. Ein intensiv betriebenes soziales Vereinswesen entwickelte sich in den Großstädten. Neben den konfessionellen Vereinen waren es vor allem konfessionsübergreifende Frauenvereine, die sich der sozialen Hilfstätigkeit annahmten.⁰⁵ Anders als im geselligen Verein konnten hier Frauen generell vollberechtigte Mitglieder werden.

Auch die staatlichen Behörden scheinen in Sachen kommunaler Wohlfahrt im Laufe des 19. Jahrhunderts mehr und mehr auf die private, die Stadtgrenzen sprengende soziale Vereinstätigkeit gesetzt zu haben. Zunehmend stützte man sich dabei auf weibliches soziales Engagement. In Württemberg hatte bereits 1816 die frisch gekrönte Königin von Württemberg, Katharina, einen Kreis von adeligen und bildungsbürgerlichen Männern und Frauen zusammengerufen, um Pläne weiterzuentwickeln, einen Wohltätigkeitsverein zu schaffen.⁰⁶ Der schließlich institutionalisierte Verein versammelte neben weiblichen Angehörigen des Adels und des Bildungsbürgertums Staatsbeamte, Pfarrer und Vorsteher von Armenanstalten. Der von der Königin selbst geleitete Verein stand mit seiner Ausrichtung konträr zur öffentlichen Armenversorgung, die bis zur Reichsgründung am Prinzip der Herkunftsgemeinde als Unterstützungsgemeinde festhielt. 1818 zählte man bereits 1665 Lokalwohltätig-

keitsvereine; das heißt der Verein dürfte in jeder größeren Gemeinde vorhanden gewesen sein und ehrenamtliche soziale Unterstützung am Stadtbürgerrecht vorbei koordiniert haben.

In Baden beispielsweise nutzten die staatlichen Initiatoren wenige Jahrzehnte später systematisch und geschickt die brachliegende weibliche bürgerliche Ressource. 1859 initiierte die Tochter des preußischen Königs und badische Großherzogin Luise mit dem zentral von Karlsruhe aus koordinierten und in jeder größeren badischen Gemeinde vertretenen Badischen Frauenverein ein weitverzweigtes privates Wohlfahrtssystem, das alle Bereiche später vom öffentlichen Fürsorgesystem übernommener sozialer Hilfstätigkeit umfasste.⁰⁷ Über die private Hilfstätigkeit hinausgehend, entwickelte der Badische Frauenverein schließlich zunehmend Aktivitäten, die auf eine Förderung von Frauen ärmerer Kreise in Bildung und Beruf ausgerichtet waren, und er rekrutierte mehr oder weniger das gesamte weibliche Bürgertum des Landes. Von den Erfahrungen der Landesfürstinnen mit der Nutzung weiblicher bürgerlicher Nächstenliebe führte eine direkte Linie zur sich allmählich überall durchsetzenden Einbindung von Frauen in die kommunale Wohlfahrtsarbeit.

MÜTTER FÜR DEN STAAT – SOZIALARBEIT ALS LEGITIMATION POLITISCHER TEILHABE

An das lange vorbereitete und gesellschaftlich akzeptierte soziale Betätigungsfeld für Frauen knüpfte die bürgerliche Frauenbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts erfolgreich an.⁰⁸ Vleierorts schossen selbstständige Frauenvereine aus dem Boden, die sich gleichermaßen für die Verbesserung der Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten von Frauen einsetzten, Rechts- oder Sexualberatung betrieben und/oder soziale Aufgaben übernahmen. Vor dem Hintergrund

05 Vgl. Christoph Sachße/Florian Tennstedt, *Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland*, Bd. 1, Stuttgart 1998², S. 222–244.

06 Vgl. Senta Herkle, „Für alle Zeiten mit vereinten Kräften dem menschlichen Elend [...] entgegenzutreten.“ Die Gründung der Zentraleitung des Wohltätigkeitsvereins in Württemberg 1817, in: Sabine Holtz (Hrsg.), *Hilfe zur Selbsthilfe: 200 Jahre Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg*, Baden-Baden 2016, S. 10–23.

07 Vgl. Kerstin Lutzer, *Der Badische Frauenverein 1859–1918*. Rotes Kreuz, Fürsorge und Frauenfrage, Stuttgart 2002.

08 Vgl. u. a. Christoph Sachße, *Mütterlichkeit als Beruf*. Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung 1871–1929, Opladen 1994; Iris Schröder, *Arbeiten für eine bessere Welt*. Frauenbewegung und Sozialreform 1890–1914, Frankfurt/M. 2001; Irene Stoehr, „Organisierte Mütterlichkeit“. Zur Politik der deutschen Frauenbewegung um 1900, in: Karin Hausen (Hrsg.), *Frauen suchen ihre Geschichte*. Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, München 1983, S. 221–249.

der Defizite im kommunalen und staatlichen Sozialwesen organisierte die Frauenbewegung in hohem Maße außerhäusliche Sozialarbeit und unterstrich öffentlich, in den Medien der Frauenbewegung, aber auch in den „allgemeinen“ Zeitungen die Fürsorge-Expertise speziell von Frauen.⁰⁹ Das Kaiserliche Statistische Amt zählte 1908 über 7000 vaterländische, konfessionelle und „bürgerliche“ selbstständige Frauenortsvereine.¹⁰ 60 Prozent von ihnen verstanden sich primär als soziale oder karitative Organisationen. Insgesamt umfassten sie 5,4 Prozent der über 18-jährigen Einwohnerinnen des Kaiserreiches.

Nicht zuletzt trug die Frauenbewegung zur Professionalisierung von Sozialberufen bei. Als einflussreiche Initiatorin für die Gründung sozialer Frauenschulen erwies sich insbesondere Alice Salomon (1872–1948), seit 1906 im engeren Vorstand des Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF).¹¹ Geschickt verbanden die Agitatorinnen ihr Engagement in Sachen Frauenrechte und Sozialarbeit mit dem Anspruch auf erweiterte (gesellschafts)politische Teilhabe. Typisch ist ein Beitrag der langjährigen Schriftführerin des BDF, Alice Bensheimer (1864–1935), in der bewegungseigenen Zeitschrift „Die Frau“: Frauen, ausgegrenzt aus stadtbürgerschaftlicher Mitverantwortung, sollten sich Einblick und Kenntnis sozialer Fragen in der ehrenamtlichen Vereinsarbeit erwerben. Auf solchermaßen geschulte Kräfte würden die Kommunalverwaltungen im Bedarfsfall gerne zurückgreifen, „und es müsste mit Wunderdingen zugehen“, wenn nicht über kurz oder lang Frauen im Dienst der städtischen Verwaltung ihren Platz einnehmen könnten.¹² Über kommunales Ehrenamt und praktische Tätigkeit führe schließlich ein direkter Weg zur beruflichen Professionalisierung und zum Erwerb des kom-

munalen und allgemeinen Wahlrechts. Zur Hochform in Sachen Sozialarbeit liefen die Frauenvereine im Ersten Weltkrieg auf, als sie mit großem Eifer die Heimatfront, interpretiert als soziale Aufgabe, organisierten.

FRAUENBEWEGUNG UND SOZIALARBEIT NACH 1919

Insgesamt fehlt es noch immer an Untersuchungen, die den langen Weg der von der Frauenbewegung getragenen Sozialarbeit über deren Kommunalisierung beziehungsweise Verstaatlichung in der Weimarer Republik und die Vereinnahmung ihrer Institutionen im Nationalsozialismus bis zu ihrer Marginalisierung in der frühen Bundesrepublik systematisch verfolgen.¹³

Dass mit dem Beginn der Weimarer Republik die Frauenbewegung sich eigentlich am Ziel ihrer Wünsche angelangt sehen konnte – schließlich war das Frauenstimmrecht endlich errungen – lag für nicht wenige ihrer Unterstützerinnen auf der Hand.¹⁴ Die hieraus folgenden Legitimationsprobleme schlugen sich in Verbindung mit den wirtschaftlichen und politischen Krisen der nachfolgenden Jahre in einem allmählichen Bedeutungsverlust der bürgerlichen Frauenbewegung nieder. Nicht selten war damit auch die Schwächung ihrer Richtlinienkompetenzen über die von ihnen geschaffenen sozialen Einrichtungen verbunden. Als Beispiel mag der besonders im Süden und Südwesten des Kaiserreiches aktive Verein Frauenbildung – Frauenstudium dienen. In Mannheim beispielsweise trug der Verein organisatorisch und finanziell die 1916 von reichsweit bekannten Frauenrechtlerinnen – Julie Bassermann (1860–1940), Alice Bensheimer, Marie Bernays (1883–1939) und Elisabeth Altmann-Gottheiner (1874–1930) – gegründete So-

09 Vgl. Susanne Kinnebrock/Désirée Dörner, Teilhabe durch Fürsorge? Die Mediendebatte über bürgerliche Freiheits- und Wahlrechte für Frauen im deutschen Kaiserreich, in: Ricarda Drüeke et al. (Hrsg.), *Kommunikationswissenschaftliche Gender Studies. Zur Aktualität kritischer Gesellschaftsanalyse*, Bielefeld 2018, S. 199–214.

10 Vgl. *Statistik der Frauenorganisationen im Deutschen Reiche*, bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amte, Berlin 1909, S. 17.

11 Vgl. Peter Hammerschmidt, *Die bürgerliche Frauenbewegung und die Entwicklung der sozialen Arbeit zum Beruf: Ein Überblick*, in: Constanze Engelfried/Corina Voigt-Kehlenbeck (Hrsg.), *Gendered Profession: Soziale Arbeit vor neuen Herausforderungen in der zweiten Moderne*, Wiesbaden 2010, S. 25–42.

12 Alice Bensheimer, *Die Frau im Dienst der Gemeinde*, in: *Die Frau* 15/1908, S. 193–199, hier S. 195.

13 Vgl. Elke Schüller, *Westdeutsche Frauenorganisationen der Nachkriegszeit. Ein „missing link“ zwischen alter und neuer Frauenbewegung*, in: Anja Weckwert/Ulla Wischermann (Hrsg.), *Das Jahrhundert des Feminismus. Streifzüge durch nationale und internationale Bewegungen und Theorien*, Königstein/Ts. 2006, S. 171–182; Marianne Zepp, *Redefining Germany: Women's Politics in the Post-War US Occupation Zone*, in: Ville Kivimäki/Petri Karonen (Hrsg.), *Continued Violence and Troublesome Pasts. Post-war Europe between the Victors after the Second World War*, Helsinki 2017, S. 63–84.

14 Vgl. Sylvia Schraut, *Angekommen im demokratisierten „Männerstaat“? Weibliche Geschichte(n) in der Weimarer Republik*, in: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte 73–74/2018, S. 8–18.

ziale Frauenschule. Sie bildete in zweijährigen Kursen Frauen für soziale Berufe aus. 1921 erhielt die Einrichtung die staatliche Anerkennung. Aber unter den wirtschaftlich schwierigen Bedingungen der Weimarer Republik war die Soziale Frauenschule auf öffentliche Unterstützung angewiesen. 1928 wurde sie von der Kommune übernommen. Es ist zu vermuten, dass ab diesem Zeitpunkt die Frauenrechtlerinnen zumindest nicht mehr allein über den Lehrstoff der Schule entschieden. Während der nationalsozialistischen Diktatur wurde die Soziale Frauenschule gleichgeschaltet und der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt eingegliedert. In der Nachkriegszeit war es die Arbeiterwohlfahrt, die in Mannheim erneut ein Seminar für Sozialberufe gründete. In der Folge von der Kommune übernommen, mündete die Einrichtung mit ihrer wechselvollen Geschichte in die 1972 eingerichtete Fachhochschule für Sozialwesen.

Nicht nur die sozialen Einrichtungen und zugehörigen Ausbildungsstätten der Frauenbewegung erlebten solche Traditionsbrüche. Auch die entsprechenden Einrichtungen der staatstragenden vaterländischen Frauenvereine erlitten das gleiche Schicksal.¹⁵ So hatte beispielsweise der Badische Frauenverein 1908 stattliche 76 000 Unterstützer*innen aufzuweisen. Seine große Zeit war nach dem Ersten Weltkrieg mit der Gründung der Weimarer Republik und dem Ende der Monarchie jedoch vorbei. Nun seiner landesfürstlichen Führung beraubt und vollständig eingliedert in das Rote Kreuz, begann der Verein zunehmend sein eigenständiges Profil und seine Mitglieder zu verlieren. Viele der von seinen Zweigvereinen aufgebauten sozialen und medizinischen Einrichtungen übernahmen nach und nach die Kommunen in öffentlicher Trägerschaft. Während des Nationalsozialismus als Untergliederung des Roten Kreuzes wie der Dachverband gleichgeschaltet, „arisiert“ und in erster Linie auf kriegsbegleitende und -vorsorgende Dienste verpflichtet, verlor der Badische Frauenverein 1934 seine organisatorische Selbstständigkeit. Ende 1937 wurde er zwangsaufgelöst. Es scheint keine ernsthaften Bestrebungen gegeben zu haben,

15 Vgl. dies., *Der Badische Frauenverein 1859–1937. „Gemeinnützige Zwecke, welche sich für Frauenthätigkeit eignen“*, in: Reinhold Weber/Peter Steinbach/Hans-Georg Wehling (Hrsg.), *Baden-württembergische Erinnerungsorte*, Stuttgart 2012, S. 368–377.

ihn nach dem Ende der Diktatur wieder aufleben zu lassen. Sein Vermögen und seine für weibliche Wohlfahrtsarbeit explizit ausgewiesenen Immobilien blieben „geschlechtsneutral“ im Besitz des nun wieder eigenständigen Roten Kreuzes.

Auch den Nationalsozialismus und die Kriegszeit überlebenden Frauenrechtlerinnen gelang nur im begrenzten Maß der Anschluss an die Bonner Demokratie. Offenbar konnten nach 1945 die in die Jahre gekommenen Repräsentantinnen der traditionellen bürgerlichen Frauenbewegung endgültig den Dreiklang von frauenrechtlerischem Engagement, Sozialarbeit und Anspruch auf politische Partizipation nicht mehr beleben.¹⁶ Dies lässt sich anhand der Frauenvereine zeigen, die im 19. Jahrhundert gegründet, die schwierigen Jahre der Weimarer Republik und sogar die Diktatur überlebt hatten. Als Beispiel mag der Münchner Verein für Fraueninteressen (VfFI) dienen.¹⁷

Der 1894 gegründete Verein lässt sich als Initiator und Zentrum der bayerischen Frauenbewegung interpretieren. Unter der Leitung von Ika Freudenberg (1858–1912) entwickelte sich der VfFI zum bedeutsamen Akteur der Wohlfahrtspflege in München mit Ausstrahlungskraft auf ganz Bayern.¹⁸ Der Verein interpretierte im Ersten Weltkrieg – ganz im Sinne der reichsweiten bürgerlichen Frauenbewegung – Sozialarbeit als nationale, weibliche Aufgabe und trug damit zur Erweiterung der Handlungsspielräume von Frauen und zur Professionalisierung von Sozialer Arbeit bei. Auch nach der Revolution und der Einführung des Frauenstimmrechts 1919 setzte der VfFI auf weibliche Fürsorgekompetenz als Legitimation für politische Mitsprache. Der Verein konnte überraschenderweise seine Selbstständigkeit über die NS-Diktatur hinweg zumindest

16 Die folgenden Ausführungen beruhen auf den Ergebnissen des interdisziplinären Projekts „Mütter für den Staat: Weiblich konnotierte Sozialarbeit als historisches Legitimationsmuster auf dem Weg zur Gleichberechtigung (1890–1919/1945–1960)“, das im Rahmen des Bayerischen Forschungsverbunds ForGenderCare von 2015 bis 2019 stattfand. Es wurde von Susanne Kinnebrock und Sylvia Schraut geleitet und von Andre Dechert, Désirée Dörner und Mirjam Höfner umgesetzt.

17 Vgl. Mirjam Höfner, *Fürsorge und Frauenfrage um 1900. Mannheim und München im Vergleich*, in: *Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins* 2018, S. 407–425.

18 Vgl. dies., *Motherliness and Women’s Emancipation in the Published Articles of Ika Freudenberg (1858–1912). A Discursive Approach*, in: Pinar M. Y. Parmaksız/Simone Bohn (Hrsg.), *Mothers in Public and Political Life*, Bradford 2017, S. 97–117.

formal bewahren, musste aber nach 1933 seine Fürsorgeexpertise in den Dienst der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt stellen. Zwar gelang es ihm in der Nachkriegszeit unter Führung von Dorothee von Velsen (1883–1970) erneut, sich in die Frauenbewegung, nun in den Deutschen Frauenring, zu integrieren. Doch die alten Damen der bürgerlichen Frauenbewegung schafften es nicht, jüngere Frauengenerationen für das traditionelle Projekt Frauenrechte und Sozialarbeit zu erwärmen. Die Forderung nach weiblicher politischer Partizipation, nun interpretiert als demokratisches Programm ohne erkennbare feministische Perspektive, war offenbar genauso wenig werbewirksam wie die stete Beschwörung der spezifischen weiblichen Kompetenzen in Sachen Wohlfahrtsarbeit. Dass die Repräsentantinnen der alten Frauenbewegung überdies am tradierten bürgerlichen Familien- und Mütterlichkeitskonzept festhielten, machte die neue alte Frauenbewegung zwar anschlussfähig an das restaurative gesellschaftspolitische Klima der Nachkriegsjahre, beförderte aber auch die zeittypischen Tendenzen, Frauenhandeln zwar nah an sozialer Hilfstätigkeit zu verorten, diese aber der Privatsphäre zuzuordnen.

Offensichtlich ließen sich weibliche soziale Kompetenzen nach 1945 nicht mehr als Argument benutzen, um weibliche Handlungsspielräume zu erweitern. Dies belegt auch eine Medienanalyse. Den bürgerlichen Frauenvereinen im 19. Jahrhundert war es gelungen, sich selbst in den Medien außerhalb der eigenen Bewegung als Expert*innen in sozialen Fragen zu platzieren, und nach 1945 suchte die auferstandene Frauenbewegung das alte Argumentationsmuster zumindest in den frauenspezifischen Zeitungen – so etwa in der „Welt der Frau“ oder in den „Informationen für die Frau“ – erneut zu besetzen. Doch die postulierte Symbiose von sozialer Kompetenz und Frauenrechten traf auf wenig Resonanz in anderen Medien. Am Beispiel des „Spiegel“ lässt sich zeigen, dass der Zugang der Frauenverbände zur massenmedialen Öffentlichkeit stark eingeschränkt war und daher ihre Forderungen und Argumente kaum Eingang in die medialen Diskurse der westdeutschen Nach-

kriegsgesellschaft fanden. Auch das nur selten behandelte Thema Sozialarbeit wurde nicht im Kontext weiblicher Kompetenzen oder gar feministischer Forderungen verortet.¹⁹

Wie lässt sich diese Entwicklung deuten? Auf den ersten Blick mag der vielbeschworene Rückzug ins Private der jüngeren Nachkriegsgenerationen den Rückgang der bürgerlichen Frauenbewegung beziehungsweise den Fehlschlag erklären, sie erneut über ihre sozialen Kompetenzen in die aktuellen politischen Debatten einzuschreiben. Aber auch die rasch die Öffentlichkeit beherrschenden Debatten über den „Kalten Krieg“ verdrängten die akuten sozialen Fragen. Die Marginalisierung einer auf sozialer Tätigkeit fußenden alten/neuen Frauenbewegung mag überdies durch den gesellschaftlichen Umgang mit Entnazifizierungsfragen befördert worden sein. In der jungen Nachkriegsdemokratie im Wiederaufbau wurden Entnazifizierungsdebatten und -notwendigkeiten gerne „vergessen“. Diese hätten freilich den Trägern und Institutionen etwa von Justiz und Medizin, aber auch der Sozialarbeit gutgetan, waren doch zahlreiche soziale Einrichtungen während des Nationalsozialismus in die Herstellung des „erbgesunden arischen“ Wunschdeutschen eingebunden. Wenn es in der Nachkriegsära gesellschaftlich konsensfähig war, dieses düstere Kapitel unerwähnt zu lassen, dann ist es wohl wenig verwunderlich, dass das mediale Interesse an einer auf ihre sozialen Kompetenzen pochenden Frauenbewegung gering ausfiel. Erst die Neue Frauenbewegung der 1970er Jahre knüpfte erfolgreich an die alten Debatten der Frauenbewegung an – nicht selten, ohne ihre Vorläufer*innen zu kennen. Ihr Slogan „Das Private ist politisch“ lässt sich durchaus als moderne Variante des Forderungskatalogs der alten Frauenbewegung verstehen. Schließlich war sie es gewesen, die erstmals aus der privat organisierten sozialen Arbeit politische Partizipationsrechte für die Träger*innen der „Care-Arbeit“ abgeleitet hatte.

¹⁹ Vgl. Andre Dechert/Susanne Kinnebrock, Care – Ein höchst ambivalentes Legitimationsmuster für Gleichberechtigung, in: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte 75/2019, S. 90–107.

SYLVIA SCHRAUT

ist Historikerin und emeritierte Professorin an der Universität der Bundeswehr München.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. Oktober 2020

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Sascha Kneip
Johannes Piepenbrink
Frederik Schetter (Volontär)
Anne Seibring (verantwortlich für diese Ausgabe)
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ
Nächste Ausgabe
46–47/2020, 9. November 2020

WELTGESUNDHEIT

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fazit-com@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz